

Wilfried Marxer

EXTREMISMUS IN LIECHTENSTEIN MONITORINGBERICHT 2016

Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut Nr. 60 (2017)



LIECHTENSTEIN-INSTITUT



Dr. Wilfried Marxer
Politikwissenschaftler, Direktor und Forschungsleiter Politikwissenschaft
des Liechtenstein-Instituts

wilfried.marxer@liechtenstein-institut.li

Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut Nr. 60 (2017)
Fachbereich Politikwissenschaft

<http://dx.doi.org/10.13091/li-ap-60>

Die Verantwortung für die Arbeitspapiere liegt bei den jeweiligen Autoren.

© Liechtenstein-Institut 2017

Liechtenstein-Institut
Auf dem Kirchhügel
St. Luziweg 2
9487 Barenden
Liechtenstein
T +423 / 373 30 22
F +423 / 373 54 22
info@liechtenstein-institut.li
www.liechtenstein-institut.li

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG	4
2	EREIGNISSE UND ENTWICKLUNGEN.....	4
	GEWALTVORFÄLLE	5
	SONSTIGE EREIGNISSE	5
	CHRONOLOGIE	6
	GERICHTSFÄLLE.....	6
3	VERHALTEN VON BEHÖRDEN UND NICHTSTAATLICHEN AKTEUREN.....	6
	MASSNAHMEN	6
	ÖFFENTLICHE PRÄSENZ	6
	STELLUNGNAHMEN, STUDIEN, VERANSTALTUNGEN	7
4	FAZIT	7
	LITERATUR, DOKUMENTE, QUELLEN.....	8
	LITERATUR UND BERICHTE IN UND AUS LIECHTENSTEIN	8
	DOKUMENTE IN UND AUS LIECHTENSTEIN	9
	DOKUMENTE ZU UND ÜBER LIECHTENSTEIN	10
	LITERATUR AUSLAND	11
	ZEITUNGEN LIECHTENSTEIN (INKL. ONLINE-ARTIKEL)	11
	INTERNETARTIKEL	11
	LINKS UND ADRESSEN	11
	LINKS BEHÖRDEN	11
	LINKS GEGEN RASSISMUS, RECHTSEXTREMISMUS UND GEWALT	12
	LINKS UND ADRESSEN JUGENDTREFFS BZW. VLJ-MITGLIEDER/OJA-MITGLIEDER	12
	WEITERE INTERNETRESSOURCEN BZW. DOKUMENTE	12
	INTERNET-SUCHE	13
	AUSZUG AUS DEM STRAFGESETZBUCH	14
	ANHANG 1: PRESSEDOKUMENTATION	22
	ANHANG 2: ONLINE-DOKUMENTE	71
	ANHANG 3: KAMPAGNE, BEHÖRDEN, STATEMENTS	86
	ANHANG 4: DOKUMENTE AUS DER SZENE	95

1 EINLEITUNG

Das Liechtenstein-Institut in Bendern wurde von der Gewaltschutzkommission (GSK) der Regierung damit beauftragt, eine jährliche Dokumentation über Extremismus in Liechtenstein zu erstellen. Beginnend mit der ersten Dokumentation betreffend das Jahr 2010 galt die Aufmerksamkeit rechtsextremen Vorfällen. Der Monitoringbericht war ein Bestandteil des Massnahmenkatalogs gegen Rechtsextremismus (MAX), der für die Dauer von 2010 bis 2015 von der Regierung beschlossen worden war. Damit wird auch eine Empfehlung des UNO-Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD) umgesetzt. Seit dem Beobachtungsjahr 2015 ist die Beobachtung auf Extremismus generell erweitert worden.

Die siebte nun vorliegende Dokumentation bezieht sich auf das Jahr 2016. Der Bericht dokumentiert diesbezügliche Vorkommnisse, etwa Gewaltakte oder politische Aktionen, aber auch Massnahmen und Kampagnen gegen den Extremismus, ferner auch Medienberichte in Zeitungen und auf Online-Plattformen.

Unter dem Stichwort „extremistisch“ werden in der vorliegenden Analyse sämtliche Bestrebungen verstanden, welche den Kern der staatlichen Ordnung in seiner Substanz bedrohen. Somit können politische, politisch-religiös oder anderweitig ideologisch motivierte Bewegungen angeführt werden, welche ihrem Wesen nach die staatliche Grundordnung und die ihr inhärenten Prinzipien gefährden können.

Im Berichtsjahr fiel die extremistische Szene wie auch 2015 nicht durch öffentliche Aktionen wie beispielsweise das Verteilen von Flugblättern und ähnliche Aktivitäten auf. In früheren Jahren war die rechtsextreme Szene stärker präsent gewesen. Die bereits seit Jahren aktive „Europäische Aktion Liechtenstein“ ist insbesondere auf Facebook öffentlich präsent, während die Website der vormals ebenfalls aktiven Gruppe „Volkstreue Jugend Liechtensteins“ wohl seit dem Jahr 2015 nicht mehr aktualisiert wird.

Andere extremistische Gruppierungen sind im Berichtsjahr 2016 öffentlich nicht in Erscheinung getreten.

Gewaltaktionen mit extremistischem Hintergrund wurden 2016 nicht öffentlich bekannt und es wurden auch keine Gerichtsverfahren zu Straftaten mit rechtsextremem oder generell extremistischem Hintergrund durchgeführt.

2 EREIGNISSE UND ENTWICKLUNGEN

Nachstehend werden alle Ereignisse, Gerichtsvorfälle, Massnahmen, Stellungnahmen sowie Studien und Veranstaltungen, welche öffentlich dokumentiert sind und sich direkt oder indirekt mit der Materie in Liechtenstein befassen, in chronologischer Ordnung angeführt.

Gewaltvorfälle

Im Jahr 2016 kam es zu keinen registrierten Gewaltvorfällen, welche in Verbindung mit der (rechts-)extremen Szene gebracht werden können. Im Jahresbericht 2016 der Landespolizei (S. 20) heisst es zum Thema „Rechte Gewalt“:

„Wie in den Jahren zuvor kann auch das Jahr 2016 im Bereich des Rechtsextremismus als ruhiges Jahr bezeichnet werden. Seit mehr als fünf Jahren sind in Liechtenstein weder grössere Gewaltvorfälle noch strafrechtlich relevante Ereignisse mit rechtsextremem Hintergrund zu verzeichnen. Obwohl die Europäische Aktion (EA) in Liechtenstein praktisch kaum mehr wahrnehmbar ist, bedarf es seitens der Landespolizei weiterhin einer verstärkten Aufmerksamkeit, zumal sich die Aktivitäten dieser Gruppierung ins Ausland verlagert haben. Die EA wird als rechtsextreme Organisation eingeordnet, die stark ideologisiert und international vernetzt ist. Für die Landespolizei gilt in Bezug auf jede Form von Extremismus ein Null-Toleranz-Ansatz.“

Es sind jedoch laut Kriminalstatistik der Landespolizei Liechtenstein 2016 insgesamt 8 (2015: 5) politisch-religiös motivierte Delikte festgestellt worden (Jahresbericht 2016 der Landespolizei, S. 24f.). Der Statistik der angezeigten Fälle zufolge erfüllten fünf (2015: 4) der Delikte den Tatbestand der Diskriminierung, zwei (2015: 1) des verbotenen Nachrichtendienstes, ein Fall (2015: 1) betraf Ordnungsdelikte. Unter „Terrorismus“ ist wie 2015 kein Straftatbestand in der Kriminalstatistik erfasst.

Sonstige Ereignisse

Im Untersuchungsjahr konnte wie in den Vorjahren überwiegend die „Europäische Aktion“ wahrgenommen werden. Geistiger Vater der „Europäischen Aktion“ (EA) ist der Schweizer Bernhard Schaub, ein bekannter Holocaustleugner. Mit der „Europäischen Aktion“ versucht er, rechtsextreme Gruppierungen in Europa zusammenzuführen. Dabei besteht ein Netzwerk, das in mehreren Zellen länderübergreifend operiert. Auf der Webpage (<https://www.europaesche-aktion.org>) werden die Ziele der Organisation vorgestellt. Seit mehreren Jahren verbreitet die „Europäische Aktion“ ihre Ansichten und Forderungen mit Flugblättern und weiteren Aktionen in Liechtenstein. Es finden auch regelmässig internationale Treffen mit Beteiligung von Aktivisten aus Liechtenstein statt. Das von der „Europäischen Aktion“ verwendete Symbol stellt das Kruckenkreuz dar. Dieses kann als eine Art Ableitung des Hakenkreuzes gesehen werden und war auch im autoritär geführten Österreichischen Ständestaat 1934 bis 1938 das Symbol der Vaterländischen Front und des Ständestaates. Dem deutschen Verfassungsschutzbericht 2014 (siehe Link im Anhang unter „Weitere Internetressourcen bzw. Dokumente“) ist zu entnehmen, dass sich die EA durch „eine besonders ausgeprägte antisemitische und revisionistische Agitation“ und durch das vorrangige Ziel der „Wiederherstellung der freien Rede durch Revision zeitgeschichtlicher Offenkundigkeiten, vor allem des Holocaust“ auszeichnet.

Unter dem Suchbegriff „Liechtenstein“ werden vor allem die Reden liechtensteinischer Vertreter am sogenannten Europafest gefunden (2012, 2013 und 2015). Das Jahr 2016 betreffend bleibt die Suche ergebnislos.

Chronologie

Die folgende Chronologie listet verschiedenen Aktionen und Stellungnahmen im Jahr 2016 auf. Die entsprechenden Dokumente sind im Anhang aufgeführt.

Die extremistische Szene in Liechtenstein verhielt sich im Jahr 2016 im Vergleich zu den Vorjahren relativ ruhig. Flugblattaktionen und ähnliche öffentlichkeitswirksame Ereignisse wurden nicht registriert. In der Nacht vom 24. auf den 25. Juli wurde allerdings die Fassade eines Hauses in Triesen, welches als zusätzliche Unterkunft für Flüchtlinge vorgesehen war, mit einer rassistischen Parole sowie einem Hakenkreuz besprayt. Am meisten Aufmerksamkeit hat ein Rechtsrockkonzert im benachbarten Unterwasser in Toggenburg ausgelöst, welches am 15. Oktober stattfand. Über die Involvierung rechtsextremer Kreise aus Liechtenstein ist öffentlich nichts bekannt geworden.

Gerichtsfälle

Im Jahr 2016 sind keine Gerichtsfälle mit (rechts-)extremistischem Hintergrund bekannt geworden.

3 VERHALTEN VON BEHÖRDEN UND NICHTSTAATLICHEN AKTEUREN

Massnahmen

Im Jahr 2016 erfolgten keine spezifischen Massnahmen gegen den (Rechts-)Extremismus.

Öffentliche Präsenz

Regelmässige Präsenz in den Medien erreichten politische Vorstösse, Aktionen und internationale Treffen. Im Januar war eine Delegation des schweizerischen Bundesamtes für Polizei FEDPOL zu Gast in Liechtenstein, wobei unter anderem über die aktuelle Bedrohungslage im Bereich Radikalisierung und Terrorismus gesprochen wurde.

Das Thema Terrorismus kam auch im April am Treffen der Innenminister der deutschsprachigen Länder in Wien, an dem Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer teilnahm, zur Sprache.

Am 27. Januar ratifizierte Liechtenstein das Übereinkommen des Europarats gegen Menschenhandel sowie das Übereinkommen gegen Computerkriminalität (Cybercrime). Beide Abkommen traten für Liechtenstein am 1. Mai 2016 in Kraft.

Regierungsrätin Aurelia Frick unterzeichnete am 18. Mai das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus. Der Landtag befasste sich in seiner Sitzung vom 31. August damit und stimmte dem Beitritt zum Übereinkommen zu.

Die Sicherheitspolitik war auch eines der Themen des Treffens der Aussenminister der deutschsprachigen Länder in Liechtenstein im August 2016, ebenso beim Treffen der Justizminister der deutschsprachigen Länder im September in Bern.

Am 2. November richtete der Abgeordnete Eugen Nägele eine kleine Anfrage an die Regierung. Anlass war ein Konzert der rechtsradikalen Szene in Unterwasser (Toggenburg). Er fragte, ob Liechtenstein die Aktivitäten von rechtsextremen Liechtensteinern im Ausland verfolge, ob die Durchführung eines Konzertes wie in Unterwasser möglich wäre, wie ein solches Konzert allenfalls verhindert werden könne und wie die Rechtslage in Liechtenstein in Bezug auf rechtsextreme Anlässe sei. Die Antwort der Regierung (Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer) lautete zusammengefasst wie folgt: Die Landespolizei stehe in einem permanenten Informationsaustausch mit ausländischen Diensten; Raumanmietungen in Liechtenstein für extremistische Anlässe hätten in den vergangenen Jahren mit einer Ausnahme verhindert werden können; diesbezüglich arbeiteten die Gemeinden und die Landespolizei zusammen und informierten sich gegenseitig bei Verdachtsfällen; öffentliche Veranstaltungen, die behördliche Massnahmen oder Kontrollen technischer, gesundheits-, bau- oder fremdenpolizeilicher Art verlangen, bedürfen einer Bewilligung der Regierungskanzlei. Für die rechtliche Beurteilung und eine allfällige Ablehnung extremistischer Anlässe sei Paragraph 283 (Diskriminierung) des Strafgesetzbuches massgeblich (siehe Gesetzesauszug in diesem Bericht).

Am 4. November stimmte der Landtag der Schaffung einer unabhängigen Menschenrechtsinstitution (Verein für Menschenrechte) zu. Der Verein konnte per 1. Januar 2017 seine Tätigkeit aufnehmen.

Stellungnahmen, Studien, Veranstaltungen

Im Januar wurde der Jihadismus-Experte Thomas Schmidinger zu Vorträgen vor den Oberstufenklassen des Liechtensteinischen Gymnasiums eingeladen.

Die Private Universität im Fürstentum Liechtenstein (UFL) führte am 18. Februar eine Podiumsdiskussion zum Thema „Terror in Europa“ durch, über welche ebenfalls in den Medien berichtet wurde.

4 FAZIT

Wie in vorhergehenden Jahren kann auch das Berichtsjahr 2016 im Bereich des (Rechts-) Extremismus als ruhiges Jahr bezeichnet werden. Seit fünf Jahren sind in Liechtenstein weder grössere Gewaltvorfälle noch strafrechtlich relevante Ereignisse mit extremistischem Hintergrund zu verzeichnen.

LITERATUR, DOKUMENTE, QUELLEN

Literatur und Berichte in und aus Liechtenstein

- Amt für Auswärtige Angelegenheiten Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2007): Integration der ausländischen Bevölkerung in Liechtenstein. Bestandsaufnahme zu den Fakten, Ursachen, Massnahmen und zum integrationspolitischen Handlungsbedarf, verfasst für die Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. August 2007. Vaduz.
- Amt für Soziale Dienste (Hg.) (1999): Rechtsradikalismus in Liechtenstein. Analyse und Massnahmenkatalog. 1999. Schaan.
- Amt für Soziale Dienste (Hg.) (2007): Liechtensteinische Jugendstudie 2006 „Lebensbedingungen und Einstellungen von 12- bis 21-jährigen jungen Menschen in Liechtenstein“. Endbericht der standardisierten Fragebogenerhebung. März 2007. Wien.
- Eser Davolio, Miryam; Drilling, Matthias (2009): Rechtsextremismus im Fürstentum Liechtenstein. Eine qualitative Studie zu Hintergründen und Herangehensweisen. Eine Studie im Auftrag der Gewaltschutzkommission des Fürstentums Liechtenstein. Fachhochschule Nordwestschweiz. Basel.
- Gewaltschutzkommission Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2008): Abschlussbericht „Respect bitte!“. Präventionskampagne Jugendgewalt der Gewaltschutzkommission. Dezember 2008. Vaduz.
- Marxer, Veronika (2008): Fordern und Fördern: Perspektiven der liechtensteinischen Integrationspolitik. BERN (Beiträge Liechtenstein-Institut, 43).
- Marxer, Wilfried (2016): Extremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2015. BERN (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 57).
- Marxer, Wilfried (2015): Rechtsextremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2014. BERN (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 52).
- Marxer, Wilfried (2014): Rechtsextremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2013. BERN (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 46).
- Marxer, Wilfried (2013): Rechtsextremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2012. BERN (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 39).
- Marxer, Wilfried (Hg.) (2012): Migration. Fakten und Analysen zu Liechtenstein. BERN: Liechtenstein-Institut.
- Marxer, Wilfried (2012): Rechtsextremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2011. Unter Mitarbeit von Christoph Selner. BERN (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 33).
- Marxer, Wilfried (2011): Rechtsextremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2010. Unter Mitarbeit von Christoph Selner (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 30).
- Marxer, Wilfried (2008): Ausländerinnen und Ausländer in Liechtenstein. Soziale und politische Dimensionen. BERN (Beiträge Liechtenstein Institut, 41).
- Marxer, Wilfried (2008): Religion, Religiosität und religiöse Toleranz in Liechtenstein: Empirische Befunde aus der Umfrageforschung. BERN (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 22).

Marxer, Wilfried; Russo, Marco (Hg.) (2012): Liechtenstein – Stärke durch Vielfalt. Innsbruck: Innsbruck University Press (Edition Weltordnung – Religion – Gewalt, 11).

Dokumente in und aus Liechtenstein

Amt für Auswärtige Angelegenheiten (2014): Länderbericht Liechtenstein. Vierter Bericht gemäss Art. 25 Abs. 1 der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten vom 1. Februar 1995. 25. März 2014. Vaduz.

Amt für Auswärtige Angelegenheiten (Hg.) (2009): Länderbericht Liechtenstein. Dritter Bericht gemäss Art. 25 Abs. 1 der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten vom 1. Februar 1995. 17. März 2009. Vaduz.

Ausländer- und Passamt (Hg.) (2010): Liechtenstein – Stärke durch Vielfalt. Integrationskonzept 2010. (Verabschiedet durch die Regierung im Jahr 2010). Ausländer- und Passamt in Zusammenarbeit mit der Kommission für Integrationsfragen und in Abstimmung mit dem Schulamt, dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten sowie dem Arbeitsmarktservice. Vaduz.

Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2003): Jahresbericht 2003 der Arbeitsgruppe für einen nationalen Aktionsplan gegen Rassismus (NAP) zu Handen der Regierung. 22. Dezember 2003.

Gewaltschutzkommission (Hg.) (2011): Handbuch zur Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen unter besonderer Berücksichtigung von Jugendschutz und Gewaltprävention (auf Empfehlung der Vorsteherkonferenz, der liechtensteinischen Gemeinden und der Gewaltschutzkommission der Regierung (Download auf www.gewaltschutz.li, www.landespolizei.li oder den Gemeindeportalen).

Gewaltschutzkommission (Hg.) (2010): Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus. MAX 2010–2015. Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. Liechtensteinisches Landesgesetzblatt, Jahrgang 2000 Nr. 80, ausgegeben am 30. März 2000.

Gewaltschutzkommission der Regierung GSK (diverse Jahre). Jahresberichte. In: Regierung des Fürstentums Liechtenstein (Hg.): Landtag, Regierung und Gerichte. Rechenschaftsberichte und Landesrechnung. Vaduz.

Landespolizei Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2017): Jahresbericht 2016. Vaduz.

Landespolizei Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2016): Jahresbericht 2015. Vaduz.

Presse- und Informationsamt Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2009): Pressebulletin Nr. 11/2009. Inneres. Aktuelle Studie „Rechtsextremismus in Liechtenstein“ liegt vor. 3. Dezember 2009. Vaduz.

Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2015): Interpellationsbeantwortung betreffend Massnahmen gegen die Verbreitung von radikalem Gedankengut. Vaduz (BuA, 21/2015).

Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2012): Basisdokument des Fürstentums Liechtenstein für die Staatenberichte zu den Menschenrechtsübereinkommen der Vereinten Nationen. Stand: Januar 2012. Vaduz.

Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2012): Liechtenstein. Zweiter Länderbericht für die Universelle Periodische Überprüfung (UPR) des UNO-Menschenrechtsrats. (16. Oktober 2012). Vaduz.

Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2011): Liechtenstein. Vierter, fünfter und sechster Länderbericht gemäss Artikel 9 des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 21. Dezember 1965. Vaduz.

Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2008): Liechtenstein. Erster Länderbericht für die Universelle Periodische Überprüfung (UPR) des UNO-Menschenrechtsrats. (26. August 2008). Vaduz.

Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2005): Liechtenstein. Zweiter und dritter Länderbericht unter Artikel 9 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form der Rassendiskriminierung vom 21. Dezember 1965. (23. November 2005). Vaduz.

Dokumente zu und über Liechtenstein

Büro für Demokratie, Menschenrechte und Arbeitsfragen (Hg.) (2007): Liechtenstein. Länderbericht über Menschenrechtspraktiken 2006 (6. März 2007). (Originaltext: Country Reports on Human Rights Practices - 2006). o.O.

Büro für Demokratie, Menschenrechte und Arbeitsfragen (Hg.) (2010): Liechtenstein. Länderbericht über Menschenrechtspraktiken 2009 (11. März 2010). (Originaltext: Liechtenstein. Respect for Human Rights).

CERD – Committee on the Elimination of Racial Discrimination (2012): Consideration of reports submitted by States parties under article 9 of the convention. 31 August 2012.

CERD – Ausschuss zur Beseitigung von Rassendiskriminierung (Hg.) (2007): Behandlung der Staatenberichte, vorgelegt nach Artikel 9 des Übereinkommens. Abschliessende Bemerkungen des Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung: Liechtenstein.

CERD – Committee on the Elimination of Racial Discrimination (Hg.) (2007): Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung. Siebzigste Tagung, 19. Februar–9. März 2007. Behandlung der Staatenberichte, vorgelegt nach Artikel 9 des Übereinkommens. Abschliessende Bemerkungen des Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung. 7. Mai 2007.

ECRI – Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (Hg.) (2013): ECRI-Bericht über Liechtenstein. (Vierte Prüfungsrunde). Verabschiedet am 5. Dezember 2012/Veröffentlicht am 19. Februar 2013. Strassbourg.

ECRI – Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (Hg.) (2008): Dritter Bericht über Liechtenstein. Verabschiedet am 14. Dezember 2007. 29. April 2008. Strassbourg.

ECRI – Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (Hg.) (2003): Zweiter Bericht über Liechtenstein. Verabschiedet am 28. Juni 2002. Strassbourg.

ECRI – Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (Hg.) (1998): ECRI länderspezifischer Ansatz. Bericht über Liechtenstein. März 1998. Strassburg.

United States Department of State; Bureau of Democracy, Human Rights and Labor (Hg.) (2016): Liechtenstein 2015 Human Rights Report. Country Reports on Human Rights Practices. o.O. [auch Berichte für frühere Jahre]

Literatur Ausland

Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (2010): Strategien gegen Rechtsextremismus in der Schweiz – Akteure, Massnahmen und Debatten. Bern.

Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (2009): Rechtsratgeber – Rassistische Diskriminierung, 2. Auflage. Bern.

Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (2007): Rechtsextremismus bekämpfen: wirk-same Massnahmen und griffige Arbeitsinstrumente für Gemeinden. Bern.

Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (2005): Wie sagen wir es den Medien? Gegen Rassismus und Diskriminierung, für bessere Integration – Anregungen für die Öffentlichkeitsarbeit. Bern.

Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (o.J.): Jugendliche und Rechtsextremismus: Opfer, Täter, Aussteiger – Wie erfahren Jugendliche rechtsextreme Gewalt, welche biogra-fischen Faktoren beeinflussen den Einstieg, was motiviert zum Ausstieg? Bern.

Zeitungen Liechtenstein (inkl. Online-Artikel)

Liechtensteiner Vaterland [www.vaterland.li]

Liechtensteiner Volksblatt [www.volksblatt.li]

Liewo [www.liewo.li]

flash – Das Jugendmagazin der Jugend-Drehscheibe VLJ [www.vlj.info]

Internetartikel

Europäische Aktion [<http://www.europaeische-aktion.org/>]

Europäische Aktion Liechtenstein [<https://www.facebook.com/EALiechtenstein>]

JN Junge Nationaldemokraten [<http://aktion-widerstand.de/>]

Volkstreue Jugend Fürstentum Liechtenstein [<http://logr.org/vjfl/>]

Antifa [<http://info.antifa.ch>]

Avalon-Gemeinschaft [<http://avalon-gemeinschaft.ch/>]

LINKS UND ADRESSEN

Links Behörden

Gewaltschutzkommission Fürstentum Liechtenstein [www.gewaltschutz.li]

Landespolizei (Pressemitteilungen – Archiv) [www.landespolizei.li]

Landesverwaltung (Amt für Soziale Dienste) [www.llv.li]

Portal des Fürstentums Liechtenstein [www.liechtenstein.li]
Regierung des Fürstentums Liechtenstein [www.regierung.li]

Links gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Gewalt

Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München
[<http://www.aida-archiv.de/index.php>]

Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA), Schweiz, mit einer Chronologie
rechtsextremistischer Vorfälle, erstellt vom Journalisten Hans Stutz
[<http://chronologie.gra.ch/>]

Linksammlung der Gewaltschutzkommission des Fürstentums Liechtenstein
[<http://www.gewaltschutz.li/Links/tabid/62/Default.aspx>]

Links und Adressen Jugendtreffs bzw. VLJ-Mitglieder/OJA-Mitglieder

Verein Liechtensteiner Jugendorganisationen VLJ [www.vlj.info] [bis 30. Juni 2015]

Stiftung Offene Jugendarbeit OJA [www.oja.li] [seit 1. Juli 2015]

Alle VLJ-Mitglieder mit Hinweisen zu den Jugendtreffs unter <http://www.euro26.li>
aha Tipps & Infos für junge Leute Schaan [www.aha.li] [nur VLJ, nicht in OJA]

Jugendcafé Camäleon Vaduz

Jugendarbeitsgemeinschaft Gamprin, Schellenberg und Ruggell (Jugendraum Cosmos Ruggell; Jugendraum Gamprin; Jugendhaus Rockroom Schellenberg)

Jugendarbeit Mauren [nur VLJ, nicht in OJA]

Jugendtreff Kontrast Triesen

Jugendtreff Zuber Planken

Jugendtreff Pipoltr Triesenberg

Offene Jugendarbeit Schaan, Jugendtreff Popcorn, Gemeinschaftszentrum Schaan

Offene Jugendarbeit/Jugendtreff Scharmott Balzers

Offene Kinder & Jugendarbeit, Stressless Eschen/Nendeln

Weitere Internetressourcen bzw. Dokumente

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Verfassungsschutz/Verfassungsschutzbericht_Jahr_2016.pdf

http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_verfassungsschutz/

<https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/verfassungsschutzberichte>
<http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.336441.de>
<https://www.landespolizei.li/Portals/0/docs/pdf-Files/Statistiken/Jahresbericht2016.pdf>
<http://www.llv.li/files/aaa/pdf-llv-aaa-menschenrechte-rahmengl14.pdf>
<http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/library/publications.asp>
https://www.coe.int/t/dghl/monitoring/minorities/3_FCNMdocs/PDF_4th_SR_Liechtenstein_de.pdf
http://www.europaeische-aktion.org/Artikel/de/Der-gesamteuropaeische-Freiheitskampf---Ansprache-eines-EA-Mitstreiters-aus-Liechtenstein_329.html
<http://avalon-gemeinschaft.ch/?p=458>
<http://rechtsextremismus.ch/topic8759.html#Strukturen>
<https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-rechtsextremismus/verbotene-organisationen-rechtsextremismus>
<https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-rechtsextremismus/zahlen-und-fakten-rechtsextremismus/zuf-re-2014-parteien/zuf-re-2014-der-dritte-weg>
<https://www.vorwaerts.ch/aktuelle-printausgabe/archiv-printausgabe/die-volkisch-heidnische-avalongemeinschaft/>
<http://www.landespolizei.li/Downloads.aspx>
<http://www.regierung.li/ministerien/ministerium-fuer-aeusseres-bildung-und-kultur/diplomatische-vertretungen/deutsch/strassburg-f/aktuelles/>
<http://www.regierung.li/news1.aspx?id=87156&nid=7209>
<http://www.regierung.li/news1.aspx?id=100018&nid=7209>
<https://www.landespolizei.li/Portals/0/docs/pdf-Files/Statistiken/Jahresbericht2015.pdf>
<http://www.landtag.li/parlamdokumente.aspx?rfid=325&nid=4074&auswahl=4074&lang=de&fname=Petitionen&year=2015>
http://landtaglive.gmgnet.li/files/medienarchiv/Petition_635675483953931250.pdf

INTERNET-SUCHE

Die Abfrage im Internet erfolgt unter den folgenden Schlagworten (in Kombination mit Liechtenstein):

- Dschihad/Dschihadismus

- Hakenkreuz
- Extremismus
- Islamischer Staat
- Islamismus/islamistisch
- Nationalsozialismus
- Nazi
- Neonazi
- Radikalisierung
- Rassismus
- Rechte Szene
- Rechtsextrem
- Rechtsradikal
- Salafismus/salafistisch
- Skinhead
- Terrorismus

AUSZUG AUS DEM STRAFGESETZBUCH

Auszug aus dem Strafgesetzbuch (StGB) vom 24. Juni 1987, LGBL. 1988 Nr. 37 (§ 283 abgeändert durch LGBL. 2000 Nr. 36).

Auszug aus dem Strafgesetzbuch (Stand: 1. Juni 2016)

Gültige Fassung unter www.gesetze.li

20. Abschnitt

Strafbare Handlungen gegen den öffentlichen Frieden

§ 274

Landfriedensbruch

1) Wer wissentlich an einer Zusammenrottung einer Menschenmenge teilnimmt, die darauf abzielt, dass unter ihrem Einfluss ein Mord (§ 75), ein Totschlag (§ 76), eine Körperverletzung (§§ 83 bis 87) oder eine schwere Sachbeschädigung (§ 126) begangen werde, ist, wenn es zu einer solchen Gewalttat gekommen ist, mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren zu bestrafen.

2) Wer an der Zusammenrottung führend teilnimmt oder als Teilnehmer eine der im Abs. 1 angeführten strafbaren Handlungen ausführt oder zu ihrer Ausführung beigetragen hat (§ 12), ist mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren zu bestrafen.

3) Nach Abs. 1 ist nicht zu bestrafen, wer sich freiwillig aus der Zusammenrottung zurückzieht oder ernstlich zurückzuziehen sucht, bevor sie zu einer Gewaltanwendung geführt hat, es sei denn, dass er an der Zusammenrottung führend teilgenommen hat.

§ 275

Landzwang

Wer die Bevölkerung oder einen grossen Personenkreis durch eine Drohung mit einem Angriff auf Leben, Gesundheit, körperliche Unversehrtheit, Freiheit oder Vermögen in Furcht und Unruhe versetzt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren zu bestrafen.

§ 276

Verbreitung falscher, beunruhigender Gerüchte

Wer ein Gerücht, von dem er weiss (§ 5 Abs. 3), dass es falsch ist, und das geeignet ist, einen grossen Personenkreis zu beunruhigen und dadurch die öffentliche Ordnung zu gefährden, absichtlich verbreitet, ist mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen.

§ 277

Verbrecherisches Komplott

1) Wer mit einem anderen die gemeinsame Ausführung eines Mordes (§ 75), einer erpresserischen Entführung (§ 102), einer Überlieferung an eine ausländische Macht (§ 103), eines Sklavenhandels (§ 104), eines Raubes (§ 142), einer gemeingefährlichen strafbaren Handlung nach den §§ 169, 171, 173, 176, 185 oder 186 oder eines grenzüberschreitenden Prostitutionshandels (§ 217) verabredet, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.

2) Nach Abs. 1 ist nicht zu bestrafen, wer freiwillig durch eine Mitteilung an die Behörde (§ 151 Abs. 3) oder an den Bedrohten oder auf andere Art die beabsichtigte strafbare Handlung verhindert. Unterbleibt die strafbare Handlung ohne Zutun des Täters, so ist er nicht zu bestrafen, wenn er sich in Unkenntnis dessen freiwillig und ernstlich bemüht, die strafbare Handlung zu verhindern.

§ 278

Kriminelle Vereinigung

1) Wer eine kriminelle Vereinigung gründet oder sich an einer solchen als Mitglied beteiligt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren zu bestrafen.

2) Eine kriminelle Vereinigung ist ein auf längere Zeit angelegter Zusammenschluss von mehr als zwei Personen, der darauf ausgerichtet ist, dass von einem oder mehreren Mitgliedern der Vereinigung ein oder mehrere Verbrechen, andere erhebliche Gewalttaten gegen Leib und Leben, nicht nur geringfügige Sachbeschädigungen, Diebstähle oder Betrügereien, Vergehen nach den §§ 104a, 165 Abs. 1 und 2, 233 bis 239, 304 oder 307 oder in § 278d Abs. 1 genannte andere Vergehen ausgeführt werden.

3) Als Mitglied beteiligt sich an einer kriminellen Vereinigung, wer im Rahmen ihrer kriminellen Ausrichtung eine strafbare Handlung begeht oder sich an ihren Aktivitäten durch die Bereitstellung von Informationen oder Vermögenswerten oder auf andere Weise in dem Wissen beteiligt, dass er dadurch die Vereinigung oder deren strafbare Handlungen fördert.

4) Hat die Vereinigung zu keiner strafbaren Handlung der geplanten Art geführt, so ist kein Mitglied zu bestrafen, wenn sich die Vereinigung freiwillig auflöst oder sich sonst aus ihrem Verhalten ergibt, dass sie ihr Vorhaben freiwillig aufgegeben hat. Ferner ist wegen krimineller Vereinigung nicht zu bestrafen, wer freiwillig von der Vereinigung zurücktritt, bevor eine Tat der geplanten Art ausgeführt oder versucht worden ist; wer an der Vereinigung führend teilgenommen hat, jedoch nur dann, wenn er freiwillig durch Mitteilung an die Behörde (§ 151 Abs. 3) oder auf andere Art bewirkt, dass die aus der Vereinigung entstandene Gefahr beseitigt wird.

§ 278a

Kriminelle Organisation

Wer eine auf längere Zeit angelegte unternehmensähnliche Verbindung einer grösseren Zahl von Personen gründet oder sich an einer solchen Verbindung als Mitglied beteiligt (§ 278 Abs. 3) oder diese finanziell unterstützt,

1. die, wenn auch nicht ausschliesslich, auf die wiederkehrende und geplante Begehung schwerwiegender strafbarer Handlungen, die das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die Freiheit oder das Vermögen bedrohen, oder schwerwiegender strafbarer Handlungen im Bereich der sexuellen Ausbeutung von Menschen, der Schlepperei oder des unerlaubten Verkehrs mit Kampfmitteln, Kernmaterial und radioaktiven Stoffen, gefährlichen Abfällen, Falschgeld oder Betäubungsmitteln ausgerichtet ist,

2. die dadurch eine Bereicherung in grossem Umfang oder erheblichen Einfluss auf Politik oder Wirtschaft anstrebt und

3. die andere zu korrumpieren oder einzuschüchtern oder sich auf besondere Weise gegen Strafverfolgungsmassnahmen abzuschirmen sucht,

ist mit Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren zu bestrafen. § 278 Abs. 4 gilt entsprechend.

§ 278b

Terroristische Vereinigung

1) Wer eine terroristische Vereinigung (Abs. 3) anführt, ist mit Freiheitsstrafe von fünf bis zu fünfzehn Jahren zu bestrafen. Wer eine terroristische Vereinigung anführt, die sich auf die Drohung mit terroristischen Straftaten (§ 278c Abs. 1) oder Terrorismusfinanzierung (§ 278d) beschränkt, ist mit Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren zu bestrafen.

2) Wer sich als Mitglied an einer terroristischen Vereinigung beteiligt (§ 278 Abs. 3) oder diese finanziell unterstützt, ist mit Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren zu bestrafen.

3) Eine terroristische Vereinigung ist ein auf längere Zeit angelegter Zusammenschluss von mehr als zwei Personen, der darauf ausgerichtet ist, dass von einem oder mehreren Mitgliedern dieser Vereinigung eine oder mehrere terroristische Straftaten (§ 278c) ausgeführt werden oder Terrorismusfinanzierung (§ 278d) betrieben wird.

§ 278c

Terroristische Straftaten

1) Terroristische Straftaten sind

1. Mord (§ 75),

2. Körperverletzungen nach den §§ 84 bis 87,

3. erpresserische Entführung (§ 102),

4. schwere Nötigung (§ 106),

5. gefährliche Drohung nach § 107 Abs. 2,

6. schwere Sachbeschädigung (§ 126) und Datenbeschädigung (§ 126a), wenn dadurch eine Gefahr für das Leben eines anderen oder für fremdes Eigentum in grossem Ausmass entstehen kann,

7. vorsätzliche Gemeingefährungsdelikte (§§ 169, 171, 173, 175, 176 und 178 sowie Art. 34 des Kriegsmaterialgesetzes) oder vorsätzliche Beeinträchtigung der Umwelt (§ 180),

8. Luftpiraterie (§ 185),

9. vorsätzliche Gefährdung der Sicherheit der Luftfahrt (§ 186),

9a. Aufforderung zu terroristischen Straftaten und Gutheissung terroristischer Straftaten (§ 282a) oder

10. eine nach Art. 60 des Waffengesetzes strafbare Handlung,

wenn die Tat geeignet ist, eine schwere oder längere Zeit anhaltende Störung des öffentlichen Lebens oder eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens herbeizuführen, und mit dem Vorsatz begangen wird, die Bevölkerung auf schwerwiegende Weise einzuschüchtern, öffentliche Stellen oder eine internationale Organisation zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung zu nötigen oder die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu erschüttern oder zu zerstören.

2) Wer eine terroristische Straftat im Sinne des Abs. 1 begeht, ist nach dem auf die dort genannte Tat anwendbaren Gesetz zu bestrafen, wobei das Höchstmass der jeweils angedrohten Strafe um die Hälfte, höchstens jedoch auf zwanzig Jahre, hinaufgesetzt wird.

3) Die Tat gilt nicht als terroristische Straftat, wenn sie auf die Herstellung oder Wiederherstellung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse oder die Ausübung oder Wahrung von Menschenrechten ausgerichtet ist.

§ 278d

Terrorismusfinanzierung

1) Wer Vermögenswerte mit dem Vorsatz bereitstellt oder sammelt, dass sie, wenn auch nur zum Teil, verwendet werden

1. zur Ausführung

a) einer Luftpiraterie (§ 185) oder einer vorsätzlichen Gefährdung der Sicherheit der Luftfahrt (§ 186),

b) einer erpresserischen Entführung (§ 102) oder einer Drohung damit,

c) eines Angriffs auf Leib, Leben oder Freiheit einer völkerrechtlich geschützten Person oder eines gewaltsamen Angriffs auf eine Wohnung, einen Dienstraum oder ein Beförderungsmittel einer solchen Person, der geeignet ist, Leib, Leben oder Freiheit dieser Person zu gefährden, oder einer Drohung damit,

d) einer vorsätzlichen Gefährdung durch Kernenergie oder ionisierende Strahlen (§ 171), einer Drohung damit, einer strafbaren Handlung zur Erlangung von Kernmaterial oder radioaktiven Stoffen oder einer Drohung mit der Begehung eines Diebstahls oder Raubes von Kernmaterial oder radioaktiven Stoffen, um einen anderen zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung zu nötigen,

e) eines erheblichen Angriffs auf Leib oder Leben eines anderen auf einem Flughafen, der der internationalen Zivilluftfahrt dient, einer Zerstörung oder erheblichen Beschädigung eines solchen Flughafens oder eines darauf befindlichen Luftfahrzeugs oder einer Unterbrechung der Dienste des Flughafens, sofern die Tat unter Verwendung einer Waffe oder sonstigen Vorrichtung begangen wird und geeignet ist, die Sicherheit auf dem Flughafen zu gefährden,

f) einer strafbaren Handlung, die auf eine in den §§ 185 oder 186 geschilderte Weise gegen ein Schiff oder eine feste Plattform, gegen eine Person, die sich an Bord eines Schiffes oder auf einer festen Plattform befindet, gegen die Ladung eines Schiffes oder eine Schifffahrtseinrichtung begangen wird,

g) der Beförderung eines Sprengsatzes oder einer anderen tödlichen Vorrichtung an einen öffentlichen Ort, zu einer staatlichen oder öffentlichen Einrichtung, einem öffentlichen Verkehrssystem oder einer Versorgungseinrichtung oder des Einsatzes solcher Mittel mit dem Ziel, den Tod oder eine schwere Körperverletzung eines anderen oder eine weitgehende Zerstörung des Ortes, der Einrichtung oder des Systems zu verursachen, sofern die Zerstörung geeignet ist, einen besonders grossen wirtschaftlichen Schaden herbeizuführen,

h) einer Handlung, die den Tod oder eine schwere Körperverletzung einer Zivilperson oder einer anderen Person, die in einem bewaffneten Konflikt nicht aktiv an den Feindseligkeiten teilnimmt, herbeiführen soll, wenn diese Handlung auf Grund ihres Wesens oder der Umstände darauf abzielt, eine Bevölkerungsgruppe einzuschüchtern oder eine Regierung oder eine internationale Organisation zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen, oder

2. von einer Person oder einer Vereinigung (§ 278b Abs. 3), die eine in Ziff. 1 genannte Handlung begeht oder sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt (§ 278b Abs. 2),

ist mit Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren zu bestrafen.

2) Der Täter ist nach Abs. 1 nicht zu bestrafen, wenn die Tat nach einer anderen Bestimmung mit strengerer Strafe bedroht ist.

§ 278e

Ausbildung für terroristische Zwecke

1) Wer eine andere Person in der Herstellung oder im Gebrauch von Sprengstoff, Schuss- oder sonstigen Waffen oder schädlichen oder gefährlichen Stoffen oder in einer anderen ebenso schädlichen oder gefährlichen spezifisch zur Begehung einer terroristischen Straftat nach § 278c Abs. 1 Ziff. 1 bis

9 oder 10 geeigneten Methode oder einem solchen Verfahren zum Zweck der Begehung einer solchen terroristischen Straftat unterweist, ist mit Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren zu bestrafen, wenn er weiss, dass die vermittelten Fähigkeiten für diesen Zweck eingesetzt werden sollen.

2) Wer sich in der Herstellung oder im Gebrauch von Sprengstoff, Schuss- oder sonstigen Waffen oder schädlichen oder gefährlichen Stoffen oder in einer anderen ebenso schädlichen oder gefährlichen spezifisch zur Begehung einer terroristischen Straftat nach § 278c Abs. 1 Ziff. 1 bis 9 oder 10 geeigneten Methode oder einem solchen Verfahren unterweisen lässt, um eine solche terroristische Straftat unter Einsatz der erworbenen Fähigkeiten zu begehen, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen. Die Strafe darf jedoch nach Art und Mass nicht strenger sein, als sie das Gesetz für die beabsichtigte Tat androht.

§ 278f

Anleitung zur Begehung einer terroristischen Straftat

1) Wer ein Medienerzeugnis, das nach seinem Inhalt dazu bestimmt ist, zur Begehung einer terroristischen Straftat (§ 278c Abs. 1 Ziff. 1 bis 9 oder 10) mit den im § 278e genannten Mitteln anzuleiten, oder solche Informationen im Internet in einer Art anbietet oder einer anderen Person zugänglich macht, um zur Begehung einer terroristischen Straftat aufzureizen, ist mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren zu bestrafen.

2) Ebenso ist zu bestrafen, wer sich ein Medienerzeugnis im Sinne des Abs. 1 oder solche Informationen aus dem Internet verschafft, um eine terroristische Straftat (§ 278c Abs. 1 Ziff. 1 bis 9 oder 10) zu begehen.

§ 279

Bewaffnete Verbindungen

1) Wer unbefugt eine bewaffnete oder zur Bewaffnung bestimmte Verbindung aufstellt oder eine bestehende Verbindung bewaffnet, sich in dieser Verbindung führend betätigt, für sie Mitglieder wirbt, aushebt oder militärisch oder sonst zum Kampf ausbildet oder die Verbindung mit Kampfmitteln, Verkehrsmitteln oder Einrichtungen zur Nachrichtenübermittlung ausrustet oder mit Geldmitteln oder sonst in erheblicher Weise unterstützt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren zu bestrafen.

2) Nach Abs. 1 ist nicht zu bestrafen, wer freiwillig, bevor die Behörde (§ 151 Abs. 3) von seinem Verschulden erfahren hat, alles, was ihm von der Verbindung und ihren Plänen bekannt ist, zu einer Zeit, da es noch geheim ist, einer solchen Behörde aufdeckt.

§ 280

Ansammeln von Kampfmitteln

1) Wer Waffen, Munition oder andere Kampfmittel an sich bringt, besitzt oder einem anderen verschafft, um eine grössere Zahl von Menschen zum Kampf auszurüsten, ist mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren zu bestrafen.

2) Nach Abs. 1 ist nicht zu bestrafen, wer freiwillig, bevor die Behörde (§ 151 Abs. 3) von seinem Verschulden erfahren hat, die Kampfmittel auf Dauer unbrauchbar macht, einer solchen Behörde übergibt oder es ihr ermöglicht, der Kampfmittel habhaft zu werden.

§ 281

Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze

Wer in einem Druckwerk, im Radio, Fernsehen oder sonst auf eine Weise, dass es einer breiten Öffentlichkeit zugänglich wird, zum allgemeinen Ungehorsam gegen ein Gesetz auffordert, ist mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr zu bestrafen.

§ 282

Aufforderung zu mit Strafe bedrohten Handlungen und Gutheissung mit Strafe bedrohter Handlungen

1) Wer in einem Druckwerk, im Radio, Fernsehen oder sonst auf eine Weise, dass es einer breiten Öffentlichkeit zugänglich wird, zu einer mit Strafe bedrohten Handlung auffordert, ist, wenn er nicht als an dieser Handlung Beteiligter (§ 12) mit strengerer Strafe bedroht ist, mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren zu bestrafen.

2) Ebenso ist zu bestrafen, wer auf die im Abs. 1 bezeichnete Weise eine vorsätzlich begangene, mit einer ein Jahr übersteigenden Freiheitsstrafe bedrohte Handlung in einer Art gutheisst, die geeignet ist, das allgemeine Rechtsempfinden zu empören oder zur Begehung einer solchen Handlung aufzureizen.

§ 282a

Aufforderung zu terroristischen Straftaten und Gutheissung terroristischer Straftaten

1) Wer in einem Druckwerk, im Radio, Fernsehen oder einem anderen Medium oder sonst öffentlich auf eine Weise, dass es vielen Menschen zugänglich wird, zur Begehung einer terroristischen Straftat (§ 278c Abs. 1 Ziff. 1 bis 9 oder 10) auffordert, ist, wenn er nicht als an dieser Handlung Beteiligter (§ 12) mit strengerer Strafe bedroht ist, mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren zu bestrafen.

2) Ebenso ist zu bestrafen, wer auf die im Abs. 1 bezeichnete Weise eine terroristische Straftat (§ 278c Abs. 1 Ziff. 1 bis 9 oder 10) in einer Art gutheisst, die geeignet ist, die Gefahr der Begehung einer oder mehrerer solcher Straftaten herbeizuführen.

§ 283

Diskriminierung

1) Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren ist zu bestrafen, wer

1. öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Sprache, Nationalität, Ethnie, Religion oder Weltanschauung, ihres Geschlechts, ihrer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Ausrichtung zu Hass oder Diskriminierung aufreizt,

2. öffentlich Ideologien verbreitet, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumdung von Personen wegen ihrer Rasse, Sprache, Nationalität, Ethnie, Religion oder Weltanschauung, ihres Geschlechts, ihrer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Ausrichtung gerichtet sind,

3. mit dem gleichen Ziel Propagandaaktionen organisiert, fördert oder daran teilnimmt,

4. öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, über elektronische Medien übermittelte Zeichen, Gebärden, Tätlichkeiten oder in anderer Weise eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Sprache, Nationalität, Ethnie, Religion oder Weltanschauung, ihres Geschlechts, ihres Alters oder ihrer sexuellen Ausrichtung in einer gegen die Menschenwürde verstossenden Weise herabsetzt oder diskriminiert,

5. öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, über elektronische Medien übermittelte Zeichen, Gebärden, Tätlichkeiten oder in anderer Weise Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost oder zu rechtfertigen versucht,

6. eine von ihm angebotene Leistung, die für die Allgemeinheit bestimmt ist, einer Person oder einer Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Sprache, Nationalität, Ethnie, Religion oder Weltanschauung, ihres Geschlechts, ihrer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Ausrichtung verweigert,

7. sich an einer Vereinigung als Mitglied beteiligt, deren Tätigkeit darin besteht, eine Diskriminierung im Sinne dieser Bestimmung zu fördern oder dazu aufzureizen.

2) Ebenso ist zu bestrafen, wer diskriminierende (Abs. 1) Schriften, Ton- oder Bildaufnahmen, über elektronische Medien übermittelte Zeichen, Abbildungen oder andere Gegenstände dieser Art,

1. zum Zwecke der Weiterverbreitung herstellt, einführt, lagert oder in Verkehr bringt,

2. öffentlich anpreist, ausstellt, anbietet oder zeigt.

3) Abs. 1 und 2 kommen nicht zur Anwendung, wenn das Propagandamittel oder die Handlung der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der sachgerechten Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient.

§ 284

Sprengung einer Versammlung

Wer eine Versammlung, einen Aufmarsch oder eine ähnliche Kundgebung, die nicht verboten sind, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt verhindert oder sprengt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr zu bestrafen.

§ 285

Verhinderung oder Störung einer Versammlung

Wer eine nicht verbotene Versammlung dadurch verhindert oder erheblich stört, dass er

1. den Versammlungsraum unzugänglich macht,
2. eine zur Teilnahme berechtigte Person am Zutritt hindert oder ihr den Zutritt erschwert oder ihr die Teilnahme an der Versammlung durch schwere Belästigungen unmöglich macht oder erschwert,
3. in die Versammlung unbefugt eindringt oder
4. eine zur Leitung oder Aufrechterhaltung der Ordnung berufene Person verdrängt oder sich einer ihrer auf den Verlauf der Versammlung bezüglichen Anordnungen tötlich widersetzt,

ist mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen.

§ 286

Unterlassung der Verhinderung einer mit Strafe bedrohten Handlung

1) Wer es mit dem Vorsatz, dass vorsätzlich eine mit Strafe bedrohte Handlung begangen werde, unterlässt, ihre unmittelbar bevorstehende oder schon begonnene Ausführung zu verhindern oder in den Fällen, in denen eine Benachrichtigung die Verhinderung ermöglicht, der Behörde (§ 151 Abs. 3) oder dem Bedrohten mitzuteilen, ist, wenn die strafbare Handlung zumindest versucht worden und mit einer ein Jahr übersteigenden Freiheitsstrafe bedroht ist, mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren zu bestrafen. Die Strafe darf jedoch nach Art und Mass nicht strenger sein, als sie das Gesetz für die nicht verhinderte Tat androht.

2) Der Täter ist nach Abs. 1 nicht zu bestrafen, wenn er

1. die Verhinderung oder Benachrichtigung nicht leicht und ohne sich oder einen Angehörigen der Gefahr eines beträchtlichen Nachteils auszusetzen, bewirken konnte,
2. von der mit Strafe bedrohten Handlung ausschliesslich durch eine Mitteilung Kenntnis erhalten hat, die ihm in seiner Eigenschaft als Seelsorger anvertraut worden ist oder
3. durch die Verhinderung oder Benachrichtigung eine andere rechtlich anerkannte Verschwiegenheitspflicht verletzen würde und die aus der Verletzung dieser Pflicht drohenden Folgen schwerer gewogen hätten als die nachteiligen Folgen aus der Unterlassung der Verhinderung oder Bekanntmachung.

§ 287

Begehung einer mit Strafe bedrohten Handlung im Zustand voller Berauschung

1) Wer sich, wenn auch nur fahrlässig, durch den Genuss von Alkohol oder den Gebrauch eines anderen berauschenden Mittels in einen die Zurechnungsfähigkeit ausschliessenden Rausch versetzt, ist, wenn er im Rausch eine Handlung begeht, die ihm ausser diesem Zustand als Verbrechen oder Vergehen zugerechnet würde, mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen. Die Strafe darf jedoch nach Art und Mass nicht strenger sein, als sie das Gesetz für die im Rausch begangene Tat androht.

2) Der Täter ist nur auf Verlangen, auf Antrag oder mit Ermächtigung zu verfolgen, wenn die im Rausch begangene mit Strafe bedrohte Handlung nur auf Verlangen, auf Antrag oder mit Ermächtigung zu verfolgen ist.

* * * * *

ANHANG 1: PRESSEDOKUMENTATION

Anhang zu
Extremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2016

Pressedokumentation 2016

Liechtensteiner Vaterland
Liechtensteiner Volksblatt
Weitere Printmedien

«Kleine, aber wirksame Massnahmen»

Regierungschef-Stellvertreter **Thomas Zweifelhofer** blickt im «Vaterland»-Interview auf ein bewegendes Jahr 2015 zurück. Ein Jahr, das geprägt war von Terrorismus und Flüchtlingskrise, aber auch vom Franken-Kurs und Fortschritten in der Justizreform.

JOËL GRANDCHAMP

Herr Regierungschef-Stellvertreter, 2015 war ein sehr bewegendes Jahr. Was war die grösste Herausforderung des nun vergangenen Jahres?

Thomas Zweifelhofer: Einen klaren Favoriten zu benennen, fällt mir schwer. Lassen Sie mich die folgenden drei Stichworte anführen, die das Jahr für mich prägen: Frankenstärke, Flüchtlingskrise und Postsanierung.

Wird Sie das Thema Post auch im Jahr 2016 weiterhin beschäftigen?
Thomas Zweifelhofer: Wie bereits erwähnt, war die Sanierung und der entsprechende Nachtragskredit für die Post eine besonders grosse Herausforderung im abgelaufenen Jahr, die wir aber gut gemeistert haben, sodass die Post wieder positiv in die Zukunft blicken kann. Noch nicht abgeschlossen ist die Aufarbeitung der Vergangenheit, hier gilt es, die weiteren Abklärungen abzuwarten. Wir wollen Verantwortlichkeiten klären und aus den gemachten Fehlern lernen. Insofern ist das Thema Post sicher noch nicht ganz vom Tisch.

Welche Themen bewegten das Ministerium für Inneres, Justiz und Wirtschaft im Jahr 2015 im Geschäftsbereich Wirtschaft am meisten?

Thomas Zweifelhofer: Generell stellte uns die Frankenstärke ab Mitte Januar 2015 vor grosse Herausforderungen. Erneut stellte

«Was soll und kann der Staat tun, wenn die Wirtschaft leidet?»

sich die umstrittene Frage: Was soll und kann der Staat tun, wenn die Wirtschaft leidet? Wir haben uns für ein Bündel von kleineren, aber wirksamen Massnahmen entschieden, um die Wirtschaft zu entlasten. Generell lege ich Wert darauf, dass alle neuen und bestehenden Vorschriften laufend daraufhin überprüft werden, ob sie unnötige Bürokratie generieren. Auch die Standortstrategie hat sich dem Ziel verschrieben, die guten Rahmenbedingungen – soweit möglich – zu erhalten oder auszubauen.

Mit dem Geldspielgesetz und dem Gesetz über die betriebliche Personalvorsorge wurden im Dezember- und im Januar-Verordnungsblatt zwei sehr kontroverse Themen in einer ersten Lesung behandelt. Was sind die Hauptpunkte beim Geldspielgesetz?

Thomas Zweifelhofer: Hier wollen wir die gesetzlichen Bestimmungen so verändern, dass es inskünftig nicht mehr so einfach ist, einen Interessenten schon im Konzessionsverfahren durch endlose Klagen und Gerichtsverfahren auszubremsten. Es geht uns dabei nicht darum, dass wir unbedingt mehrere Casinos in Liechtenstein wollen. Diese Frage soll der Markt klären. Es geht uns darum, dass es im Sinne eines vielfältigen und at-



Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zweifelhofer blickt auf ein bewegendes Jahr zurück.

traktiven Standortes auch in Liechtenstein möglich sein soll, auf hohem Niveau ein Casino zu betreiben. Und selbstverständlich erhoffen wir uns auch Einnahmen für den Staatshaushalt.

Was sind die Hauptpunkte bei der Reform der betrieblichen Personalvorsorge?

Thomas Zweifelhofer: Die Reform der 2. Säule will die Vorsorge-situation generell, aber vor allem bei tiefen und mittleren Einkommen deutlich verbessern. Das ist dringend nötig, denn der Kapitalmarkt als sogenannter dritter Beitragszahler fällt zunehmend weg und der demografische Wandel führt zu einer immer längeren Bezugsdauer von Renten. Zwecks Verbesserung der Situation haben wir nicht einfach den Weg über eine Beitragssatzerhöhung gewählt, sondern ein Bündel von vier kleineren Massnahmen vorgeschlagen, die insgesamt aber ebenfalls grosse Wirkung entfalten werden: Senkung der Eintrittsschwelle in Bezug auf Lohn und Alter, einen generellen Mindestbeitragsatz von acht Prozent und Abschaffung des Freibetrags.

Wie wichtig ist eine zügige Umsetzung der beiden Vorlagen, und besteht die Möglichkeit, dass diese

eventuell auch vom Volk gelangen?

Thomas Zweifelhofer: Eine zügige Umsetzung ist mir grundsätzlich bei allen Projekten wichtig. Ich bin kein Freund von Verzögerungstaktik, sondern für konse-

«Eine zügige Umsetzung ist mir grundsätzlich bei allen Projekten wichtig.»

quentes und zielgerichtetes Vorgehen. Die Reform der 2. Säule ist sicher viel bedeutender als die Reform des Geldspielgesetzes. Bei jedem Gesetzesprojekt besteht die Möglichkeit, dass der Landtag oder eine Gruppe von Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern über ein Referendum eine Volksabstimmung herbeiführt. Wenn es Volksabstimmungen zu diesen beiden Vorlagen geben sollte, würde mir vor allem eine Bestätigung des Reformprojektes bei der Reform der 2. Säule sehr am Herzen liegen.

Welches war das wichtigste Thema im Bereich Justiz im Jahr 2015?

Thomas Zweifelhofer: Mit der Anpassung des Strafgesetzbuches in zweiter Lesung im März-Landtag 2015 konnte in der Frage der Schwangerschaftskonflikte nach Jahrzehnten schwie-

riger politischer Auseinandersetzungen endlich ein deutlicher Fortschritt für betroffene Frauen erreicht werden. Frauen in einem Schwangerschaftskonflikt sind im Falle einer Abtreibung nicht mehr strafbar, alle anderen Beteiligten bleiben weiterhin strafbar. Auf diesen Meilenstein bin ich besonders stolz.

Es gab im Bereich Justiz aber noch weitere Themen, welche das Ministerium im abgelaufenen Jahr beschäftigten?

Thomas Zweifelhofer: In der Tat. Wichtige abgeschlossene Projekte waren neue gesetzliche Grundlagen im Konsumentenschutz, Anpassungen im Markenrecht und die Totalrevision des Grundverkehrsrechts mit der Abschaffung der Gemeindegrundverkehrs-kommissionen. Mit der Erklärung schwerer Steuendelikte zu Vorträgen von Geldwäscherei konnte eine langjährige Pendenz in der Finanzplatzregulierung erledigt werden. Ein weiteres Grossprojekt war die Entwicklung eines zeitgemässen Miet- und Pachtrechts, dessen Diskussion jedoch vom Landtag auf das neue Jahr verschoben wurde.

Wurden 2015 auch bei der Organisation des Bereichs Justiz Änderungen vorgenommen?

Thomas Zweifelhofer: Ja, im abgelaufenen Jahr konnten weitere Fortschritte in der Justizreform gemacht werden: die Anpassung des Gerichtsorganisationsgesetzes, die Neuordnung der Entscheidung der nebenamtlichen Richter, die ersten Anpassungen im Bereich Verfahrenshilfe sowie die Revision des Richterdienstgesetzes. Die Position des Landgerichtspräsidenten wurde damit gestärkt und die Geschäftsverteilung und die Präsenz- und Ferienregelung wur-

«Insgesamt konnten in der Justizverwaltung viele Themen angepackt werden.»

den klarer geregelt. Mit der Abschaffung der Vermittler per Mitte Jahr wurden das Gerichtsverfahren gestrafft und die Gemeinden entlastet. Insgesamt konnten in der Justizverwaltung viele Themen angepackt und umgesetzt werden, die zum Teil seit Jahren bemängelt worden waren.

Im Bereich des Inneren waren sicher die Flüchtlingskrise und der Terrorismus die dominierenden Themen. Mit der Krise in der Ukraine und dem Vormarsch des IS haben Krieg

und Terror Europa erreicht. Inwiefern war auch Liechtenstein davon betroffen?

Thomas Zweifelhofer: Liechtenstein ist insofern in einer glücklichen Lage, als wir bislang von Terror verschont geblieben sind. Das ist angesichts unserer Grösse und Exposition auch wenig verwunderlich und sicher kein Verdienst von Politik oder Behörden. Allerdings führen gerade der schreckliche Krieg in Syrien und die Gräueltaten des IS zu einer massiven Fluchtbewegung aus dem Nahen Osten, was auch wir, erstaunlicherweise eher indirekt, zu spüren bekommen. Wir sind

«Entscheidend sind hier nicht die absoluten Zahlen unserer Hilfe.»

zwar nicht das Ziel der grossen Flüchtlingsströme, dennoch hat die Zahl der Asylsuchenden auch in Liechtenstein zugenommen. Als UNO- und Schengenmitglied beteiligen wir uns aktiv an der europäischen und internationalen Flüchtlingspolitik, indem wir nicht nur Hilfe vor Ort leisten, sondern an UNHCR-Resettlement-Programmen und freiwillig an den von der EU beschlossenen beiden Relocation-Programmen teilnehmen. Entscheidend sind hier nicht die absoluten Zahlen unserer Hilfe, sondern dass wir uns relativ zu unserer Grösse und unserem Wohlstand solidarisch mit der Welt zeigen.

Weitere kontroverse und seit langer Zeit diskutierte Themen im Bereich des Inneren sind die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft und die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Auslandsleichensteiner. Wie ist der momentane Stand dieser beiden Vorlagen?

Thomas Zweifelhofer: Bei der Einführung des Stimm- und aktiven Wahlrechts für Auslandsleichensteiner sind wir weiter als bei der Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft. Die Vorlage betreffend die Auslandsleichensteiner wurde 2015 bereits in erster Lesung im Landtag behandelt und wird wohl im ersten Halbjahr 2016 in die entscheidende Phase kommen. Ob es im Landtag für die nötige Anzahl Stimmen zur damit verbundenen Verfassungsänderung reichen wird, ist noch nicht absehbar. Ich werde weiter für diese Vorlage kämpfen, um auch bei diesem Thema endlich einen Fortschritt zu erreichen. Die Vorlage ist ja auch sehr zurückhaltend und setzt das Thema sehr vorsichtig um: Nur, wer früher in Liechtenstein bereits gelebt hat und mit hoher Wahrscheinlichkeit nach Liechtenstein zurückkommen wird und damit von Themen auch betroffen sein wird, soll abstimmen und wählen dürfen. Auch bei der doppelten Staatsbürgerschaft wird im Jahr 2016 einiges an Bewegung in die Sache kommen. Es wäre schön, wenn wir auch dieses alte Thema endlich positiv vorwärtsbringen könnten.

Der Mensch als Mass aller Dinge

Der Ehrengast des 30. Neujahrstreffens der VU, Justizminister Wolfgang Brandstetter, referierte zum Thema «Herausforderungen des Rechts im 21. Jahrhundert». Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen sei das Wichtigste, dass der Mensch immer an der ersten Stelle stehe.

JOËL GRANDCHAMP

VADUZ. «Der Mensch muss das Mass aller Dinge sein.» Auf diese Worte kam der Ehrengast des gestrigen Neujahrstreffens der Vaterländischen Union, der österreichische Justizminister Wolfgang Brandstetter, immer wieder zurück. Obwohl das 21. Jahrhundert noch nicht alt ist, stellt es die Justiz immer mehr und immer schneller vor Herausforderungen, mit welchen sich die Justiz bislang nicht beschäftigen musste. Es gelte daher, ein Recht zu gestalten, welches mit diesen raschen Veränderungen auch mithalten könne.

Die Gesellschaft verändern

«Das Recht soll aber auch die Gesellschaft verändern und nicht nur die Veränderungen der Gesellschaft nachvollziehen», sagte Brandstetter. Bloss weil ein Gesetz kaum befolgt werde, bedeute dies nicht, dass es abgeschafft werden müsse. Als Beispiel nannte Brandstetter Automobilisten, welche sich nicht an Geschwindigkeitsbegrenzungen in Ortsbereichen halten. Eine Aufhebung wäre in diesem Fall schädlich, da diese Begrenzungen Menschenleben schützen sollen. Daher sei in manchen Fällen sogar eine Verschärfung von Gesetzen notwendig. Der Mensch soll zudem stärker geschützt werden als Sachwerte. «Dies war auch der Grundgedanke bei der Neugestaltung des Strafrechts», sagte Brandstetter.

Verdoppelung der Haftlänge

Bei der Neugestaltung des österreichischen Strafrechts, welche erst vor kurzer Zeit abgeschlossen wurde, sei darauf geachtet worden, dass Straftatbestände im Zusammenhang mit Körperverletzungen härter bestraft werden als solche, bei denen materieller Schaden entsteht. Körperliche Schäden können nämlich – im Gegensatz zu materiellen Schäden – nicht immer mit Geld wieder gutgemacht werden. «In einigen Bereichen, beispielsweise der vorsätzlichen Körperverletzung, wurden



Der österreichische Justizminister Wolfgang Brandstetter referierte am VU-Neujahrstreffen über aktuelle Herausforderungen des Rechts.

die Haftstrafen im österreichischen Strafrecht sogar verdoppelt», sagte Brandstetter.

Problem Cybermobbing

Neu stehe auch das sogenannte Cybermobbing, die Verletzung der Privatsphäre im Internet und in sozialen Medien, unter Strafe. Es sei möglich, dass verurteilte Täter mit bis zu einem Jahr Haft bestraft werden. In Fällen, bei denen das Opfer versucht, sich selbst umzubringen, seien neu bis zu drei Jahre Haft möglich. «Der öffentliche Pranger im Mittelalter ist, im Vergleich zu den Möglichkeiten, die man online hat, fast schon harmlos», sagte Brandstetter.

Auch wenn das Internet viele Vorteile habe, habe es offensichtlich auch seine dunkleren Seiten. Daher sei es wichtig, Menschen vor möglichen schädlichen Auswirkungen des Internets zu

schützen. Im gleichen Zusammenhang sei deshalb auch der Tatbestand der Verhetzung verschärft worden. «Wer nachhaltigen Hass sät, der soll gefälligst auch ernten können», zeigte sich Brandstetter überzeugt.

Zusammenarbeit mit Firmen

Im Bereich der Hasskriminalität und des Extremismus sei eine gemeinsame Zusammenarbeit mit Internetkonzernen besonders wichtig. Viele grössere Internetkonzerne hätten bislang – abgesehen von einigen Beteuerungen der Zusammenarbeit – nicht viel Verständnis für das Recht in Europa gezeigt. Wenn sich jemand in Europa mit einem Schild, auf das verletzende Parolen gemalt wurden, unter Menschen begebe, ziehe dies ein Strafverfahren nach sich und das Schild werde eingezogen. Wenn sich herausstelle, dass eine wei-

tere Person das Schild gemalt habe, werde diese Person der Mittäterschaft schuldig gesprochen, auch wenn er selbst nicht anwesend war. Dies gelte auch für Internetfirmen. Man könne von diesen Firmen nicht verlangen, dass jede Aussage, welche veröffentlicht wird, zuerst auf einen verletzenden Hintergrund überprüft wird. «Wenn der Staatsanwalt jedoch mitteilt, dass jemand mithilfe dieser Firmen Hasskriminalität verbreitet und diese immer noch nicht reagieren, dann gilt das als Beihilfe», sagte Brandstetter. In Österreich gebe es bereits mehrere Verfahren wegen solcher Straftatbestände.

Dauer der Datenspeicherung

Eine weitere Herausforderung sei der Umgang mit Daten sowie der Datenschutz. Momentan sei das Vorgehen des europäischen Rechts bezüglich Vorratsdaten-

speicherung fast ein wenig zu vorsichtig. Die Frage, wie lange die Daten von Telekommunikationsfirmen gespeichert werden müssen – wer zu welchem Zeitpunkt mit wem für wie lange gesprochen hat, ohne Inhalte oder Mitschnitte des Gesprächs –, beschäftige immer noch die Gerichte in Europa. Bis vor Kurzem seien dies noch zwei Jahre gewesen, dies werde aber wieder diskutiert. «Es bleibt abzuwarten, welche Zeitspanne als verhältnismässig angesehen wird», sagte Brandstetter.

Brandstetter regte an, dass gerade die Telekommunikationsdaten doch eine gewisse Zeit aufbewahrt werden: «Viele sogenannte Dschihadisten ziehen derzeit in den sogenannten heiligen Krieg. Wenn die wieder zurückkommen, wären diese Daten von grossem Interesse.» Die Verbindungsdaten wären

dann eine Möglichkeit, an die Hintermänner zu geraten, welche in Europa weitere Extremisten rekrutieren.

In diesem Zusammenhang wäre auch der sogenannte Bundesstrojaner für Brandstetter eine Möglichkeit gewesen. «Es ist erstaunlich, wie leichtsinnig Jugendliche mit ihren eigenen Daten umgehen, aber sehr sensibel reagieren, wenn es um Daten im Interesse der Verbrechensbekämpfung geht», sagte Brandstetter. Er sehe ein, dass es viele Vorbehalte gegenüber solchen Programmen gebe, meinte aber mit einem Augenzwinkern, dass der Bundesstrojaner zweifelsohne der fleissigste aller Beamten gewesen wäre. Diese Diskussion zeige aber auch eine weitere Herausforderung auf: Die Abwägung zwischen Eingriffe in persönliche Daten und die Notwendigkeit der Strafverfolgung. Auch hier sei es wichtig, dass der Mensch das Mass aller Dinge bleibe.

Es darf nicht am Geld scheitern

Der Ansatz, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, sei nicht immer der billigste. Dies hätten Beispiele gezeigt, bei denen es um Fälle ging, bei denen Menschen ein Vormund zugeteilt werden sollte. Sobald ein Betroffener diesen Eingriff als Verlust aller Rechte wahrnehme, wäre eine Art Unterstützung durch Fachkräfte angebracht. «Es gilt, den klassischen Rahmen zu verlassen und ein Problem an der Wurzel zu packen. Wir haben damit zwar grossen Erfolg, aber es wird teuer», sagte Brandstetter. So etwas dürfe jedoch nicht am Geld scheitern.

Als letzte Herausforderung nannte Brandstetter die Notwendigkeit, die Effizienz in der Justiz zu steigern und die Verfahren zu beschleunigen. Eine Aufgabe, welche nicht immer einfach zu bewältigen sei, in der man jedoch bereits grosse Schritte tätigen konnte. «Bei aller Notwendigkeit der Effizienzsteigerung ist dennoch der Mensch das Mass aller Dinge. Das Recht ist für den Menschen da, und nicht umgekehrt», sagte Brandstetter.

«Informieren statt Ängste schüren»

Am Montag hielt der Jihadismus-Experte Thomas Schmidinger vor den Oberstufenklassen des Liechtensteinischen Gymnasiums zwei spannende und lehrreiche Vorträge zum Thema «Syrienkrieg, Flüchtlinge und Jihadismus».

VADUZ. Die Fachschaft Religion und Kultur, die das Thema Fundamentalismus im Unterricht behandelt, lud den international anerkannten Experten ein, um unter dem Motto «Informieren statt Ängste schüren» eine Antwort zu geben auf die Unsicherheit und Ratlosigkeit, die im Zuge der Anschläge in Paris auch unter den Schülerinnen und Schülern wahrgenommen werden konnte. Thomas Schmidinger veranschaulichte nicht nur die äusserst komplexe Materie der Entwicklung des sogenannten Islamischen Staates, sondern erläuterte, was das Wesen des Jihadismus im Unterschied zum Islam ist.

Gründe für Radikalisierung

Thomas Schmidinger verdeutlichte die Gemeinsamkeiten zwischen Jihadismus und Rechtsextremismus und stellte damit einen Bezug zum heutigen Holocaust-Gedenktag her. Auf dem Hintergrund seiner Beratungserfahrungen mit Angehörigen

von jugendlichen Jihadisten konnte er auch nachvollziehbar machen, warum und wie europäische Jugendliche in diesen Radikalisierungsprozess hineingeraten. Auch die Flüchtlingsproblematik wurde thematisiert mit der Grundbotschaft: Wenn Europa die Flüchtlinge abweist, spielt sie dem sogenannten Islamischen Staat in die Hände. Ein offenes und demokratisches Europa ist die beste Bekämpfung der Wirkung und Ziele dieser Terrororganisation.

Sowohl während des Vortrags als auch in den Antworten auf die anschliessenden Fragen der Schülerinnen und Schüler aus den 6. und 7. Klassen konnte Thomas Schmidinger seine Kompetenz und thematische Breite sowie seine Fähigkeit, mit dem Auditorium in Kontakt zu gehen, unter Beweis stellen. Der Politikwissenschaftler Schmidinger arbeitet derzeit intensiv als Jihadismus-Experte mit dem Europäischen Parlament zusammen. (pd)



Der Jihadismus-Experte Thomas Schmidinger referierte in Vaduz.

Bild: eing.



Florian Marxer, Jan Philipp Reemtsma, Regierungspräsidentin Aurelia Frick, Arik Rav-On und Klemens Jansen (v. l.) nahmen an der Holocaust-Gedenkstunde im Kunstmuseum Liechtenstein teil.



Jan Philipp Reemtsma wies in seiner Ansprache darauf hin, dass Leute, die Zivilcourage zeigten, häufig gehandelt hätten, ohne darüber nachzudenken: «Sie mussten es einfach tun.»

Bilder: Daniel Ospelt

Auch heute braucht es Zivilcourage

Anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau findet jedes Jahr am 27. Januar ein Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus statt. Auch Liechtenstein beteiligte sich gestern erneut daran und lud ins Kunstmuseum zur Holocaust-Gedenkstunde.

JOËL GRANDCHAMP

VADUZ. «Wir möchten nicht, dass unsere Vergangenheit die Zukunft unserer Kinder wird.» Mit diesem Zitat eröffnete Regierungspräsidentin Aurelia Frick gestern Abend die Holocaust-Gedenkstunde im Kunstmuseum Liechtenstein. Diese Aussage habe sie erstmals vor einem Jahr beim Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau gehört. Begleitet wurde sie damals von zwei Jugendlichen, welche sich nach dem Besuch des Konzentrationslagers tief beeindruckt und fassungslos gezeigt hätten. «Die beiden Schüler, die mich auf meiner Reise

begleitet haben, werden hoffentlich zu Multiplikatoren für eine Botschaft: nie wieder», sagte Frick.

Gerade in der heutigen Zeit des Terrors, der Flüchtlingskatastrophen, Angst, Schrecken und Gewalt sei es umso wichtiger, dass nicht nur die Politik, sondern auch jeder individuelle Bürger seinen Beitrag zur Normalisierung dieses Ausnahmezustands leiste. «Wir brauchen damals wie heute Menschen mit Zivilcourage», sagte Frick und ermunterte die Anwesenden dazu, unreflektierte Pauschalaussagen zu hinterfragen, unbequeme Fragen zu stellen und auch unbequem zu handeln, selbst wenn

dies von bestimmten Menschen als unpopulär angesehen werde.

Besuch von Yad Vashem

«Wenn Sie diese Welt, in der Sie leben, verstehen wollen, wenn Sie die Menschheit, der einzige Verein, aus dem Sie nicht austreten können, verstehen wollen, dann sollten Sie Yad Vashem besuchen», rief Jan Philipp Reemtsma, politischer Publizist und Essayist. Yad Vashem sei der Ort, der am besten aufzeigen könne, welche verschiedenen Facetten der Holocaust gehabt habe. «Das ungeheure Leid der Millionen, die Gesichter Einzelner, die Fotoalben, die sich erhalten haben, die Erlasse, Anwei-

sungen, Fahrpläne, Bestellbögen für Giftgas, die Protokolle von unaussprechlichen Schindereien – dies und viel mehr finden Sie in Yad Vashem», sagte Reemtsma. Für dieses Verständnis sei es auch wichtig, den Ort des Geschehens, also eines der Konzentrationslager, zu besuchen. Dort merke man, dass ein Teil des Herzens zuvor nicht geglaubt habe, dass diese Geschehnisse tatsächlich passiert seien.

Jeder Mensch hat eine Wahl

Trotz allem habe es in dieser Zeit der Verfolgung auch Menschen gegeben, die ihr eigenes Leben riskiert hätten, um das ihrer Mitbürger zu retten. Diese

werden als «Gerechte unter den Völkern» bezeichnet. «Mut ist etwas, das jemand zeigen kann oder nicht. Für den Soldaten ist Mut eine Standespflicht. Der zivile Bürger muss nicht mutig sein, er kann», sagte Reemtsma. Der Begriff Zivilcourage sei auf eine bestimmte Form von Mut gemünzt, den Mut, den Status des Bürgers zu verteidigen oder zu erkämpfen. Dies könne sein, wenn ein Deutscher den Hut vor einem anderen Deutschen ziehe, welcher den gelben Stern trage und ihn so als Mitbürger grüsst und sich dabei beobachten lässt. «Die alle haben Mut. Sie könnten es nämlich auch lassen. Sie könnten bequemer leben ohne

das», sagte Reemtsma. Ein Akt der Zivilcourage verweise auf die Rechte und Pflichten und die Würde als Bürger und wie zerbrechlich dieser Zustand sei. Es sei aber falsch, davon zu sprechen, dass sich so jemand als «Mensch» verhalte. Ein Mensch sei man, egal wie man ist und sich verhält: «Wir haben die Wahl. Aber die Gerechten unter den Völkern haben uns im Nachhinein gesagt, dass sie keine Wahl gehabt hätten. Sie konnten nicht anders. Sie haben getan, was sie für selbstverständlich hielten. Sie sind Ausnahmen unter allen Völkern, unter den Menschen. Aber sie sind das Selbstverständliche.»

Gewalt an Frauen im Mittelpunkt

Vom 25. bis 29. Januar fand in Strassburg die erste Session dieses Jahres der Parlamentarischen Versammlung des Europarats statt. Auch Liechtenstein war vertreten.

VADUZ. An der Dringlichkeitsdebatte debattierten die Parlamentarier einen Bericht mit dem Titel «Der Schutz von Frauen und die ehrliche Darstellung unbequemer Wahrheiten». Der Bericht thematisierte die jüngsten Übergriffe gegenüber Frauen – beispielsweise in Köln – sowie die Ursachen für Gewalt an Frauen. Liechtenstein wurde durch die Landtagsabgeordneten Rainer Gopp als Delegationsleiter und Judith Oehri sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Mehr als 20 Abgeordnete ergriffen das Wort. Der Landtagsabgeordnete Rainer Gopp hielt in seiner Wortmeldung fest, dass Gesetze und Konventionen wichtig seien, um die entsprechenden Rahmenbedingungen zur Hand zu haben. Dennoch sei es unabdingbar, durch intensive Aufklärung und Anpassungen im Bildungswesen eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit für die Gleichstellung zu erreichen. Abschliessend rief Gopp die Versammlung auf, hinzusehen und zu handeln. Die mit 115 Stimmen verabschiedete Entschliessung fordert die Mitgliedstaaten u. a. auf, das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

Bulgarischer Vorsitz noch bis Mai

Aufgrund des bulgarischen Vorsizes im Ministerkomitee des Europarats (November 2015 bis Mai 2016) sprachen zwei bulgarische Persönlichkeiten vor



Die Landtagsabgeordneten Judith Oehri und Rainer Gopp in Strassburg.

den versammelten Parlamentariern. Der bulgarische Präsident, Rossen Plewneliew, erklärte in seiner Rede, dass es Bulgarien seit seinem Beitritt zum Europarat im Jahr 1992 weit gebracht habe.

Dank der Orientierungshilfen, welche der Europarat Bulgarien während der Jahre des Umstwuungs leistete, sei es Bulgarien gelungen, einen modernen demokratischen Staat zu schaffen, in dem Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit hoch geschätzt werden. Weiter betonte der Präsident, dass die europäische Integration Bulgarien positive Veränderungen brachte. Im Laufe der Jahre sei Bulgarien zu einem Pfeiler der Stabilität und einem wichtigen Faktor auf dem Balkan geworden, welcher eine enge regionale Zusammenarbeit

anstrebe.

Der bulgarische Aussenminister und derzeitige Vorsitzende des Ministerkomitees, Daniel Mitow, erinnerte in seiner Rede die Versammlung an die Prioritäten des bulgarischen Vorsizes: Stärkung des Schutzes von Kinderrechten, Verbesserung des Zugangs von jungen Menschen zu Kultur, Schutz der Medien vor jeglicher äusserer Einflussnahme und Schutz der Rechte von Personen, die zu gefährdeten Gruppen gehören sowie Verhütung von deren Marginalisierung und sozialer Ausgrenzung

Flüchtlingskrise und Terrorismus

Pedro Agramunt aus Spanien wurde für ein Jahr zum 28. Präsidenten der Versammlung gewählt. Er folgt auf Anne Brasseur,

Luxemburg, die das Amt in den vergangenen zwei Jahren innehatte.

Weitere Höhepunkte der Session waren Berichte zu den Themen «Ausländische Kämpfer in Syrien und im Irak», «Organisierte Kriminalität und Migranten» sowie «Das Mittelmeer: ein Einfallstor für irreguläre Migration». Die Entschliessung zum Bericht über «Die Eskalation der Gewalt in Berg-Karabach und den weiteren besetzten Gebieten Aserbaidschans» wurde nach hitziger Diskussion mit 70 Neinstimmen bei 66 Jastimmen und 45 Enthaltungen nicht verabschiedet.

Dem Antrag des jordanischen Parlaments auf die Gewährung des Status «Partner für Demokratie» stimmte die Versammlung zu. (pd)

Menschenrechte als Thema

VADUZ. Am Donnerstag, 4. Februar, traf Regierungsrätin Aurelia Frick Vertreter der Zivilgesellschaft Liechtensteins. Das Treffen fand als Nachbesprechung zu einer NGO-Diskussionsrunde im Rahmen des 25-Jahre-UNO-Jubiläums zusammen mit dem Stellvertretenden UNO-General-

sekretär Jan Eliasson im November statt.

Es fand ein reger Austausch zu Themen wie die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs), die Flüchtlingssituation sowie die Menschenrechtssituation in Liechtenstein statt. Seitens Zivilgesellschaft waren das

Liechtenstein-Institut, Amnesty International, die Flüchtlingshilfe Liechtenstein, das Frauenhaus Liechtenstein, die Infra, der Liechtensteiner Behinderten-Verband sowie ein Mitglied der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) vertreten. (ikr)



Bild: pd

Beim Treffen mit dabei: Claudia Heeb-Fleck (Infra), Norbert Hemmerle (Flüchtlingshilfe), Regierungsrätin Aurelia Frick, Thomas Büchel (Europarat/ECRI), Jasmin Andres-Meier (Frauenhaus), Martin Batliner (Behinderten-Verband), Alicia Längle (Amnesty International) und Martin Frick (Leiter Amt für Auswärtige Angelegenheiten).

«Terror in Europa – wie sicher ist Liechtenstein?»

TRIESEN. Die Private Universität im Fürstentum Liechtenstein (UFL) lädt am Donnerstag, 18. Februar, zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion zum Thema «Terror in Europa – wie sicher ist Liechtenstein?». Die Veranstaltung findet um 19 Uhr in der Liechtensteinischen Musikschule Triesen statt, der Eintritt ist frei.

Namhafte Talkrunde

Der internationale Terror hat Europa erreicht: Ist Liechtenstein vorbereitet? Wie konkret sieht diese Bedrohung in Liechtenstein aus? Welche polizeilichen Präventivmassnahmen bietet die liechtensteinische Rechtsordnung im Kampf gegen den Terror? Und wie steht es dabei um das Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit?

Über diese und viele andere Fragen diskutieren mit dem Publikum Thomas Zwiefelhofer (Regierungschef-Stellvertreter, Ministerium für Justiz, Inneres und Wirtschaft), Jules Hoch (Polizeichef Landespolizei), Prof. Peter Bussjäger (Richter am Staatsgerichtshof in Liechtenstein), Anton Eberle (Landrichter und ehemaliger Staatsanwalt) und Gregor Heissl (Studiengangsleiter an der UFL). Moderiert wird der Abend von Petra J.

Matt, Juristin und Journalistin bei Radio L.

UFL bringt Experten zusammen

Die Öffentlichkeit in Liechtenstein sucht die Auseinandersetzung mit diesem daueraktuellen und sehr sensiblen Thema. Deshalb hat UFL-Prorektorin Barbara Gant dieses Thema für ihre Podiumsreihe gewählt. Die Beschäftigung mit den Themen Terror, Sicherheit und Datenschutz ist an der Privaten Universität in Triesen auch Inhalt juristischer Forschungsarbeit. Hinzu kommt die hervorragende Vernetzung der UFL mit Experten und Entscheidungsträgern aus Wissenschaft und Politik, die auf dem Podium zusammenkommen. (pd)



Private Universität im
Fürstentum Liechtenstein
www.ufl.li

Karriereseiten

2 x wöchentlich
Stelleninserate.

Private Universität
im Fürstentum Liechtenstein



UFL-Podium Recht
Terror in Europa
Wie sicher ist Liechtenstein?

Wann: Donnerstag, 18. Februar 2016, 19.00 Uhr
Wo: Liechtensteinische Musikschule, FL-9495 Triesen
Die Veranstaltung ist öffentlich und kostenlos. Anschliessend wird ein kleiner Apéro offeriert.

Es diskutieren:

- **Dr. Thomas Zwiefelhofer**
Regierungschef-Stellvertreter, Ministerium für Justiz, Inneres und Wirtschaft
- **lic. phil. Jules Hoch**
Polizeichef, Landespolizei Liechtenstein
- **Univ.-Prof. Dr. Peter Bussjäger**
Richter am Staatsgerichtshof in Liechtenstein, Professor am Institut für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungslehre der Universität Innsbruck, Forschungsbeauftragter am Liechtenstein-Institut
- **Priv.-Doz. Dr. Gregor Heissl, E.M.A**
Studiengangsleiter an der UFL, Institut für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungslehre der Universität Innsbruck, Habilitationsschrift im Bereich der Menschenrechte und des Polizeirechts
- **lic. iur. Anton Eberle**
Landrichter, ehemaliger Staatsanwalt, Dissertant an der UFL über Hausdurchsuchungen

Moderation:
Dr. Petra J. Matt, Journalistin Radio L

www.ufl.li

Medienpartner

Zwischen Sicherheit und Freiheit

Die Private Universität im Fürstentum Liechtenstein (UFL) lud gestern zu einer öffentlichen Diskussion zum Thema «Terror in Europa – wie sicher ist Liechtenstein?» in die Musikschule in Triesen. Eine hochkarätige Runde stellte sich dabei zahlreichen kritischen Fragen.

MELANIE FETZ

TRIESEN. Der internationale Terror hat Europa längst erreicht. Nach den Anschlägen von Paris und mehreren Terrorwarnungen und Meldungen über gerade noch vereitelte Anschläge fragen sich viele, wie es um die Sicherheit im eigenen Land bestellt ist. Ist Liechtenstein vorbereitet? Wie konkret ist die Bedrohung für Liechtenstein? Welche polizeilichen Präventivmassnahmen bietet die liechtensteinische Rechtsordnung im Kampf gegen den Terror? Und wie steht es dabei um das Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit? Über diese und andere Fragen diskutierte gestern am Podium der Musikschule in Triesen eine hochkarätige Runde. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer, Polizeichef Jules Hoch, Studiengangsleiter Gregor Heissl und Staatsgerichtshof-Richter Peter Bussjäger, Landrichter Anton Eberle und UFL-Studiengangsleiter Petra Matt stellten sich dabei den Fragen von Moderatorin Petra Matt und des Publikums. Eine kontroverse Diskussion entwickelte sich schliesslich hinsichtlich des Spannungsfelds zwischen Sicherheit und persönlicher Freiheit.

In einem Punkt waren sich die Diskussionsteilnehmer von Beginn an einig: Liechtenstein ist ein sicheres Land und kein pri-



Bild: Tatjana Schnitzger

Landrichter Anton Eberle, Polizeichef Jules Hoch, Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer, Moderatorin Petra Matt, UFL-Studiengangsleiter Gregor Heissl und Staatsgerichtshof-Richter Peter Bussjäger (v. l.) diskutierten am Podium über das Thema Terrorismus.

märes Anschlagziel. «Das Land ist zu klein und auch zu wenig politisch exponiert», ist sich Hoch sicher und fügte hinzu: «Terroristen suchen Öffentlichkeit.»

Dass das Fürstentum zahlreiche Präventivmassnahmen und Sicherheitsvorkehrungen getroffen hat, belegten Zwiefelhofer und Hoch mit ihren Ausführungen. So schnürte die Regierung im Kampf gegen den Terroris-

mus ein Gesetzespaket und schaffte unter anderem neue Straftatbestände. «Was die Prävention betrifft, so haben wir die Gewaltschutzkommission beauftragt, sich intensiv mit dem Thema auseinanderzusetzen», sagte Zwiefelhofer. Die im Herbst installierte Task Force Asyl bearbeitet ebenfalls Sicherheitsfragen. Weiters von zentraler Bedeutung sei die internationale Zusammenarbeit. Liechtenstein

sei als Schengen-Mitglied europaweit sehr gut eingebunden.

Trotz all der getroffenen Sicherheitsvorkehrungen bleibe aber natürlich immer noch ein gewisser Unsicherheitsfaktor. Vor allem der Kampf auf virtueller Ebene sei eine grosse Herausforderung. «Es ist auch hier nicht auszuschliessen, dass eine Radikalisierung über das Internet passiert», sagte Hoch.

Im Zusammenhang mit den

Kommunikationsmitteln stand dann schliesslich auch das Thema Vorratsdatenspeicherung im Zentrum der Diskussion. Da dabei Daten gesammelt und über Monate gespeichert werden, sehen vor allem die Verfassungsrechtler einen starken Eingriff in die Persönlichkeitsrechte. Denn es werde gespeichert, wann jeder mit wem und wie lange telefoniert. «Primäres Ziel ist die Bekämpfung des Terroris-

mus. Allerdings ist das eine Gratwanderung. Auf der einen Seite ist der Staat verpflichtet, alle zu schützen. Auf der anderen Seite ist allein schon die Speicherung ein Eingriff in die Grundrechte», sagte Heissl und fügte hinzu, dass in Österreich auch wegen anderen Straftaten Daten abgefragt worden seien. «Grundsätzlich ist es nicht die Idee, Daten bei leichteren Delikten abzufragen», betonte Zwiefelhofer. Eine «grundrechtsverträgliche Lösung» wäre seiner Meinung nach: Sechs Monate speichern, eine doppelte Absicherung in rechtsstaatlicher Hinsicht und dass geregelt wird, bei welchen Straftaten die Daten abgefragt werden.

Ein weiterer Punkt, der auf dem Podium thematisiert wurde, war das Thema Flüchtlingsströme, da Terroristen dadurch unkontrolliert nach Europa gelangen könnten. «Die Stimmung hat sich seit dem Sommer deutlich verschärft», sagte Bussjäger. «Erst herrschte eine Willkommenskultur, jetzt wird alles hinterfragt.» Er sieht vor allem die unkontrollierte Einwanderung kritisch. Der Staat müsse wissen, wer sich im Staatsgebiet aufhält. «Grundsätzlich darf man den Terrorismus aber nicht mit der Flüchtlingsproblematik in Verbindung bringen», fügte Heissl noch hinzu.

Eine Terroraktion eines Einzeltäters ist auch in Liechtenstein denkbar

Podium Liechtensteins Innenminister, der Polizeichef, ein Staats- sowie Landrichter und ein Verfassungsrechtsexperte diskutierten gestern auf Einladung der Privaten Universität im Fürstentum Liechtenstein zum Thema Liechtenstein und der Terror.

VON HANNES MATT

Auf die Titelfrage - wie sicher man sich denn persönlich in Liechtenstein fühlt - herrschte bei allen Diskussionsteilnehmern natürlich Einigkeit: Man fühle sich hierzulande sehr sicher, so der allgemeine Tenor - insbesondere weil das kleine Fürstentum kein primäres Angriffsziel von extremistischen Terroristen sei, wie es Innenminister Thomas Zwiefelhofer ausdrückte: «Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich einzelne Personen etwa über das Internet radikalisieren.» Dabei gilt aber nicht nur den radikalen Islam im Auge zu behalten, der heutzutage im medialen Terrorfokus steht, sondern auch die Gefahr von rechten und auch linken Extremisten sowie einzelner gewaltbereiter Querulanten zu beobachten, welche ihren Frust durch Gewalt ausdrücken.

Internationale Kooperation

Da Liechtenstein über keinen Nachrichtendienst verfügt, liegt der Staatsschutz zu der Terrorbekämpfung in den Händen der Polizei. Wie beim regulären Einsatz ist die Landespolizei dabei auf internationale Kooperation angewiesen, wie deren Chef Jules Hoch ausführte - auch weil die Ressourcen in Liechtenstein beschränkt seien. Er ergänzte: «Eine grosse Stärke ist deshalb auch, dass



Die Diskussionsteilnehmer, von links: Landrichter Anton Eberle, Polizeichef Jules Hoch, Innenminister Thomas Zwiefelhofer, Moderatorin Petra Matt, UFL-Studienleiter Gregor Heissl und StGH-Richter Peter Bussjäger. (Fotos: Nils Vollmar)

die Bevölkerung eine grosse soziale Kontrolle ausübt - und beim geringsten Verdacht die Polizei alarmiert: Das ist wichtig - nicht nur bei der Terrorismusbekämpfung.» Auch bei den Liechtensteiner Gerichten kommt das Thema Terror ab und an vor, wie der ehemalige Staatsanwalt und Landrichter Anton Eberle erklärte: «In diesen Fällen handelte es sich aber hauptsächlich um die Terrorismusfinanzierung.» Rechtlich sei man in Liechtenstein indes gut aufgestellt, der Terrorbedrohung zu begegnen, verlaute Zwiefelhofer weiter. «Die Sicherheitslage wird laufend überprüft und Massnahmen ergriffen, etwa in

der Praxis mit Prävention, aber auch mit neuen Gesetzen.»

Sicherheit vs. Grundrechte

Aber gerade hier gilt es genau abzuwägen, wie die beiden Verfassungsrechtsexperten Peter Bussjäger vom Staatsgerichtshof und Gregor Heissl von der UFL bestärkten. So habe die Überwachung seit 9/11 auf der ganzen Welt zugenommen. «Der Staat, der verpflichtet ist, uns zu schützen, befindet sich dabei immer auf einer Gratwanderung zwischen mehr Sicherheit und dem Eingriff in die Grundrechte jedes Einzelnen - die richtige Balance zu finden, ist die Schwierigkeit», so Gregor Heissl.

«Wie ein Pendel schlägt die öffentliche Meinung sich mal auf jene oder andere Seite - momentan wieder zu mehr Sicherheit.» Die beiden Juristen sehen indes die Vorratsdatenspeicherung (in Liechtenstein werden Telefonverbindungen beispielsweise sechs Monate gespeichert) als massiven Eingriff in die Grundrechte an - auf der anderen Seite verteidigten Hoch und Zwiefelhofer diese als wichtige Massnahme. Der Polizeichef sagte es klipp und knapp: «Ohne Vorratsdatenspeicherung gibt es keine Strafverfolgung im Internet. Wollen wir das?» Und doch ist die Technik immer einen Schritt voraus - beispielsweise mit verschlüsselten Mobile-Apps, welche selbst für die NSA unknackbar sind. «Die technische Überwachung wird in Zukunft abnehmen, dafür wird die menschliche Überwachung, etwa durch verdeckte Ermittlung, wieder an Stärke gewinnen», vermutet Jules Hoch.

Nicht zu unterschätzen ist aber auch die Angst in der Bevölkerung, wie eine Zuhörerin bemerkte - im Blick auf den Terror und die Verbindung mit den Flüchtlingsströmen nach Europa sowie die bedrohte politische Instabilität. «Wenn Menschen Angst haben, muss man das immer ernst nehmen», so Hössl. Zwiefelhofer ergänzt: «Information bezüglich der Flüchtlinge ist hier ganz wichtig. Deshalb stellt die Regierung auch mehr Informationen zur Verfügung - auch zum Thema Asyl.»

Brasseur: «Es hat sich immer gezeigt, dass auch kleinere Staaten grossen Herausforderungen gewachsen sind»

Interview Anne Brasseur aus Luxemburg zieht im Interview Bilanz über ihre zwei Jahre als Präsidentin der parlamentarischen Versammlung des Europarats.

Frau Brasseur, Sie waren nun zwei Jahre Präsidentin der parlamentarischen Versammlung des Europarats. Wie haben Sie diese Zeit erlebt?
Anne Brasseur: Es war eine sehr intensive, spannende, lehrreiche, aufregende aber auch sehr schwierige Zeit angesichts der steigenden Spannungen in vielen Mitgliedsstaaten: Konflikt zwischen der Ukraine und Russland, Flüchtlingsdrama, Anstieg von Hass und Intoleranz, Extremismus, Populismus und Terrorismus. Während zweier Jahre habe ich versucht, dass wir diese Herausforderungen als Solidargemeinschaft angehen im Einklang mit den Prinzipien und den Werten des Europarats.

Wie wird Ihre Arbeit bzw. jene der luxemburgischen Delegation in Ihrem Land wahrgenommen?
Leider ist die Sichtbarkeit des Europarats in Luxemburg, genau wie in vielen anderen Staaten, relativ gering, weil bei uns Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als selbstverständlich angesehen werden. Wir müssen aber feststellen, dass unsere fundamentalen Freiheiten, auch in sogenannten traditionellen Demokratien, bedroht sind und deshalb ist für mich der Europarat wichtiger denn je.

Wie kann ein Kleinstaat die vielfältigen Aufgaben der zweijährigen Präsidentschaft bewältigen?
Es hat sich immer gezeigt, dass auch kleinere Staaten grossen Herausforderungen gewachsen sind. Luxemburg hat das im letzten halben Jahr bei der Präsidentschaft der EU oder vorher bei der Teilnahme am Sicher-



Das Foto zeigt (von links) die Abgeordnete Judith Oehri, die luxemburgische Abgeordnete und ehemalige Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Anne Brasseur, und den Abgeordneten Rainer Gopp. (Foto: zvG)

heitsrat der UNO gezeigt. Auch hat Luxemburg bis jetzt drei EU-Kommissionspräsidenten gestellt und bis vor Kurzem war ein Luxemburger Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Ich persönlich habe grosse Unterstützung von meinem Parlament bekommen, indem mir ein persönlicher Berater zur Verfügung gestellt wurde. Meine Kollegen, ob von der Mehrheit oder der Opposition, haben mir Verständnis für meine zahlreichen Abwesenheiten in Luxemburg entgegengebracht.

Der Europarat ist eine sehr grosse Organisation mit 47 Mitgliedsstaaten. Sie vertreten dabei den Kleinstaat Luxemburg in der parlamentarischen Versammlung. Welche Rolle kann ein Kleinstaat in dieser Organisation überhaupt spielen bzw. welchen Einfluss kann er geltend machen?

In internationalen Organisationen begegnen sich alle Staaten auf Augenhöhe, und wie ich es oben angeführt habe, können kleinere Staaten auch eine wichtige Rolle spielen. Es kann sogar von Vorteil sein, aus einem kleineren Land zu kommen, weil uns kaum Interessenskonflikte vorgeworfen werden können.

Man diskutiert über Menschenrechte, aber im Moment scheint es in den Ländern einen Rückschritt zu geben. Ist die Arbeit des Europarats ein Kampf gegen die Windmühlen?
Es ist mehr als besorgniserregend zu sehen, wie Menschenrechte missachtet werden. Viele Menschenrechtsverteidiger, mit denen der Europarat eng zusammengearbeitet hat, sitzen im Gefängnis – wie beispielsweise in Aserbaidshan. Der Druck auf die Presse- und Meinungsfreiheit wächst und in einigen Staaten wird der Rechtsstaat ausge-

belt. Aus diesem Grund ist unsere Aufgabe wichtiger denn je, denn wir können denen, die unsere Demokratien destabilisieren wollen, das Feld nicht überlassen.

Sie waren in der Regierung Ihres Landes, sind heute im Parlament engagiert und parallel waren Sie nun Präsidentin der parlamentarischen Versammlung des Europarats – eine wahrlich tolle politische Karriere! In Liechtenstein ist es nach wie vor nicht einfach, Frauen für politische Ämter zu gewinnen. Welchen Tipp geben Sie uns und den Frauen?
Den Frauen möchte ich den Rat geben: Ihr werdet gebraucht. Traut euch!

Das Interview mit Anne Brasseur führten Judith Oehri (VU) und Rainer Gopp (FBP), die Abgeordneten der liechtensteinischen Parlamentarischen Delegation des Europarats, im Nachgang an die Januarsession in Luxemburg.

Angst vor Terror: EU-Staaten wollen stärkere Grenzkontrollen

Debatten An den Aussen-
grenzen des Schengenraums
soll künftig jeder überprüft
werden - auch EU-Bürger. Das
vereinbarten die Innenmi-
nister bei ihrem Treffen am
Donnerstag in Brüssel.

Als nächstes beginnen nun die Verhandlungen mit dem EU-Parlament über die notwendige Änderung des Schengener Grenzkodex'. Die systematischen Kontrollen sollen im Kampf gegen den Terror helfen. «Wir wollen nicht, dass europäische Terroristen in andere Staaten ausreisen und sich am Terror beteiligen», sagte der deutsche Innenminister Thomas de Maizière. Die Polizeibehörde Europol geht von mehr als 5000 europäischen Dschihad-Kämpfern aus, die in den Irak oder nach Syrien gereist sind und nach ihrer Rückkehr zu Anschlägen bereit sein könnten. Sicherheitsexperten gehen davon aus, dass mindestens ein Drittel von ihnen schon wieder zurückgekehrt ist. Bis anhin wurden lediglich Bürger aus Drittstaaten systematisch kontrolliert, etwa ob sie zur Fahndung ausgeschrieben sind. Bürger von Schengen-Staaten wurden hingegen nur stichprobenhaft auf ihre

Identität geprüft. Mit der neuen Regelung würden die Schengen-Staaten verpflichtet, die Informationen zu Ein- und Ausreisenden mit verschiedene Datenbanken abzugleichen. Zum Schengenraum gehören 22 EU-Staaten sowie Island, Norwegen, Liechtenstein und die Schweiz.

Treffen mit Sommaruga

Vize-Regierungschef Thomas Zwiefelhofer, der Liechtenstein in Brüssel vertrat, nutzte die Teilnahme am Rat unter anderem für ein bilaterales Treffen mit der schweizerischen Bundesrätin Simonetta Sommaruga, um die Zusammenarbeit bei der Umsetzung des von der EU im letzten Herbst beschlossenen Programms zur Umsiedlung von insgesamt 160 000 schutzbedürftigen Personen aus den Hotspots in Italien und Griechenland zu erörtern. Liechtenstein und die Schweiz beteiligen sich als Zeichen der gesamteuropäischen Solidarität auf freiwilliger Basis anteilmässig an dem Programm, heisst es in der Medienmitteilung des Ministerium für Inneres, Justiz und Wirtschaft. Die Innenminister werden erneut am Donnerstag, den 10. März, in Brüssel zusammentreffen, um über Fortschritte bei der Lösung der Flüchtlingskrise zu beraten.

(red/ikr/sda/dpa/afp)



Vize-Regierungschef Thomas Zwiefelhofer im Gespräch mit Carmelo Abela, Innen- und Sicherheitsminister von Malta. (Fotos: IKR)



Vize-Regierungschef Zwiefelhofer mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga.

Kriminalität deutlich gesunken

2015 war geprägt von Terroranschlägen auf der ganzen Welt und der Migrationskrise, die noch immer anhält und die EU an die Grenzen ihrer Möglichkeiten bringt. Trotz dieser Entwicklungen zeigt der Jahresbericht der Landespolizei für das Jahr 2015 erfreuliche Zahlen auf.

JOËL GRANDCHAMP

VADUZ. Trotz der Flüchtlingskrise und weltweiten Terroranschlägen kann man sich in Liechtenstein immer noch sicher fühlen. Dies zeigte die gestern veröffentlichte Jahresstatistik der Liechtensteinischen Landespolizei. «Für die Landespolizei war das Jahr 2015 ein arbeitsintensives Jahr», sagte Jules Hoch, Polizeichef der Landespolizei.

So hatten die Themen Terrorismus und Migration, welche in ganz Europa verschiedene Sicherheitsbehörden massiv beschäftigt haben und immer noch beschäftigen, nicht die gleiche Brisanz wie in anderen Staaten. Besonders erfreulich sei, dass nach einem Hoch der Straftatbestände im Jahr 2014 wieder ein deutlicher Rückgang von neun Prozent festzustellen war. «Speziell erfreulich ist dabei, dass ein merklicher Rückgang bei den Vermögensdelikten, und dort speziell bei den Einbruchdiebstählen, zu vermerken ist», sagte Hoch. Diese seien um 24 Prozent zurückgegangen. Auch bei Eigentumsdelikten war ein Rückgang zu verzeichnen. «Gerade diese Deliktgruppe ist massgeblich für das Sicherheitsgefühl der

Bevölkerung verantwortlich», sagte Hoch. Verantwortlich für einen Grossteil der Einbruchdelikte seien reisende Täter gewesen. Einer, welcher zweifelhaften Ruhm als «dreiste Tourist der Schweiz» erlangt hat und auch in Liechtenstein für 10 Einbrüche verantwortlich gemacht wird, sei vergangenes Jahr in Italien verhaftet worden.

Mehraufwand wegen FC Vaduz

Im Jahr 2015 gingen mehr als 5600 Notrufe bei der Landespolizei ein. «Das ergibt ungefähr 13 Einsätze pro Tag», sagte Mario Büchel, Chef Sicherheits- und Verkehrspolizei. Dies möge so klingen, als wäre es nicht viel Arbeit, ein Einsatz könne jedoch zwischen einer halben Stunde und sechs Stunden dauern. «Unser Ziel ist es, möglichst schnell vor Ort zu sein», betonte Büchel.

Im Ordnungsdienst habe es aufgrund der Einsätze für den FC Vaduz eine Verdoppelung der Einsätze gegeben, was insgesamt 779 Polizisten benötigt habe. «Dafür mussten wir im Ausland etwas weniger Einsätze leisten», sagte Büchel. Dennoch sei man immer noch am WEF mit Personenschutz- und Ordnungs-

dienst-Einsätzen stark eingebunden und habe auch andere Einsätze im Ausland geleistet.

Aufklärungen bei Fahrerflucht

Auch im Bereich der Strassenverkehrssicherheit hatte Büchel Positives zu berichten. «Es gab einen leichten Rückgang bei den Verkehrsunfällen», sagte Büchel. Leider habe es im Gegenzug eine Zunahme der Verkehrsunfälle mit verletzten Personen gegeben. Obwohl es einen Verkehrstoten weniger zu beklagen gab als im Vorjahr, habe es dennoch bei Unfällen zwei Tote gegeben. Es gebe bei den Zahlen zur Verkehrssicherheit immer wieder kleinere Schwankungen, so auch bei den Zahlen der Unfälle mit Fussgängern. Es sei daher wichtig festzuhalten, dass die Prävention und Verkehrssicherheitskampagnen immer noch sehr wichtig seien. «Uns liegt sehr viel daran, dass auch die schwachen Verkehrsteilnehmer gut geschützt sind», sagte Büchel.

Bei Verkehrsunfällen, bei denen der Meldepflicht nicht genüge getan werde, könne die Landespolizei eine Ermittlungsquote von über 60 Prozent aufweisen. «Dies bedeutet zum Teil einen sehr grossen Arbeitsauf-

wand», sagte Büchel. Bei den Unfallursachen liege mangelnde Aufmerksamkeit typischerweise an der Spitze – sei es wegen elektronischer Geräte, dem Beifahrer oder der Umwelt. Gefolgt wird dies vom unvorsichtigen Rückwärtsfahren, Nichtbeherrschung des Fahrzeugs, der Beeinträchtigung der Fahrfähigkeit und dem Nichtgewähren von Vortritten. «Alleine diese fünf Gründe machen knapp zwei Drittel der Unfallursachen aus», sagte Büchel.

Weniger Straftaten

Nachdem die Anzahl Straftaten zwischen 2010 und 2014 ständig gestiegen ist und 2014 mit 1313 gemeldeten Straftaten ihren Höchstwert erreicht hatte, sank die Zahl im Jahr 2015 wieder auf 1200 gemeldete Straftaten. «Damit liegen wir im 10-Jahres-Vergleich wieder in der Spannbreite zwischen 1000 und 1200 Straftatbeständen. Dadurch ist auch kein Trend wegen einer generellen Zu- oder Abnahme bezüglich der Kriminalitätsbelastung feststellbar», sagte Andreas Schädler, Chef der Kriminalpolizei. Erfreulicherweise sei zudem die Aufklärungsrate auf 60 Prozent gestiegen. «Das stellt auch im internationalen Ver-

gleich einen sehr hohen und guten Wert dar», sagte Schädler.

Auch im Bereich der Rechtsextemität habe es seit fünf Jahren keine grösseren Zwischenfälle mehr gegeben. Dies habe zwei Gründe: «Zum einen liegt das an dem verstärkten Selbstverständnis als politische Gruppierung, zum anderen aber auch am Null-Toleranz-Ansatz, der von Justiz und Polizei bei ideologisch motivierten Vorfällen angewandt wird», sagte Schädler. Zudem werden auch weitere extremistische Gruppierungen beobachtet, wie beispielsweise links-extreme oder religiös motivierte Gruppen. Die Anträge auf Waffenerwerbsscheine seien wie bereits im Vorjahr erneut angestiegen, jedoch nicht auf eine aussergewöhnliche Zahl.

65 Migrationsvergehen

«Im Berichtsjahr wurde ein starker Anstieg bei den Migrationsdelikten festgestellt. Im Vorjahr lagen diese bei 22 Delikten und haben sich auf 65 erhöht», sagte Schädler. Die meisten Verzeigungen habe es wegen Verstössen gegen die Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen gegeben. Einige Fälle seien zudem auf Schleppertätigkeiten zurück-

zuführen. «Dieser Anstieg ist sicher auf die europäische Flüchtlingsthematik zurückzuführen», sagte Schädler. 2015 habe die Landespolizei 35 Personen aus-geschafft.

Schengen-Evaluation

Aufgrund der Schengen-Zusammenarbeit kam es zu einem Anstieg von 27 Prozent auf über 33 000 Abklärungsversuche von ausländischen Behörden an Liechtenstein. Die Erfolge der Fahndungstreffer im Inland sanken jedoch um gut ein Viertel auf 183. Dies hänge ebenfalls mit der Flüchtlingskrise zusammen, erklärte Uwe Langenbahn, Stabschef und Chef der Kommandodienste. «Das Grenzwachtkorps hat seine Tätigkeiten auf die Kontrolle in Zügen verlagert», sagte Langenbahn. Daher werden die Gesuchten in Buchs im Fahndungssystem eingetragen und werden nicht für Liechtenstein registriert. Liechtenstein wurde zudem im Zusammenhang mit dem Schengen-Abkommen ein erstes Mal evaluiert. Zwar habe man bislang nur erste Feedbacks erhalten, diese seien jedoch sehr positiv ausgefallen. Ein definitives Ergebnis wird für April oder Mai erwartet.

Mehr Rassismus und Hass im Internet

BERN/VADUZ. Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus hat vor zunehmendem Rassismus und Hass im Internet gewarnt. Letztes Jahr wurden mindestens 29 Strafbefehle wegen Rassendiskriminierung in den Social Media ausgesprochen. Die Zählung läuft noch. 2014 waren es 10 gewesen.

Das erklärte die Geschäftsführerin der Kommission (EKR), Giulia Brogini, der Nachrichtenagentur sda am Montag auf Anfrage. Ihren Bericht zu den Verstössen 2015 gegen die Anti-Rassismusstrafnorm veröffentlicht die EKR erst Anfang Juni. Der Trend zeigt aber bereits jetzt einen deutlichen Anstieg der Strafbefehle wegen rassistischer Äusserungen in den Social Media. Dies sei «vor allem auf die Flüchtlingskrise 2015 zurückzuführen», schrieb Brogini.

Zum Sündenbock gemacht

Wegen der Flüchtlingskrise habe «die Angst vor dem Fremden auch die Schweiz erfasst», hatte bereits zuvor die EKR in einer Mitteilung zum internationalen Tag der Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung geschrieben. Die Versuchung sei gewachsen, Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Raum zu stigmatisieren. Die Vorurteile, welche die Schweizer gegenüber Zuwanderern und Flüchtlingen seit Jahrzehnten hegten, führen auch wieder vermehrt dazu, dass die

Fremden «für zahlreiche Übel als Sündenbock herhalten» müssen. Derzeit würden Flüchtlinge als Hauptproblem wahrgenommen, andere gesellschaftliche Fragen seien in den Hintergrund gedrängt worden.

... und es kamen Menschen

Der Titel der EKR-Mitteilung lautet «Asylsuchende und Flüchtlinge – Menschen wie wir». Und auf die Menschen legt die Kommission auch ihren Fokus. Migranten und Migrantinnen sollten nicht als Gruppen betrachtet werden, sondern als Kinder, Frauen und Männer – jede und jeder mit eigener Geschichte. Diese Menschen seien gezwungen gewesen, ihr Heimatland zu verlassen, weil dort ihre Rechte und ihr Leben gefährdet seien. «Diese häufig traumatisierten Menschen wären lieber in ihrer Heimat geblieben.» Auch Flüchtlinge und Asylsuchende hätten «ein Anrecht auf Achtung und Würde» – eben als Mensch behandelt zu werden.

Es müsse etwas gegen die zunehmende Fremdenfeindlichkeit unternommen werden, fordert die Kommission. Sie lobt deshalb auch jenen Teil der Bevölkerung, der sich vermehrt «gegen die in den sozialen Netzwerken verbreiteten Hassreden mobilisiert». EKR-Geschäftsführerin Brogini erinnerte Parteien und Politiker und Politikerinnen daran, dass diese eine «eine besondere Verantwortung tragen». (sda)

Nichts kann Europa vor dem Terror schützen

MAGDALENA HILBE

VADUZ/BRÜSSEL. «In den Fussgängerzonen von Brüssel hinterlassen Menschen Kerzen, Blumen und andere Beileidsbezeugungen – viele schreiben mit Kreide Botschaften auf den Boden», so beschreibt der «Vaterland»-Brüsseler-Korrespondent, Tansel Terzioğlu, die Situation gestern Nachmittag vor Ort. Es sind schreckliche Bilder, die die Welt erreichten. Chaos, Angst und Verzweiflung. Brüssel stand still, nachdem es gegen 8 Uhr Morgens kurz hintereinander in der Abflughalle des Brüsseler Flug-

hafens Zaventem zu zwei Explosionen kam, und eine Stunde später zu einer weiteren in der zentralen Metro-Station Maelbeek. Etwa 30 Menschen wurden getötet, rund 230 weitere verletzt. Zu den Terroranschlägen hat sich die radikalislamische Miliz Islamischer Staat (IS) bekannt.

Bedrohungslage unverändert

Die Welt, Europa und auch Liechtenstein zeigen sich betroffen und schockiert. «Solche Anschläge sind aufs Schärfste zu verurteilen», sagt Aussenministerin Aurelia Frick in einer Mit-

teilung an die Medien. Auch Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer spricht sein Mitgefühl an die Opfer und Angehörigen aus. «Solche Taten sind schrecklich.» Auswirkungen auf die Sicherheit in Liechtenstein haben die Terroranschläge in Brüssel jedoch keine und auch in der Schweiz bleibt die Bedrohungslage unverändert.

Verluste wurden ausgegült

Auch der Schweizer Aktienmarkt hat den Handel am Dienstag praktisch unverändert beendet. Die Terroranschläge in Belgien waren das bestimmende

und alles andere überlagernde Thema an den europäischen Börsen. Doch konnten die starken Verluste vom Morgen bis zum Schluss komplett ausgegült werden. «So hart es klingt, aber die Finanzmärkte haben sich damit abgefunden, dass solch ein Anschlag jederzeit wieder passieren kann», so ein Marktbeobachter. So ist der Schweizer Aktienmarkt wohl der einzige, der das Geschehene in nur einem Tag verdauen konnte. Die belgische Regierung verhängte nach den Anschlägen eine dreitägige Staatstrauer.

»TERROR IN BRÜSSEL 4, 5

Liechtensteiner Volksblatt. 23. März 2016, S. 5

Anschläge aufs Schärfste verurteilt

Die Anschläge in Brüssel, der Hauptstadt Europas, machen die ganze Welt betroffen. Aus Solidarität wurde unter anderem der Pariser Eiffelturm gestern Abend in den belgischen Nationalfarben angestrahlt. Auch die Liechtensteiner Regierung spricht ihr Mitgefühl aus.

MAGDALENA HILBE

VADUZ/BRÜSSEL. Ohnmacht, Ratlosigkeit, Angst – Gefühle, die sich gestern nicht nur in Brüssel, sondern auf der ganzen Welt breit machten. Auch die Liechtensteiner Regierung zeigt sich betroffen: «Mein Mitgefühl gehört den Opfern und Angehörigen, solche Taten sind schrecklich», sagt Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer. Die Nachricht erreichte die Regierungsmitglieder gestern Morgen in ihrer Sitzung. Alle Regierungsmitglieder waren betroffen und schockiert. «Jegliche Form von Gewalt ist zu verurteilen», sagt Zwiefelhofer, «und Terrorismus ist besonders feige und verabscheuungswürdig, da er in der Regel völlig unschuldige Menschen trifft.» Bei solchen Ereignissen wollen die Täter, dass sich Angst in der Bevölkerung breitmacht. «Wir müssen zeigen, dass

wir keine Angst haben und uns nicht in unserer freien Lebensführung einschränken lassen», plädiert Zwiefelhofer.

Identität der Opfer wird abgeklärt

Auch Aussenministerin Aurelia Frick verurteilt die gestrigen Anschläge in Brüssel aufs Schärfste. Das Ministerium hat sogleich Kontakt mit der liechtensteinischen Botschaft in Brüssel aufgenommen. «Unsere Mitarbeiter vor Ort sind glücklicherweise alle in Sicherheit», sagt Frick. Zudem fanden auch keine Sitzungen der EU statt, für welche Personen aus Liechtenstein anreisen mussten. «Betreffend Identität der Opfer sind wir sofort mit den zuständigen Behörden in Kontakt getreten», erklärt Frick.

Bereits Ende Januar sprach sich die Aussenministerin im «Vaterland»-Interview zum Holocaust-Gedenktag für den Ein-

satz für eine friedliche Welt aus. «Mich stimmen diese vielen negativen Nachrichten nachdenklich, aber nicht hoffnungslos. Die liechtensteinischen Mitgliedschaften bei der UNO und anderen multilateralen Organisationen machen mir Mut», sagte Frick.

Liechtenstein bleibt sicheres Land

Die Jahresstatistik der Liechtensteinischen Landespolizei für

das Jahr 2015 zeigt auf, dass trotz der weltweiten Entwicklungen Liechtenstein immer noch ein sehr sicheres Land ist. Auch nach den Anschlägen in Brüssel? «Ja», sagt Thomas Zwiefelhofer, «Liechtenstein ist nach wie vor ein sicheres Land.» Die Bedrohungslage in Liechtenstein könne man nicht mit der in einer europäischen Hauptstadt vergleichen. Trotzdem wird die Lage beobachtet – in den Nachbar-

staaten, aber auch in den Schengen-Partnerländern.

Regierung oft in Brüssel

Brüssel ist als eigentliche Hauptstadt Europas für Liechtenstein als EWR-Mitglied wichtig. «Liechtenstein ist in vielen Arbeitsgruppen vertreten, die EFTA-Workinggroups treffen sich in Brüssel und als Schengen-Mitgliedsstaat sind wir auch immer zum Innen- und Justizministerrat der EU-Länder eingeladen, der oft in Brüssel tagt», sagt Zwiefelhofer. Er selbst reiste erst vor einem Monat nach Brüssel an das Ratstreffen der EU-Innenminister und der assoziierten Schengen-Staaten.

«Die Welt muss zusammenhalten»

Mit Trauer, Entsetzen und Entschlossenheit im Anti-Terror-Kampf haben Politiker aus aller Welt auf die verheerenden Anschläge von Brüssel reagiert. Der

UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon verurteilte die Terroranschläge scharf. Sein Sprecher sagte gestern in New York: «Er drückt den Opfern und ihren Familien sein tiefes Beileid aus und spricht den Bürgern und der Regierung Belgiens seine Solidarität aus.» Auch der Schweizer Bundespräsident Johann Schneider Amann sagte: «Wir fühlen mit Belgien – unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Familien.» US-Präsident Barack Obama erklärte, seine Regierung sei bereit, «alles Notwendige» zu unternehmen, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Die Welt müsse sich vereint gegen die «Geissel des Terrorismus» stellen. Neben den Genannten bekundeten gestern noch viele weitere Staatsmänner und Regierungschefs ihre Solidarität. Der Tenor: Europa, die Welt müsse gegen die globale Bedrohung zusammenhalten.



Bild: Archiv/Daniel Schwendener
Aussenministerin Aurelia Frick



Bild: Archiv/Daniel Schwendener
Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer



Sicherheit oder Gefahr: Die Wirkung einer Waffe definiert sich an der Position des Betrachters. (Symbolakt: SS)

Europas Bürger bewaffnen sich - Liechtensteiner sind es bereits

Abschreckung Wer Ängste hegt und Schutz sucht, erhofft sich nicht allzu selten, diesen in einer Waffe zu finden. Ob ein Gewehr den erhofften Schutz aber auch bietet, ist seit jeher streitig. Trotzdem rüsten viele Europäer derzeit tüchtig auf.

VON DAVID SELE

Wie der Tagesanzeiger durch eine Umfrage bei den kantonalen Polizeistellen in Erfahrung bringen konnte, haben in praktisch allen Kantonen der Schweiz die Gesuche für den Waffenerwerbsschein im vergangenen Jahr zugenommen. Allen voran der Kanton Waadt, wo 64 Prozent mehr Gesuche gestellt wurden als noch 2014. In den Kantonen Graubünden (28 Prozent), St. Gallen (18 Prozent) sowie Appenzell Ausserrhoden (25 Prozent) und Appenzell Innerrhoden (17 Prozent) waren die Zunahmen ebenfalls markant, wenn auch tiefer. Im gesamtschweizerischen Durchschnitt liegt das Plus bei 23 Prozent - wobei die Zahlen einzelner Kantone noch nicht verfügbar waren. Ein ähnliches Bild zeichnen die Vorarlberger Nachrichten (VN): «23 000 Waffen in Vorarlberger Hand», titelte die Regionalzeitung Ende Januar. Das entspricht einer Zunahme von 53 Prozent und deckt sich mit dem gesamtösterreichischen Anstieg von 33 Prozent. Total seien in Österreich 914 000 Waffen registriert. Ähnliche Tendenzen zeigen sich gemäss diversen Medienberichten auch in Deutschland. Waffenexperten und die Polizei führen diese Entwicklung in Europa auf die Verunsicherung mancher Bürger im Zusammenhang mit der ausserordentlichen interkontinentalen Migration zurück. «Die Leute verspüren Unsicherheit und wollen sich besser schützen», sagte beispielsweise ein Vertreter

von «Pro Tell», der anonym bleiben will, gegenüber dem Tagesanzeiger. Und auch wenn sich diese «Unsicherheit» rational nicht begründen lässt, rüsten viele Europäer auf. Die Angst vor dem Fremden - ein alter Hut, der in Anbetracht der hohen Flüchtlingszahlen in ganz Europa neu zum Tragen kommt.

Nachfrage in Liechtenstein stabil

In ganz Europa? Nein, einmal mehr scheint Liechtenstein die Insel der Seligen zu sein. Die Statistikzahlen der Landespolizei, welche Mitte März erstmals veröffentlicht wurden, bestätigen den europäischen Trend nicht wirklich. So wurden 2015 zwar auch hierzulande mehr (131) Waffenerwerbsscheine ausgestellt als noch 2014 (105), diese Zahl liegt aber nach wie vor unter dem Durchschnitt (161) der letzten 36 Jahre und ist als herkömmliche Schwankung zu werten. Von Spitzenwerten wie in den Jahren 1987 bis 1993 als jährlich deutlich mehr als 200 Erwerbsscheine vergeben wurden, kann somit keine Rede sein. «Es gibt immer wieder Ereignisse auf der Welt, die das Bedürfnis nach verstärktem Schutz auslösen», weiss Büchsenmacher Thomas Lenherr aus Triesen. In den bereits angesprochenen Spitzenjahren sei dies zum Beispiel der Konflikt in der Golfregion gewesen. Damals habe es einen wahrhaften «Run» auf Waffen gegeben. «Manche hatten eben das Gefühl, Saddam steht bald vor der Tür», erklärt der Büchsenmacher. Der jüngste Ansturm habe sich ereignet, als sich der Schengenbeitritt

Liechtensteins anbahnte, erinnert er sich. Das zeichnet sich auch in der Statistik der Landespolizei ab: 2009 wurden 216 Waffenerwerbsscheine ausgestellt - bedeutend mehr als in den Vor- und Folgejahren. Aber jetzt, wo sich gefühlt jeder zweite Europäer eine Waffe kauft, bleiben die Liechtensteiner unerschrocken, weltoffen, rational?

Markt gesättigt

Der Schein trügt: «Die vergleichsweise tiefe Nachfrage begründet sich vielleicht darin, dass die Liechtensteiner bezüglich Waffen bereits sehr gut ausgestattet sind», mutmasset Büchsenmacher Thomas Lenherr aus Triesen und die Statistik gibt ihm recht. In Liechtenstein entfällt auf rund vier Einwohner eine registrierte Waffe. Zum Vergleich: in Vorarlberg sind es rund 16 Einwohner pro registrierter Waffe. Dazu kommen, wie die Landespolizei gar in ihrem Jahresbericht 2015 anmerkt, noch eine unbestimmte Anzahl nicht registrierter Waffen. Dies, weil gewisse Kategorien erst seit Mitte 2009 Meldepflichtig seien, eine vollständige Nacherfassung dieser jedoch vom «Gesetzgeber abgelehnt» wurde. Zudem sei generell davon auszugehen, dass nicht alle registrierungspflichtigen Waffen gemeldet werden. Diese Ansicht teilt auch Thomas Lenherr. Eine Dunkelziffer kann der Büchsenmacher wie auch die Landespolizei jedoch nicht nennen. Man dürfe, gemäss Lenherr aber von einer stattlichen Anzahl ausgehen. «Nach dem Sieg der Alliierten über Nazideutschland 1945

wurden Waffen im Privatbesitz sehr pingelig eingesammelt. Liechtenstein und die Schweiz waren davon aber nicht betroffen und so finden sich hier noch so manche Kriegsrerlikte.» Auch der Kalte Krieg dürfe nicht unterschätzt werden. «Das bekannte Szenario, dass «der Russe» bald einmarschiert und der dritte Weltkrieg ausbricht, war auch hier in zahlreichen Köpfen verankert», gibt Lenherr zu bedenken. Ob mehr Waffen - egal ob heute oder damals - wirklich mehr Sicherheit bringen und im Fall der Fälle adäquaten Schutz bieten, sieht der Büchsenmacher jedenfalls differenziert: «Eine Pistole hat sicherlich eine abschreckende Wirkung, gerade wenn sie von Sicherheitspersonal et cetera getragen wird. Einfach Waffen an die Bevölkerung zu verteilen, ist aber eher kontraproduktiv.»

Aus der Statistik

9111 registrierte Waffen im Land

SCHAAN Gemäss der Landespolizei können die registrierten Waffen wie folgt in Kategorien aufgeschlüsselt werden.

Art der Schusswaffe	Anzahl
Revolver und Pistolen	5119
Jagd- und Sportgewehre	3342
Halbautomatische Langwaffen	265
Serienfeuerwaffen	9
Waffenbestandteile	288
Weitere	88
Total	9111

Deutschsprachige Innenminister trafen sich in Wien

Debatten Der Schwerpunkt der Diskussionen lag auf dem Umgang mit ausländischen terroristischen Kämpfern und den in diesem Bereich von der EU getroffenen Massnahmen.

Vizeregierungschef Thomas Zwiefelhofer nahm am Dienstag auf Einladung der österreichischen Bundesinnenministerin Johanna Mikl-Leitner am traditionellen Treffen der Innenminister der deutschsprachigen Länder in Wien teil. Dies teilte das Ministerium für Inneres, Justiz und Wirtschaft mit.

Im Zentrum des diesjährigen Austauschs zwischen Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, der Schweiz und Österreich standen angesichts der jüngsten Terroranschläge in Brüssel und der



anhaltenden Flüchtlingskrise die Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus sowie die Eindämmung der irregulären Migration nach Europa. Der Schwerpunkt der Diskussionen lag zum einen auf dem Umgang mit ausländischen terroristischen Kämpfern (sogenannten «Foreign Terrorist Fighters») und den in diesem Bereich von der EU getroffenen

Massnahmen zur Unterstützung der Mitgliedsstaaten: «Neben einem Austausch über die sicherheitspolitische Lage in den jeweiligen Staaten ging es vor allem um präventive Massnahmen zur Früherkennung und Verhinderung von Radikalisierungsprozessen sowie um die verstärkte Nutzung europäischer und internationaler Datenbanken für

den Informationsaustausch untereinander», heisst es weiter. Zudem wurde im Rahmen des Ministertreffens die Umsetzung des Abkommens zwischen der EU und der Türkei und dessen Auswirkungen auf die bekannten Migrationsrouten beziehungsweise auf mögliche Ausweichrouten erörtert. Ebenso stand ein Erfahrungsaustausch über mögliche

Formen der Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitstaaten im Vordergrund.

Scheitern betraf alle Beteiligten

Angesichts der zahlreichen Problemstellungen, mit denen sich die EU im Bereich Sicherheit und Migration derzeit konfrontiert sieht, wurde auch über die Zukunft des Schengenraums im Allgemeinen debattiert. Thomas Zwiefelhofer betonte dabei laut der Medienmitteilung: «Europa und die Mitgliedsstaaten brauchen einen gegen aussen offenen und im Inneren stabilen Schengenraum, nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus sicherheitspolitischen Gründen. Wenn eine Stärkung und Stabilisierung von Schengen nicht gelingt, werden letztlich alle Schengenstaaten den Preis verminderter Sicherheit erhöhter Transaktionskosten bezahlen müssen.» (red/ikr)

Treffen der Innenminister in Wien

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer nahm auf Einladung der österreichischen Bundesinnenministerin Johanna Mikl-Leitner am traditionellen Treffen der Innenminister der deutschsprachigen Länder in Wien teil.

VADUZ/WIEN. Im Zentrum des diesjährigen Austauschs zwischen Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, der Schweiz und Österreich standen angesichts der jüngsten Terroranschläge in Brüssel und der anhaltenden Flüchtlingskrise die Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus sowie die Eindämmung der irregulären Migration nach Europa. Der Schwerpunkt der Diskussionen lag zum einen auf dem Umgang mit ausländischen terroristischen Kämpfern (sog. Foreign Terrorist Fighters) und den in diesem Bereich von der EU getroffenen Massnahmen zur Unterstützung der Mitgliedsstaaten. Neben einem Austausch über die sicherheitspolitische Lage in den jeweiligen Staaten ging es vor allem um präventive Massnahmen zur Früherkennung und Verhinderung von Radikalisierungsprozessen sowie um die verstärkte Nutzung europäischer und internationaler Datenbanken für den Informationsaustausch untereinander.

Zum anderen wurde im Rahmen des Ministertreffens die Umsetzung des Abkommens zwischen der EU und der Türkei und dessen Auswirkungen auf die bekannten Migrationsrouten bzw. auf mögliche Ausweichrouten erörtert. Ebenso stand ein Erfahrungsaustausch über mögliche Formen der Zusammenar-



Medienkonferenz der Innenminister aus Liechtenstein, der Schweiz, Österreich, Deutschland und Luxemburg: Thomas Zwiefelhofer, Simonetta Sommaruga, Johanna Mikl-Leitner, Thomas de Maizières und Etienne Schneider (v. l.)

beit mit Herkunfts- und Transitstaaten im Vordergrund.

Angesichts der zahlreichen Problemstellungen, mit denen sich die EU im Bereich Sicherheit und Migration derzeit konfrontiert sieht, wurde auch über

die Zukunft des Schengenraums im Allgemeinen debattiert. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer betonte dabei erneut die Wichtigkeit eines gesamteuropäischen Lösungsansatzes zur Bewältigung der

aktuellen Herausforderungen: «Europa und die Mitgliedsstaaten brauchen einen gegen aussen starken und im Inneren stabilen Schengenraum, nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus sicherheitspolitischen Grün-

den. Wenn eine Stärkung und Stabilisierung von Schengen nicht gelingt, werden letztlich alle Schengen-Staaten den Preis verminderter Sicherheit und erhöhter Transaktionskosten bezahlen müssen.» (ikr)

Wo sind die Landesverteidiger?

Wir leben in einer Zeit, in der das Gute böse bzw. das Böse gut genannt wird. Warum wird der US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump seit Monaten in den Leitmedien dieser Welt zum grossen Teil übel verdreht dargestellt? Weil dieser Politiker das Rückgrat hat, sich für die Souveränität (Selbstständigkeit bzw. Selbstbestimmung) des eigenen Landes einzusetzen. Und dies ist den allermächtigsten Planern des gefährlichen Weltregierungs-Projekts («Neue Weltordnung») ein Dorn im Auge. «Trump is the anti-globalist candidate» – so nennt der respektable Radiomoderator Alex Jones treffenderweise eines seiner aktuellen Youtube-Videos vom 4. Mai 2016.

In der Rede («Foreign Policy Speech») vom 27. April 2016 in der US-Hauptstadt Washington sprach Präsidentschaftskandidat Donald Trump auf bewundernswerte Weise Klartext. Wörtlich sagte Trump: «Wir werden dieses Land [USA] und seine Leute nicht länger dem falschen Gesang der Globalisierung ausliefern. Der Nationalstaat bleibt das wahre Fundament für Glück und Harmonie. Ich bin skeptisch bezüglich internationalen Vereinigungen, welche uns fesseln und Amerika zu Fall bringen. [...] Und unter meiner Regierung werden wir Amerika nie in irgendein Abkommen hineinmanövrieren, welches unsere Fähigkeit schwächt, unsere eigenen Angelegenheiten zu regeln.» Respekt. Wie wohltuend wäre es doch, solch klare Worte auch aus liechtensteinischem Politikermund zu hören. Wir müssen uns fragen: Liefern nicht auch wir seit Jahren das eigene Land – Liechtenstein – «dem falschen Gesang der Globalisierung» aus? Und ist es etwa nicht wahr,

dass der Nationalstaat «das wahre Fundament für Glück und Harmonie» ist? Müssen nicht auch wir skeptisch sein bezüglich «internationalen Vereinigungen, welche uns fesseln», ja gar zu Fall bringen? Respekt vor jenen Politikern, welche die Heimat verteidigen, inklusive Kirche und Christentum. Schutz des eigenen Landes (im christlichen Sinne) hat wohlgerne mit Fremdenfeindlichkeit bzw. Rassismus nichts zu tun. Wo sind unsere Landesverteidiger? Wer immer nur vor rechts warnt, übersieht, dass eine (von den manipulativen Leitmedien totgeschwiegene) Riesengefahr von links kommt ...

Urs Kindle

Binzastrasse 51, Mauren

«Neue Weltordnung»

Wo sind die Landesverteidiger?

Wir leben in einer Zeit, in der das Gute böse bzw. das Böse gut genannt wird. Warum wird der US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump seit Monaten in den Leitmedien dieser Welt zum grossen Teil übel verdreht dargestellt? Weil dieser Politiker das Rückgrat hat, sich für die Souveränität (Selbstständigkeit bzw. Selbstbestimmung) des eigenen Landes einzusetzen. Und dies ist den allermächtigsten Planern des gefährlichen Weltregierungs-Projekts («Neue Weltordnung») ein Dorn im Auge. «Trump is the anti-globalist candidate» - so nennt der respektable Radiomoderator Alex Jones treffenderweise eines seiner aktuellen Youtube-Videos vom 4. Mai 2016.

In der Rede («Foreign Policy Speech») vom 27. April 2016 in der US-Hauptstadt Washington sprach Präsidentschaftskandidat Donald Trump auf bewundernswerte Weise Klartext. Wörtlich sagte Trump: «Wir werden dieses Land [USA] und seine Leute nicht länger dem falschen Gesang der Globalisierung ausliefern. Der Nationalstaat bleibt das wahre Fundament für Glück und Harmonie. Ich bin skeptisch bezüglich internationalen Vereinigungen, welche uns fesseln und Amerika zu Fall bringen. [...] Und unter meiner Regierung werden wir Amerika nie in irgendein Abkommen hineinmanövrieren, welches unsere Fähigkeit schwächt, unsere eigenen Angelegenheiten zu regeln.» Respekt. Wie wohltuend wäre es doch, solch klare Worte auch aus liechtensteinischem Politikermund zu hören. Wir müssen uns fragen: Liefern nicht auch wir seit Jahren das eigene Land - Liechtenstein - «dem falschen Gesang der Globalisierung» aus? Und ist es etwa nicht wahr, dass der Nationalstaat «das wahre Fundament für Glück und Harmo-

nie» ist? Müssen nicht auch wir skeptisch sein bezüglich «internationalen Vereinigungen, welche uns fesseln», ja gar zu Fall bringen? Respekt vor jenen Politikern, welche die Heimat verteidigen, inklusive Kirche und Christentum. Schutz des eigenen Landes (im christlichen Sinne) hat wohlgemerkt mit «Fremdenfeindlichkeit» bzw. «Rassismus» nichts zu tun. Wo sind unsere Landesverteidiger? Wer immer nur vor «rechts» warnt, übersieht, dass eine (von den manipulativen Leitmedien totgeschwiegene) Riesengefahr «von links» kommt ...

Urs Kindle, Binzastrasse 51, Mauren

Europarat tagt in Sofia: Einsatz für mehr Sicherheit in Europa

Engagiert Regierungsrätin Aurelia Frick nahm am Mittwoch an der 126. Ministersession des Europarats teil und konnte das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus unterzeichnen.

Die Bekämpfung von Extremismus und Radikalisierung sowie die Flüchtlingskrise standen neben den aktuellen Konfliktsituationen im Zentrum des Ministertreffens. Wie das Ministerium für Äusseres, Bildung und Kultur am Mittwoch weiter mitteilte, tauschte sich Regierungsrätin Frick am Rande der Ministersession unter anderem mit dem Vorsitzenden des Ministerkomitees, Bulgariens Aussenminister Daniel Mitov, dem Generalsekretär des Europarats, Thorbjörn Jagland, dem ungarischen Aussenminister Peter Szijjártó und dem spanischen Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Ignacio Ybáñez Rubio, aus. Zudem lud die Regierungsrätin die designierte Vorsitzende des Ministerkomitees, die estnische Aussenministerin Marina Kaljurand, sowie die stellvertretende Generalsekretärin des Europarats, Gabriella Battaini-Dragoni, zu einem Austausch ein. An diesem Treffen habe das Engagement für Frauenrechte in Europa im Zentrum gestanden.

«Solidarität zeigen»

Regierungsrätin Frick hielt den Angaben zufolge in ihrer Rede fest, dass es eine gemeinsame Priorität



Am Rande der 126. Ministersession des Europarates in der bulgarischen Hauptstadt Sofia unterzeichnete Regierungsrätin Aurelia Frick im Beisein der stellvertretenden Generalsekretärin des Europarats, Gabriella Battaini-Dragoni, das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus. (Foto: IKR)

der europäischen Staaten sein müsse, Sicherheit garantieren und stärken zu können. Hierzu sei der Einsatz für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zentral. «Es kann nicht hingenommen wer-

den, dass es auf der europäischen Landkarte schwarze Flecken gibt, in denen die Kontrolle der Kernwerte des Europarats verweigert wird», wird Regierungsrätin Frick in der Medienmitteilung zitiert. Besondere

Bedeutung habe Aurelia Frick auch dem solidarischen Engagement in der Flüchtlingskrise beigemessen: «Jeder Staat sollte Verantwortung übernehmen und Solidarität zeigen.» (red/ikr)

Einsatz für mehr Sicherheit in Europa

VADUZ. Regierungsrätin Aurelia Frick nahm gestern an der 126. Ministersession des Europarats teil und konnte das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus unterzeichnen. Die Bekämpfung von Extremismus und Radikalisierung sowie die Flüchtlingskrise standen neben den aktuellen Konfliktsituationen im Zentrum des Ministertreffens.

Regierungsrätin Frick tauschte sich am Rande der Ministersession unter anderem mit dem Vorsitzenden des Ministerkomitees, Bulgariens Aussenminister Daniel Mitov, dem Generalsekretär des Europarats, Thorbjörn Jagland, dem ungarischen Aussenminister, Peter Szijjártó, und dem spanischen Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Ignacio Ybáñez Rubio, aus. Zudem lud die Regierungsrätin die designierte Vorsitzende des Ministerkomitees, die estnische Aussenministerin, Marina Kaljurand, sowie die stellvertretende Generalsekretärin des Europarats, Gabriella Battaini-Dragni, zu einem Austausch ein.

Regierungsrätin Frick hielt in ihrer Rede fest, dass es eine gemeinsame Priorität der europäischen Staaten sein müsse, Sicherheit garantieren und stärken zu können. Hierzu sei der Einsatz für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zentral. «Es kann nicht hingenommen werden, dass es auf der europäischen Landkarte schwarze Flecken gibt, in denen die Kontrolle der Kernwerte des Europarats verweigert wird», so Regierungsrätin Frick. Besondere Bedeutung mass sie auch dem solidarischen Engagement in der Flüchtlingskrise bei: «Jeder Staat sollte Verantwortung übernehmen und Solidarität zeigen.» (ikr)



Bild: ikr

Aurelia Frick unterzeichnet das Übereinkommen.

Nach Amoklauf in Vorarlberg: Liechtensteiner schwer verletzt

Bluttat Jener Liechtensteiner, der beim Amoklauf in Vorarlberg in der Nacht auf Sonntag angeschossen wurde, liegt weiter mit schweren Verletzungen im Krankenhaus. Zudem hat eines der beiden Opfer in Liechtenstein gearbeitet.



Chefinspektor Norbert Schwendinger vom Landeskriminalamt zeigt den Tathergang und die verwendete Tatwaffe. (Foto: APA/Repro/Stiplovsek)

VON FLORIAN HEPBERGER, BREGENZ

Nach dem Amoklauf in Nenzing in der Nacht auf Sonntag hat die Vorarlberger Polizei gestern weitere Details zum tragischen Vorfall bekannt gegeben. Demnach hat der 27-jährige Mann aus dem Raum Bludenz mit einem Kalaschnikow-Nachbau etwa 30 Schüsse abgegeben. Durch diese Schüsse wurden zwei Personen getötet, zwölf weitere wurden verletzt. «Bei der Waffe handelt es sich um eine Kriegswaffe, die in Österreich verboten ist», sagte Chefinspektor Norbert Schwendinger. Von den zwölf Verletzten ist eine Person im kritischen Zustand. Unter den Verletzten befindet sich auch 44-jähriger Mann aus Liechtenstein (das «Volksblatt» berichtete). Er erlitt gemäss Oberleutnant Stefan Schlosser schwere Verletzungen, sein Zustand sei aber stabil. Er befinde sich weiter im Kranken-

haus. Bei den Todesopfern handelt es sich um einen 33-jährigen Mann aus Lustenau, der durch einen Kopfschuss getötet wurde, sowie einen 48-jährigen aus Nenzing, der in Liechtenstein gearbeitet hat. Er kam durch einen Schuss in den Oberkörper ums Leben.

Zwei baugleiche Waffen mitgeführt

Beim Pressegespräch in Bregenz wurde auch der Tatablauf genau geschildert. Demnach soll sich der Täter um etwa Mitternacht mit seiner Lebensgefährtin - beide waren im Rahmen eines Polterabends auf dem Konzert - ein ers-

«Bei der Waffe handelt es sich um eine Kriegswaffe, die in Österreich verboten ist.»

NORBERT SCHWENDINGER
LANDESKRIMINALAMT VORARLBERG

tes Mal gestritten haben. Im Anschluss daran soll der spätere Täter das Festgelände verlassen und sich Richtung seines Arbeitgebers aufgemacht haben. Von dort soll er mit einem Firmenauto - das er jederzeit verwenden dürfe - zu sich nach Hause gefahren sein. Dort soll er zwei baugleiche Waffen in einer

Sporttasche ins Auto eingeladen haben und wieder zurück zum Festgelände gefahren sein.

Zurück am Festgelände soll es beim Fahrzeug erneut zu einer verbalen Auseinandersetzung gekommen sein. Während des Gesprächs habe der Mann aus seiner Sporttasche eine der beiden Waffen genommen. Von seinem Standort aus soll er anschliessend wahllos - 83 Meter weit - in die Menge geschossen haben. Anschliessend ging er zum Ende des Parkplatzes und schoss sich selbst in den Mund, wodurch er ums Leben kam.

Täter bereits polizeibekannt

Zwischen dem Eingang des Notrufs um 3.07 Uhr und dem Feststellen des Tod des Täters um 3.44 Uhr vergingen demnach 37 Minuten. In dieser Zeit hat die Lebensgefährtin des Mannes - mit dem sie ein 17 Monate altes Kind hat und in einem gemeinsamen Haushalt lebt - der Polizei den 27-Jährigen als Täter identifiziert. Der Mann wurde zwischen 2005 und 2010 acht Mal rechtskräftig verurteilt. Dabei handelte es sich

gemäss Polizeiangaben um Körperverletzungen und gefährliche Drohungen. Zudem bestand seit 2004 ein aufrechtes Waffenverbot. Er gehörte bis 2010 dem Skinhead-Neonazi-Netzwerk «Blood and Honour» an. In den vergangenen sechs Jahren sei er polizeilich nicht mehr in Erscheinung getreten. Bis zum Sonntag, an dem er «eine entsetzliche Tat, die es in Vorarlberg noch nie gegeben hat», verübt hat.

ZUR TATWAFFE

Der 27-jährige Mann aus Nenzing verwendete bei der Tat ein Zastava M92 Kaliber 7,62. Das Zastava M92 ist ein vom serbischen Waffenhersteller Zastava hergestellter Karabiner. Es ist eine verkürzte Version des Zastava M70 und wird unter anderem bei den kurdischen Peschmerga eingesetzt. Wie die Vorarlberger Polizei gestern erklärte, kommt die Waffe höchstwahrscheinlich aus Serbien. (fh)

Flüchtlingskrise - Europakrise

Soeben ist mir die Sonderausgabe «Zukunft CH» zugespielt worden. Es werden hier viele Fragen gestellt, wie «Radikalisierung von Muslimen in Europa», «Euro-Islam – Hoffnung oder Illusion?» und viele andere.

Hinter den vielen Fragen verbirgt sich in erster Linie die Angst vor einer Überschwemmung Europas durch Flüchtlinge aus islamischen Ländern und damit einer zunehmenden Islamisierung Europas. Was jedoch fehlt, sind griffige und nachhaltige Lösungen.

Für mich ist eines klar: Wenn dem Islam wirklich gelingen sollte, in Europa Fuss fassen, dann ist der Grund nicht die Stärke des Islams, sondern die Schwäche unseres Christentums. Dabei haben wir Christen mit der Bibel das beste Werkzeug in der Hand, um unsere traditionellen Werte zu verteidigen. Wir sollten vielmehr dem Leben und Wirken von Jesus Christus folgen als der zum Teil antiquierten Kirchenlehre, auch wenn diese von vielen, die sich als die einzigen Rechtgläubigen verstehen, als das Evangelium der neuen Zeit verstanden wird. Der Sonntagsgottesdienst ist zweifellos wichtig, um das Gemeinschaftsgefühl der Christen zu fördern – wirkliche Christen sollten wir jedoch sieben Tage in der Woche und 24 Stunden am Tag sein, indem wir unser Denken und Handeln nach dem Wohl der Mitmenschen und menschlichen Gemeinschaft ausrichten anstatt nach einer verstaubten katholischen Kirchenlehre.

Grenzen zum Islam müssen dort gesetzt werden, wo unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit unsere in einer christlichen Tradition gewachsenen rechtsstaatlichen Prinzipien verletzt werden. Gerade eine echt gelebte christliche Nächstenliebe würde vieles leichter machen, da dann ein respektvoller Umgang mit allen, gleich, welcher ethnischen Gruppe oder Religion sie angehören, selbstverständlich wäre.

Papst Franziskus ist mit seinem Weitblick und seinem moderaten Liberalismus ein Lichtblick, dass sich in den antiquierten Strukturen unserer Kirchen doch noch einmal etwas zum Besseren ändern könnte. Unsere derzeitigen Repräsentanten der Kirche lassen allerdings wenig Hoffnung aufkommen, dass dies bald geschehen könnte.

Was stark mit dem Islam und der befürchteten Islamisierung zusammenhängt, ist die Flüchtlingskrise, denn ein Grossteil der Flüchtlinge kommt ja aus islamisch geprägten Ländern und Gesellschaften.

Wer den Aussagen in diversen Diskussionsrunden folgt, bekommt den Eindruck, dass es in Europa nur ein Problem gibt, nämlich Geld. Politiker und Medienschaffende lassen sich bei fast allen Diskussionen über die bösen Griechen aus, die ihre Schulden nicht bezahlen, und die armen Geberländer, die deswegen fast am Hungertuch nagen.

Auch hier wäre ein anderer Ansatz denkbar. Europa sollte nicht über Geld diskutieren, sondern über die mangelnde Solidarität in den eigenen Reihen. Und dazu können alle etwas beitragen: Die Politik durch eine menschengerechte Entwicklungshilfepolitik und wir alle durch unsere Einstellung gegenüber Menschen, die bei uns Asyl beantragen, eine andere Hautfarbe haben oder eben z. B. Muslime sind.

Der beste Schutz vor der befürchteten Islamisierung ist, unsere christlichen Werte im täglichen Leben zum Ausdruck zu bringen. Dazu bräuchte es jedoch eine Kirche, die uns diese Werte immer wieder neu vermittelt, und zwar in einer Art und Weise, dass diese in unserem modernen Leben auch umsetzbar sind.

Horst Lorenz

Oberbühl 54, Gamprin

Assitej: Theaterschaffende für junges Publikum beziehen Position

VADUZ/STUTTART. Die Assitej Deutschland, die in diesem Jahr ihr 50 Jahre Jubiläum feiert, und das Festivalteam von «Schöne Aussicht» luden vergangene Woche im Rahmen des Stuttgarter Theaterfestivals zur Gesprächsreihe «Der schöne Talk» ein.

Vorstandsmitglieder aus verschiedenen Assitej-Zentren Europas, darunter auch die Assitej Liechtenstein, Südkorea und Südafrika, kamen zu einem mehrtägigen Austausch zusammen und beschäftigten sich mit der Frage, ob und in welcher Form Theater – speziell für junges Publikum – gesellschaftlich und politisch wirken kann, soll und muss. Eine Frage, die gerade in Zeiten der Radikalisierung und rechtspopulistischen Beeinflussung junger Menschen besondere Dringlichkeit hat. Die Theatermacher als Institutionen befragten sich, was die Aufgabe eines Theaters in heutigen Zeiten sein muss. Wie muss das Theater mithilfe seines Programms Position beziehen und wie weit die Tür nach draussen aufmachen? Zum Auftakt der Talk-Reihe begegneten sich Yvette Hardie, Theaterdirektorin aus Südafrika und gleichzeitige Präsidentin der Assitej International, und Ulrich Khuon, Intendant des Deutschen Theaters Berlin – zwei Persönlichkeiten, die immer wieder öffentlich Stellung beziehen und dafür bewundert und angegriffen



Bild: Tobias Metz

Assitej Liechtenstein nahm am Theaterfestival «Schöne Aussicht» in Stuttgart teil.

werden. Sie berichteten über die unterschiedlichen Erfahrungen auf dem südlichen und nördlichen Teil der Erde, über die Unmöglichkeit, still zu sein und das Politische, das bei beiden Menschen unmittelbar mit dem Persönlichen verbunden ist.

Sozialer Auftrag im Afrika

Politische Recherche und künstlerische Stellungnahme prägen auch die Arbeit des künstlerischen Leiters Matthias Andersson vom Backa Teater aus Schweden, der über seine Arbeitsweise, die von der zeitaktuellen Suche ausserhalb des Theaterhauses geprägt ist, berichtete. Abdul Kinyenya, Choreograf aus Uganda ging im «Schönen Talk» darauf ein, wie im ugandischen Kontext die eigene professionelle künstlerische Arbeit im Zusammenhang mit einem sozialen

Auftrag steht und Jennie Reznak, künstlerische Leiterin des Magnet Theatre, portraitierte die Arbeit ihres Theaters, welches seit den Anfängen Ende der 80er-Jahre mit seinem Educational Trust Programme Projekte ausserhalb der Theaterräume realisiert und so an den Demokratisierungsprozessen in Kapstadt und ganz Südafrika mitwirkt.

Weltumspannendes Netzwerk

Wozu brauchen wir die Assitej? Dieser Frage gingen die Vorstandsmitglieder der Assitej Deutschland Brigitte Dethier, künstlerische Leiterin des Jungen Ensembles Stuttgart, und Wolfgang Schneider, Professor der Universität Hildesheim, der Assitej Belgien, vertreten durch ihr Vorstandsmitglied, dem künstlerischen Leiter der Kopergietery, Johan de Smet, der Assi-

tej Schweiz mit ihrem Vorstandsmitglied, der künstlerischen Leiterin des Jungen Schauspielhauses Zürich, Petra Fischer sowie das ehemalige Vorstandsmitglied der Assitej Austria und Leiter des Dschungel Wien, Stefan Rabl, in ihrer Gesprächsrunde «In guten wie in schlechten Zeiten» nach. In Zeiten des globalen Zusammenwachsens ist es wichtig, auch wirklich zusammenzuwachsen, denn Austausch bedeutet über Neues und Altes nach-, an-, vordenenken, immer wieder fragen und einander begegnen. Für alle Mitglieder stand es ausser Frage, wozu es die Assitej braucht, denn sie ist ein Weltverband und ein tragfähiges Netzwerk, welches in guten wie in schlechten Zeiten funktioniert. Die Assitej arbeitet an der internationalen Vernetzung des Theaters für junges Publikum, fördert und fordert seine gesellschafts-, kultur- und bildungspolitische Verankerung, streitet für das Menschenrecht auf kulturelle Teilhabe und das Kinderrecht auf Kunst und Kultur. Sie ermöglicht interdisziplinären Austausch und Inspiration unter den Künstlerinnen und Künstlern. Mit seinen über 80 Zentren weltweit wappnet sich die Assitej für die nächsten 50 Jahre intensive und spanende Arbeit. Als Schutzpatron der Sparte und Forschungsabteilung des Grossunternehmens Theater für junges Publikum. (pd)



Bild: ikr

Die Innenminister aus Liechtenstein, Thomas Zwiefelhofer (rechts), und Hessen, Peter Beuth, trafen sich zum Gedankenaustausch. Dabei wurde vor allem über die Flüchtlingsproblematik intensiv diskutiert.

Herausforderung der Flüchtlingspolitik diskutiert

ADUZ. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer hat gestern den Minister des Innern und für Sport des Bundeslandes Hessen, Peter Beuth, zu einem Arbeitsgespräch besucht. Das Arbeitsgespräch im hessischen Ministerium in Wiesbaden befasste sich schwerpunktmässig mit der Flüchtlingsproblematik, welche die deutschen Bundesländer vor besondere Herausforderungen stellt. Thomas Zwiefelhofer informierte den hessischen Innenminister über die

Flüchtlingssituation in Liechtenstein und tauschte sich über die aktuellen Herausforderungen der europäischen Flüchtlingspolitik und deren aktuelle Weiterentwicklung aus. Am Rande des Gesprächs wurden auch die gegenwärtigen Bedrohungen durch islamistischen Terrorismus diskutiert. Gleichentags besuchte der Regierungschef-Stellvertreter die Redaktion der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» (FAZ) in Frankfurt am Main, wo er ein Gespräch mit

den für die Wirtschafts- und Finanzmarktberichterstattung verantwortlichen Redaktoren Carsten Knop und Gerald Braunberger führte. Anschliessend hielt Thomas Zwiefelhofer einen Vortrag beim Schweizerisch-Deutschen Wirtschaftsclub e.V. In seinem Vortrag thematisierte er insbesondere die Zugehörigkeit Liechtensteins zu den zwei Wirtschaftsräumen Schweiz und EU und beleuchtete einige Besonderheiten der liechtensteinischen Wirtschaft. (ikr)

«Christliches» Gedankengut?

Ja, er sei ein Populist, sagt Ungarns Regierungschef Viktor Orbán von sich. «Natürlich gibt man es nicht gerne zu, aber es ist eine Tatsache, dass alle Terroristen letztlich Migranten sind», sagt Viktor Orbán. («Die Welt», 24.11.15) Viktor Orbán zerstört Ungarns Demokratie systematisch. Schritt für Schritt schränkt er Freiheitsrechte ein, während die demokratische Opposition sich selbst zerfleischt. Und die EU schaut tatenlos zu, wie ihr Mitgliedsland abdriftet. Der linke Budapest-Philosoph Gáspár Miklós Tamás, einer der brilliantesten Denker in Mitteleuropa, sagt, der Charakter der Orbán-Regierung werde vielfach verkannt – sie sei in Wirklichkeit «autoritär, chauvinistisch, xenophob und rechtsextrem. Es war kein Geringerer als US-Präsident Barack Obama, der sich zu den Razzien gegen die Budapest-NGOs äusserte. Er nannte Ungarns Umgang mit NGO-Mitarbeitern als Negativbeispiel in einer Reihe mit China, Russland und Aserbaidschan. «Von Ungarn bis Ägypten ist die Zivilgesellschaft zunehmend Ziel von endlosen Vorschriften und offener Einschüchterung», sagte er. Kurz darauf verhängte die US-Regierung Einreiseverbote gegen sechs hochrangige ungarische Beamte und Unternehmer wegen des Verdachts der Korruption – eine für ein EU-Land beispiellose Massnahme. (Cicero) Urs Kindle bezeichnet Viktor Orbán als «christlich» (Christlich gem. Duden: der Lehre Christi entsprechend)

und die im Leserbrief vom 30.6.16 («Wie viele unserer Asylanten sind verfolgte Christen?») zitierte Rede von Orbán in Budapest nennt er hervorragend. Auf der Homepage (Energiearbeit, Hypnose, Lebensberatung) von Urs Kindle steht: «Er ist Katholik, gehört zu 100 % keiner Sekte an, es wird niemandem irgendein Glaube aufgedrängt, Motto: jedem seinen freien Willen, jedem seine Glaubensüberzeugung.

Weltweit sind fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht – so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Sie fliehen vor Bürgerkriegen, Verfolgung, aus bitterer Armut. Viele setzen ihr Leben aufs Spiel. Bis Ende Mai 2016 sind mindestens 2499 Erwachsene und Kinder vor den Toren Europas jämmerlich im Mittelmeer ertrunken. Religion, Ethnie, ausgenommen radikal-geligiöse Fundamentalisten, IS-Sympathisanten dürfen per se kein Ausschlusskriterium für Immigration nach Europa sein. Islamfeindlichkeit, klassischer Rassismus und Antisemitismus sind europaweit wiederum auf eklatant bedrohlichem Vormarsch.

Ruth Schöb

Auring 57, Vaduz

Flüchtlingseind

«Christliches» Gedankengut?

Ja, er sei ein Populist, sagt Ungarns Regierungschef Viktor Orbán von sich. «Natürlich gibt man es nicht gerne zu, aber es ist eine Tatsache, dass alle Terroristen letztlich Migranten sind», sagt Viktor Orbán. («Welt», 24. November 2015) Viktor Orbán zerstört Ungarns Demokratie systematisch. Schritt für Schritt schränkt er Freiheitsrechte ein, während die demokratische Opposition sich selbst zerfleischt. Und die EU schaut tatenlos zu, wie ihr Mitgliedsland abdriftet. Der linke Budapester Philosoph Gáspár Miklós Tamás, einer der brillantesten Denker in Mitteleuropa, sagt, der Charakter der Orbán-Regierung werde vielfach verkannt - sie sei in Wirklichkeit «autoritär, chauvinistisch, xenophob und rechtsextrem». Es war kein Geringerer als US-Präsident Barack Obama, der sich zu den Razzien gegen die Budapester NGOs äusserte. Er nannte Ungarns Umgang mit NGO-Mitarbeitern als Negativbeispiel in einer Reihe mit China, Russland und Aserbaidschan. «Von Ungarn bis Ägypten ist die Zivilgesellschaft zunehmend Ziel von endlosen Vorschriften und offener Einschüchterung», sagte er. Kurz darauf verhängte die US-Regierung Einreiseverbote gegen sechs hochrangige ungarische Beamte und Unternehmer wegen des Verdachts der Korruption - eine für ein EU-Land beispiellose Massnahme. («Cicero») Urs Kindle bezeichnet Viktor Orbán als «christlich» (christlich gemäss Duden: der Lehre Christi entspre-

chend) und die im Leserbrief vom 30. Juni 2016 («Wie viele unserer Asylanten sind verfolgte Christen») zitierte Rede von Orbán in Budapest, nennt er hervorragend. Auf der Homepage (Energiearbeit, Hypnose, Lebensberatung) von U. Kindle steht: «Er ist Katholik, gehört zu 100 Prozent keiner Sekte an, es wird niemandem irgendein Glaube aufge-drängt, Motto: jedem seinen freien Willen, jedem seine Glaubensüberzeugung.») Weltweit sind fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht - so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Sie fliehen vor Bürgerkriegen, Verfolgung, aus bitterer Armut. Viele setzen ihr Leben aufs Spiel. Bis Ende Mai 2016 sind mindestens 2499 Erwachsene und Kinder vor den Toren Europas jämmerlich im Mittelmeer ertrunken. Religion, Ethnie, ausgenommen radikal-geligiöse Fundamentalisten, IS-Sympathisanten, dürfen per se kein Ausschlusskriterium für Immigration nach Europa sein. Islamfeindlichkeit, klassischer Rassismus und Antisemitismus sind europaweit wiederum auf eklatant bedrohlichem Vormarsch.

Ruth Schöb,
Auring 57, Vaduz

PAUL ZINNOBER

Jugend: Das alte Lied?

«Die Jugend liebt heutzutage den Luxus. Sie hat schlechte Manieren, verachtet die Autorität, hat keinen Respekt vor den älteren Leuten und schwatzt, wo sie arbeiten sollte. Die jungen Leute stehen nicht mehr auf, wenn Ältere das Zimmer betreten. Sie widersprechen ihren Eltern, schwadronieren in der Gesellschaft, verschlingen bei Tisch die Stüssspeisen, legen die Beine übereinander und tyrannisieren ihre Lehrer.»

Ist das wirklich so? Die Ansichten darüber gehen sicher auseinander. Zwar bringen die meisten Erwachsenen die Begriffe «Jugend» und «gutes Benehmen» nicht unbedingt immer gleich in Zusammenhang, aber generell ein schlechtes Zeugnis würden viele der Jugend andererseits auch nicht ausstellen wollen. Tatsächlich spricht etwas dafür, nämlich die Tatsache, dass man sich nicht erst seit heute über schlechtes Benehmen junger Leute beklagt. Das Zitat am Anfang stammt nämlich vom griechischen Philosophen Sokrates, und der ist bereits vor 1617 Jahren gestorben ...

Und was lernen wir daraus? Nun, Vorurteile werden schnell einmal zu Urteilen, und diese führen dann zur Verurteilung. Dagegen möchte sich andererseits wohl kein Erwachsener pauschal bewertet wissen wollen, indem z. B. ein Jugendlicher sagt: «Ihr Erwachsenen seid immer ungerecht!» Es gibt sie nämlich eigentlich nicht wirklich, «die Jugend» und «die Erwachsenen». Solche Begriffe haben allenfalls für die Statistiken eine Bedeutung. Und in Zeiten, in denen Chauvinismus, Fremdenhass, Rassismus und Glaubensstreitigkeiten wieder an Boden gewinnen, ist es erst recht wichtig, Pauschalierungen zu unterlassen. Die Vielfalt ist viel zu gross, als dass man eine gerechte Gruppeneinteilung machen könnte, zumindest überall da, wo sich Menschen aus freien Stücken zu einer bestimmten Gemeinschaft bekennen.

Aber was zu Sokrates' Zeiten schon beklagt wurde, hat auch damals schon daran gekrankelt, dass man sich über Symptome ereifert, die doch nur Ausdruck einer ziellos dahinschlingenden Gesellschaft sind. Wer in Kindheit und Jugend keine Grenzen kennenlernt, sondern nur Materialismus, Anspruchsdenken und Eigennutz, hat jedenfalls kaum eine Chance, im Leben etwas aus sich zu machen.

Hausfassade besprayt

TRIESEN. In der Nacht auf Dienstag kam es bei einem Gebäude in Triesen zu einer Sachbeschädigung. Eine unbekannte Täterschaft besprayed eine Fassade eines Hauses, welches als Unterkunft für Flüchtlinge angedacht ist, mit einer rassistischen Parole sowie einem Hakenkreuz. Es entstand Sachschaden in noch unbekannter Höhe. (lpfl)

Rassistische Parolen

Neue Unterkunft für Flüchtlinge: Fassade besprayt

TRIESEN Bei einem Gebäude in Triesen kam es in der Nacht auf Dienstag zu einer Sachbeschädigung. Eine unbekannte Täterschaft besprayed eine Fassade jenes Hauses im Gewerbegebiet, das als zusätzliche Unterkunft für Flüchtlinge angedacht ist (das «Volksblatt» berichtete), mit einer rassistischen Parole sowie einem Hakenkreuz. Wie die Landespolizei mitteilte, entstand Sachschaden in noch unbekannter Höhe. Nach Angaben der Flüchtlingshilfe ist es das erste Mal, das Unterkünfte für Asylbewerber in Liechtenstein mit solchen Parolen verschandelt wurden, berichtete Radio L am Dienstag. Flüchtlingshilfe-Präsident Norbert Hemmerle habe sich tief betroffen gezeigt. Die Flüchtlingshilfe gehe jedenfalls weiter davon aus, dass die Asylbewerber in den nächsten Tagen dort einziehen werden.

(red/lpfl)

Aussenministertreffen: Türkei und Syrien im Fokus

MICHAEL WINKLER

BALZERS. Gestern empfing Liechtensteins Aussenministerin, Aurelia Frick, ihre Amtskollegen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Luxemburg auf der Burg Gutenberg zu Arbeitsgesprächen rund um aktuelle Themen in und um Europa. Der Brexit, die innere Sicherheit Europas, die Ukraine, Georgien, Syrien und die Türkei sorgten für viel Gesprächsbedarf bei den Aussenministern. Ein Beitrag Liechtensteins war die Vorstellung des Sprachkursprojekts «Liechtenstein Languages» (LiLa),

in dem seit Herbst 2015 spezielle Sprachkurse für Flüchtlinge und Migranten nach der Unterrichtsmethode «Neues Lernen» entwickelt wurden.

Sicherheit kontra Extremismus

Die fünf Länder verabschiedeten am Ende der Arbeitssitzung, die länger dauerte, als geplant, eine gemeinsame Erklärung, in der sie betonen, dass die aktuellen Herausforderungen nur gemeinsam gemeistert werden können. «Diese fünf Länder verbindet eine Wertegemeinschaft. Unsere Aufgabe ist es, diese Werte aufrechtzuerhalten», erklärte Au-

relia Frick anlässlich des Mediengesprächs, das so viele Journalisten in Liechtenstein versammelte wie schon lange nicht mehr.

Österreich bleibt hart

Die Ziele der Länder unterscheiden sich zwar nicht, dennoch gibt es differenzierte Ansichten darüber, wie diese Werte zu verteidigen sind. Zum Umgang mit der Türkei gab es kürzlich Unstimmigkeiten zwischen Deutschland und Österreich, die wohl auch an diesem Treffen nicht vollständig ausgeräumt werden konnten. Während Österreich bei der Position

bleibt, dass die Visafreiheit für Türken in der EU und eine Beschleunigung der Beitrittsverhandlungen derzeit nicht verhandelbar sind, treten andere Länder auf die diplomatische Bremse. «Wir müssen darauf bedacht sein, dass sich die Fronten nicht so sehr verhärten, dass Verhandlungen verunmöglicht werden», meinte Bundesrat Didier Burkhalter. Einig sind sich die fünf Länder darüber, dass die Debatte um die Todesstrafe und die politischen Säuberungsaktionen in der Türkei den europäischen Werten widersprechen.

INLAND 3

Liechtensteiner Vaterland, 6. August 2016, S. 3

Freundschaftliche Atmosphäre und Lösungsansätze auf Burg Gutenberg

MICHAEL WINKLER

BALZERS. Die Wertegemeinschaft der deutschsprachigen Länder in Europa und die Frage danach, wie man diese in der aktuellen Bedrohungslage des Kontinents aufrechterhalten und weiterentwickeln kann, stand beim Treffen der deutschsprachigen Aussenminister auf Burg Gutenberg in Balzers auf der Agenda.

Nur wenige Wochen nach dem Entscheid Grossbritanniens, die Europäische Union zu verlassen, und nach Terroranschlägen in Frankreich und Deutschland diskutierte die Ministerin mit ihren Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier aus Deutschland, Jean Asselborn aus Luxemburg, Sebastian Kurz aus Österreich und Didier Burkhalter aus der Schweiz gemeinsame Herausforderungen.

Hohes Medieninteresse

Nach dem Arbeitsgespräch lud die Gastgeberin, Aussenministerin Aurelia Frick, zu einem Mediengespräch. Das Interesse der internationalen Presse war immens. «So viele Presseleute hatten wir schon lange nicht mehr», erklärt Protokollchef Wilfried Hoop auf «Vaterland»-Anfrage. Angesichts der aktuellen Brennpunkte in und um Europa ist dies auch kein Wunder. Vor allem die aktuellen Ereignisse in der Türkei und der Umgang der europäischen Staaten damit gaben zu reden. Die Themen Brexit, Ukraine und Georgien, die an der Klausur der Aussenminister ebenfalls angesprochen wurden, traten gegenüber der Türkei und Syrien in den Hintergrund.

In den Begrüßungsworten beschwor Aurelia Frick den gemeinsamen Geist und die gemeinsamen europäischen Werte. Sie sei der festen Überzeugung, dass die Probleme, denen nicht nur die deutschsprachigen Länder in Europa gegenüberstehen, nur gemeinsam gelöst werden können. «Wir befinden uns in besonderen Zeiten und pflegen untereinander besondere Freundschaften», erklärte die Gastgeberin. Es sei



Die Aussenminister der deutschsprachigen Länder trafen sich in Balzers auf der Burg Gutenberg: Didier Burkhalter (Schweiz), Jean Asselborn (Luxemburg), Gastgeberin Aurelia Frick, Frank-Walter Steinmeier (Deutschland) und Sebastian Kurz (Österreich/v. l.).

wichtig, den Bürgern in diesem von Unsicherheit und Instabilität geprägten Kontext die richtigen Antworten zu geben. «Wir haben eine gemeinsame Arbeitsgruppe einberufen, um an diesen Themen dranzubleiben», sagte die Aussenministerin.

Diskretion statt Medienschlacht

Ihr Schweizer Kollege, Didier Burkhalter, forderte mehr Stabilität und Demokratie in den Regionen des Nahen und Mittleren Ostens, um die Sicherheit Europas zu erhöhen. Gerade in der Türkei-Frage mahnte er zu Besonnenheit: «Wir müssen anpassen, dass verhärtete Fronten nicht dazu führen, dass Verhandlungen verunmöglicht werden.» Es sei nun die Aufgabe der Aussenminister der Länder, diskret Lösungen zu finden, anstatt «über Kameras und Mikrofone miteinander zu kommunizieren».

Das besondere Medieninteresse galt dem österreichischen Aussenminister, Sebastian Kurz, der

sich – gemeinsam mit seinem Bundeskanzler, Christian Kern – seit Tagen einen medialen Schlagabtausch mit den Verantwortlichen in Ankara lieferte. Österreich hatte kürzlich betont, dass die Visafreiheit und ein EU-Beitritt nicht zur Debatte stünden, solange in der Türkei die Wiedereinführung der Todesstrafe diskutiert und eine politische Säuberung durchgeführt wird.

«Fühle mich in der Runde wohl»

Deshalb wurde der österreichische Aussenminister danach gefragt, ob er – angesichts der Besonnenheit der anderen – sich nicht abseits fühle. «Nein, ich fühle mich sehr wohl in dieser Runde», konterte Kurz, lobte das gute Gesprächsklima und bekräftigte die Haltung Österreichs erneut, den Drohungen aus Ankara entschieden entgegenzutreten. Es widerspreche den europäischen Werten, «wenn Andersdenkende durch die Staatsmacht mundtot gemacht werden». Es

sei an Europa, hier klar und unmissverständlich zu reagieren.

Sein deutsches Pendant, Frank-Walter Steinmeier, äusserte sich nicht spezifisch, weil die Probleme «grösser seien als sich um die Frage zu kümmern, wann und wie die Verhandlungen weitergehen». «Die Türkei wird ein Nachbar Europas bleiben. Es gibt tiefe wirtschaftliche und durch die Zuwanderung auch menschliche Beziehungen zwischen Europa und der Türkei», erklärte der Deutsche.

Burkhalter: «Genf stirbt nie»

Der grösste Krisenherd in dieser Region, Syrien, und vor allem die Einkesselung der Stadt Aleppo, war ebenfalls ein wichtiges Thema. Luxemburgs Aussenminister, Jean Asselborn, erklärte, dass er kürzlich mit US-Aussenminister John Kerry gesprochen habe und er optimistisch sei, dass die USA und Russland hier einen Weg finden werden, einen humanitären Korridor zu errich-

ten. «Die beiden Länder sind intensiv bemüht, den Menschen in Aleppo zu helfen.» Für weitere Friedensverhandlungen stehe Genf aber erst zur Verfügung, wenn eine Waffenruhe herrsche.

Auch Frank-Walter Steinmeier sieht nur unter der Voraussetzung einer humanitären Kampfpause eine Chance zu neuen Verhandlungen. «Sonst ist Genf tot!», warnte der Deutsche. «Genf stirbt nie!», entgegnete ihm der Schweizer mit erhobenem Zeigefinger und zeigte damit, dass er nicht bereit ist, die Hoffnungen auf Frieden fahren zu lassen. Er warb für den von ihm national und international lancierten Aktionsplan zur Prävention von gewalttätigem Extremismus. «Das sind keine schnellen Lösungen. Wir müssen mit langfristig angelegten Massnahmen erreichen, dass junge Perspektiven haben», erklärte Burkhalter. Nur so kann man nämlich dem Extremismus den Nährboden entziehen.

Deutschsprachige Aussenminister zu Gast auf der Burg Gutenberg

Arbeitsgespräch Migration, Sicherheitspolitik in Europa sowie die Entwicklung der EU nach dem Brexit-Votum waren die Themenschwerpunkte des diesjährigen Treffens der deutschsprachigen Aussenminister am Wochenende in Liechtenstein.

Die Dringlichkeit, in grenzüberschreitenden europäischen Themen eng zusammenzuarbeiten, bleibt gross. Das zeigte das diesjährige Treffen der Aussenminister der deutschsprachigen Länder, das auf Einladung von Aussenministerin Aurelia Frick auf Burg Gutenberg in Balzers abgehalten wurde. Nur wenige Wochen nach dem Entscheid Grossbritanniens, die EU zu verlassen, und nach Terroranschlägen in Frankreich und Deutschland diskutierte die Ministerin mit ihren Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier aus Deutschland, Jean Asselborn aus Luxemburg, Sebastian Kurz aus Österreich und Didier Burkhalter aus der Schweiz gemeinsame Herausfor-

derungen. Frick hatte an der gestrigen Medienkonferenz auf der Burg Gutenberg betont, die fünf Länder seien eine Wertegemeinschaft. Probleme könnten nur gemeinsam gelöst werden. Heikle Themen seien beim Treffen angesprochen worden wie etwa Unsicherheit und Instabilität. Die Gastgeberin und ihre vier Amtskollegen hätten bei der Prävention von gewalttätigem Extremismus vereinbart, enger zusammenzuarbeiten. In einer gemeinsamen Erklärung riefen die Aussenminister zudem zu konstruktiven Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und ihren Nachbarländern wie der Schweiz auf.

»Neben dem Themenblock Migration, Integration und Radikalisierung

war die europäische Sicherheitspolitik ein zentrales Thema unserer Gespräche«, erklärte Aurelia Frick. Bei ihren einleitenden Worten zeigte sie sich überzeugt davon, dass gelungene Integration das beste Mittel zur Prävention von Radikalisierung und Terrorismus ist. Mit dem Sprachvermittlungsprogramm Liechtenstein Languages leiste Liechtenstein einen Beitrag zum Gelingen der Integration. Die Aussenminister konnten sich bei einer Demonstration einen ersten Eindruck davon machen.

Brexit bringe erhebliche Folgen

Auch der Entscheid Grossbritanniens über den Austritt aus der EU wurde thematisiert. »Tritt Grossbritannien tatsächlich aus der EU aus,

wovon wir zum jetzigen Zeitpunkt ausgehen, wird dies für alle deutschsprachigen Länder - mit ihren unterschiedlichen Formen der europäischen Integration - erhebliche Implikationen haben«, sagte Frick.

Die fünf Aussenminister befassten sich weiter mit den politischen Entwicklungen im Nahen Osten. Aurelia Frick berichtete zudem über die Vorbereitungsarbeiten zur UNO-Generalversammlung.

Im Vorfeld hatten sich Frick und Kurz zu einem bilateralen Gespräch über spezifisch liechtensteinisch-österreichische Themen getroffen. Sie thematisierten insbesondere die Herausforderungen durch Migration sowie den OSZE-Vorsitz, den Österreich 2017 innehat. (red/ikr)

Impressionen



Arbeitsgespräch der Aussenminister auf der Burg Gutenberg. (Fotos: BKÖ)



Frank-Walter Steinmeier (Deutschland) und Aurelia Frick auf dem Weg zur Burg Gutenberg.



Roman Dudler (rechts) stellt den Ministern »Liechtenstein Languages« vor.



Aurelia Frick begrüsst ihren österreichischen Amtskollegen Sebastian Kurz zum bilateralen Gespräch.

Patrioten bis unter die Haut

Die Liechtensteiner sind stolz auf ihr Land. Einige lassen sich die Liebe zur Heimat sogar für immer auf dem Körper verewigen, wie z. B. den Schriftzug «Für Gott, Fürst und Vaterland».

VADUZ. Überall wehen blau-rote Fähnchen in der Luft. Männer und Frauen in traditionellen Trachten gehen durch die Gassen. Kinder tragen Käppis mit Fürstenhut-Aufdruck. Dass viele Liechtensteiner Patrioten sind, merkt spätestens am alljährlichen Fürstenfest jeder. Einige sind sogar so stolz, dass sie sich ihr Vaterland unter die Haut stechen lassen.

Immer wieder bekommt Tätowierer Szilárd Kiss vom Tattoo-studio Onyx Tattoo in Vaduz Anfragen von Kunden, die sich ein typisch liechtensteinisches Motiv stechen lassen wollen. Rund fünfzehn Mal, so schätzt er, habe er in den zwei vergangenen Jahren die Drei Schwestern, den Fürstenhut und andere landestypische Motive gestochen. «Man merkt, dass Nationalität in Liechtenstein eine wichtige Rolle spielt», sagt der gebürtige Ungar. Die Menschen hier seien stolz auf ihr Land und wollten das auch zeigen.

Auch im Tätowierstudio Master of Colours in Nendeln fragen Kunden nach patriotischen Motiven. Schon etwa dreimal haben Sally und Nadja Kranz «Liechtenstein» in einer speziellen Schrift auf einem Menschenkörper verewigt. Die Drei Schwestern wollte sich noch niemand tätowieren lassen. Dafür habe schon einmal eine Schweizer Kundin nach einem Bergmotiv gefragt. Solche Fragen sind in



Auch der Fürstenhut zielt einige Körper.



Dieses Tattoo löst im Internet Begeisterung aus.



Bilder: pd/Internet
Die drei Schwestern sind ein beliebtes Motiv.

Nendeln aber eher die Ausnahme. Häufiger tätowieren die beiden Frauen andere Motive wie zum Beispiel Rosen, neuseeländische Maori-Tätowierungen und indische Ornamente.

«Für Gott, Fürst und Vaterland»

Auf Facebook hat Kiss vom Vaduzer Studio Onyx eine Auswahl an Fotos von seinen gestochenen Meisterwerken veröffentlicht. Eines fällt dabei besonders auf: Der Schriftzug «Für Gott, Fürst und Vaterland» in schwarzer, fetter Schrift zieht sich quer über den Rücken eines Mannes.

Wer zu dem besagten Tattoo gehört, ist nicht bekannt. Ein Facebook-Post in einer liechtensteinischen Fangruppe lässt aber darauf schliessen, dass das besagte Motiv mitunter Skepsis auslöst. Unter demselben Foto, das auch auf der Seite von Onyx Tattoo steht, schreibt der Autor des Posts rechtfertigend: «Vaterland für immer im Herz und mit dabei. Und eine patriotische Einstellung hat nichts mit Rassismus zu tun, was viele häufig vergessen.»

Auf der Facebook-Seite fallen die Reaktionen auf das Tattoo durchwegs positiv aus. Das Bild wurde dreimal geteilt, die Kommentatoren finden das Motiv «voll genial». 59 Personen haben den Post bisher mit «gefällt mir» markiert. Kein anderer Beitrag auf der Seite findet mehr Beach-

tung. Beim Fürstenfest hat sich der junge Mann mit dem verzierten Rücken nicht geoutet. Vielleicht lupft er ja nächstes Jahr auf der Schlosswiese sein T-Shirt.

Zur Autorin

7. Internationale Sommerakademie

Marina Bertoldi, 20, kommt aus der Schweiz und absolviert derzeit die 7. internationale Sommerakademie für Journalismus und PR an der Universität Liechtenstein.



«Jede Konfliktpartei findet im Europarat Gehör»

Interview Als dienstältester Botschafter im Europarat wird Daniel Ospelt oft um seine Meinung gefragt - eine gute Gelegenheit, um für Liechtenstein zu werben. Privat schaltet der FCV-Fan aber auch gerne einmal einen Gang zurück - und geniesst die französische Küche.

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Herr Ospelt, Ihr Ruf als Gourmet eilt Ihnen voraus. Die Berufung nach Strassburg ins Elsass müsste diesbezüglich genau das Richtige für Sie sein. Was ist denn Ihr französisches Lieblingsgericht? Daniel Ospelt: Mich freut es, dass mir dieser Ruf nachgesagt wird, denn ja, ich lege grossen Wert auf gutes Essen. Sie haben recht, dass die Berufung nach Strassburg aus dieser Sichtweise einen positiven «Nebeneffekt» mit sich brachte. Persönlich schätze ich die elsässische Küche sehr, wie zum Beispiel den Flammkuchen und die vorzüglichen Weissweine aus der Region. Es gibt kleine, aber feine Unterschiede zwischen der hiesigen Küche und jener der anderen Regionen Frankreichs. Alle zusammen machen die grossartige Vielfalt der «Cuisine française» aus. Die Frage betreffend ein Lieblingsgericht geht übrigens weit über den Tellerrand hinaus. Die Gene und Gewohnheiten, aber auch die Sehnsucht nach Reisen und der weiten Welt prägen den Geschmack. Eigentlich habe ich nicht eines, sondern mindestens drei Lieblingsgerichte: Nämlich eines von meiner Mama, das mich an meine Kindheit erinnert; ein regionales, das mich an meine Heimat erinnert, und eben Gerichte von der weiten Welt, die mich an Reisen erinnern. Übrigens, haben Sie gewusst, dass die wahren Feinschmecker ihre Mahlzeit stets vor dem Nachschicken beenden? Wenn sie nachher noch etwas zum Dessert essen, so geschieht das aus reiner Höflichkeit - und ich bin meistens sehr höflich.

Landet denn auch einmal etwas Liechtensteinkisches auf dem Teller? Ja natürlich! In der kälteren Jahreszeit gibt es in der Liechtensteiner Residenz für die Gäste «Raclette à la Ospelt», das schon einen legendären Ruf in Strassburg hat. Privat esse ich gerne etwas Einfaches beziehungsweise «Bodaständiges» - beispielsweise Käsknöpfe.

Sie sind jetzt bereits seit fast 15 Jahren in Strassburg, zuvor führte Sie Ihre Karriere bereits nach Wien, Bern und München. Wie stellen Sie sicher, dass Sie den Bezug zu Liechtenstein nicht verlieren?

Die Auslandserfahrungen im Dienste unseres Landes haben mich zwar geografisch gesehen von unserem

«In der kälteren Jahreszeit gibt es in der Liechtensteiner Residenz für die Gäste «Raclette à la Ospelt», das schon einen legendären Ruf in Strassburg hat.»

Land entfernt, jedoch habe ich persönlich immer grossen Wert daraufgelegt, in regelmässigen Abständen in unser Land zurückzukehren. Als Vertreter unseres Landes muss ich stets darüber im Bild sein, was im Land aktuell politisch, gesellschaftlich oder gar sportlich passiert und was die Leute beschäftigt. Neben meinen persönlichen Besuchen zu Hause halte ich Kontakt mit meiner in Liechtenstein wohnhaften Verwandtschaft und Freunden. Ich lese die Liechtensteiner Zeitungen über das Internet und stehe natürlich arbeitstechnisch in engem Kontakt zu Vaduz. Das Haus in Vaduz haben wir nach dem Umzug nach Strassburg immer als Wohnsitz behalten und nie vermietet, damit auch die Familie immer einen fixen Bezugspunkt in der Heimat hatte. Meine Tochter Leslie wohnt nun auch wieder daheim, nachdem sie an der Universität Liechtenstein studiert.

Wie oft sind Sie denn in der «alten Heimat»? Regelmässig, die Fahrt dauert ja nur circa dreieinhalb bis vier Stunden, je nach Verkehr.

Verfolgen Sie als Fussballfan auch die Spiele des FC Vaduz? Ja, wenn irgendwie möglich, verfolge ich die Spiele des FCV über Radio L oder den Volksblatt-Liveticker. Mein Sohn Felix, der in Lille und Münster studiert, ist ein eingefleischter FCV-Fan und verfolgt alle Spiele. Für diese Saison wünschen wir ein herzliches «Hopp Vaduz»!

Bei der EM war Liechtenstein ja leider nicht dabei. Wem haben Sie stattdessen die Daumen gedrückt? Ich habe Deutschland und Frankreich die Daumen gedrückt und hätte es dem französischen Team sehr gegönnt, wenn es die EM im eigenen Land gewonnen hätte. Dies auch aufgrund der Debatte, die in Frankreich über das Nationalteam geführt wurde. Zu den EM-Qualifikationsspielen habe ich immer die jeweiligen Botschafter-Kollegen nach Vaduz eingeladen, damit sie sich auch ein Bild von unserem Land machen konnten. Unabhängig davon waren sie nach dem Match immer glücklich.

Könnten Sie ein EM-Match live im Stadion verfolgen?

Nein. Ich habe mir einige Spiele im Fernsehen angeschaut und mit ein paar mit Kollegen beim «public viewings». Denkwürdige Momente gab es vor allem abseits des Feldes, wie etwa das «Hus» der isländischen Fans auf den Rängen und in den Fussgängerzonen, das französische Baby, das von Iren herzerreissend in den Schlaf gesungen wird, Kleinkinder, die aus ihren Kinderwagen «allez les Bleus» gerufen haben, walisische Fans, die von den geschlagenen Belgiern in Richtung Halbfinale applaudiert wurden, und die Gastgeberration, die nach schweren Monaten des Terrors und Streiks beim Halbfinalsieg so richtig ihre Lebensfreude wiederentdeckt hat.

Während der EM war die Angst vor einem möglichen terroristischen Anschlag ja gross - die Sicherheitsvorkehrungen entsprechend hoch. Wie haben Sie die Situation erlebt? In Strassburg hat kein EM-Spiel stattgefunden. Deshalb gab es meines Wissens nach keine Tumulte oder Ausschreitungen von Hooligans wie in anderen Austragungsorten. Es gab aber verstärkte Kontrollen von Polizei und Militär im Stadtgebiet und auch speziell an der Grenze zu Deutschland. Das Bild von Polizei und Militär mit Maschinenpistolen gehört leider zum Alltag in Strassburg, wie auch Bombendrohungen sowie Razzien, um mutmassliche Attentäter aufzuspüren, sowie strenge Taschenkontrollen vor Kaufhäusern. Am Heiligen Abend standen auch die Kirchen in Strassburg unter Bewachung des Militär.

Demnach gab es in Strassburg auch schon Sicherheitsvorkehrungen vor den Anschlägen? Ja, Kontrollen und Patrouillen von Polizei und Militär gab es schon zuvor. Nach den Anschlägen wurden



diese als Folge des Ausnahmezustands massiv verschärft, insbesondere die Grenzkontrollen zwischen Kehl und Strassburg. Je nach Entwicklung der Situation in Frankreich wird der Ausnahmezustand immer wieder verlängert.

Das Aufatmen, dass es doch zu keinem Zwischenfall kam, war gross, währte aber leider nur kurz. Der Anschlag in Nizza rückte Frankreich erneut ins Zentrum der internationalen Schlagzeilen. In der Opposition wurde der Ruf laut, die Sicherheitsvorkehrungen wären zu lasch gewesen. Der Europarat setzt sich unter anderem für die Terrorbekämpfung ein: Kann man solche Taten überhaupt noch verhindern und wo sind den Grenzen gesetzt?

Dass ein radikalisierter Einzelkämpfer mit einem LKW Personen auf grausame Art und Weise umbringt, ist sehr schwer zu verhindern. Laut offiziellen Berichten waren in Nizza sowohl die National- als auch die Kommunalpolizei vor Ort. Wie es der französische Premierminister Manuel Valls bereits sagte, ist eine 100-prozentige Sicherheit nie gewährleistet, doch die französische Polizei gibt ihr Bestes, um eine best

«Das Bild von Polizei und Militär mit Maschinenpistolen gehört leider zum Alltag in Strassburg.»

mögliche Sicherheit zu gewährleisten. Auch wenn von grosser Polizeipräsenz die Rede war, gibt es kriti

sche Stimmen aufseiten der Kommunalpolizei, die sagen, dass deutlich weniger Polizei vor Ort war als behauptet. Das oberste französische Gericht beschäftigt sich nun mit dieser Frage und erst dann kann man von einer zu laschen oder einer ausreichenden Sicherheit reden. Terrorangriffe sind leider nie gänzlich zu verhindern. Man muss deshalb bei der Wurzel des Problems ansetzen und vor allem den jungen Leuten in

Frankreich eine Perspektive bieten. Wenn man das Terrorproblem angehen kann, dann, indem man sich intensiv mit der Gesellschaft auseinandersetzt und schaut, wie man eine gesellschaftliche Integration schafft und die französischen «Banlieues» nicht aussen vorgelassen werden. Hierbei kann der Europarat einen wichtigen Beitrag leisten.

Inwiefern?

Der Europarat will mit seinem Aktionsplan gegen gewalttätigen Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, der zunehmenden Radikalisierung mancher Gruppen und dem daraus erwachsenden Terrorismus sowie der Volksverhetzung entgegensteuern. Der Aktionsplan sieht unter anderem schärfere Rechtsvorschriften gegen Terrorismus und gewalttätigen Extremismus vor, eine engere Zusammenarbeit der Polizei und Geheimdienste, eine schulische Erziehung zu Toleranz, zum interkulturellen Dialog und zum verantwortungsbewussten Staatsbürger, bessere Betreuung muslimischer Häftlinge in Strafanstalten (bessere Gefängnisbedingungen), strengere Überwachung des Internets und Blockierung von volksverhetzenden Inhalten, sowie Schutz, Entschädigung und Unterstützung von Terrorismus-Opfern. Zudem hat der Europarat einen Aktionsplan zum Aufbau einer Gesellschaft erstellt, in der niemand ausgegrenzt wird.

Wie auch in Würzburg und Orlando handelt es sich in Nizza vermutlich um einen radikalisierten Einzeltäter, der mit dem IS sympathisierte. Inwiefern stellen solche Täter neue Herausforderungen dar und wie kann man diesen begegnen? Bei Taten mit einem vermeintlich radikalislamischen Hintergrund muss man aufpassen, die Attentäter nicht als Vertreter des Islams zu interpretieren. Diese Attentäter, die mit ih



Ständige Vertretung in Strassburg - Botschafter: Daniel Ospelt. Mitarbeiter: 2. Zuständig für: Multilaterale Beziehungen zum Europarat. (Foto: ZVG, Hirschi) Das Foto zeigt das Gebäude, in dem Liechtenstein selbst aber nur einige Räumlichkeiten hat.



Daniel Ospelt sammelt in seinem Büro gerne besondere Erinnerungen: Neben seinen Kindern finden da auch die beiden Kater Leopold und Napoleon oder die Begegnungen mit Papst Franziskus und Papst Benedikt XVI. Platz. Das Bild von Rudolf Hausner mag Ospelt besonders gerne: «Er vergleicht das Leben mit einem Billardspiel. Man will, dass eine Kugel in eine bestimmte Richtung geht und dann geht sie plötzlich in eine ganz andere Richtung.»

rem Hass Menschen umbringen und unser liberales Leben beeinträchtigen wollen, haben nichts mit der Religion Islam zu tun. Wir müssen uns mehr damit befassen, dass der Islam eine friedliche Religion ist und dürfen uns auf keinen Fall unseren muslimischen Mitbürgern verschliessen. Gerade in Zeiten wie diesen muss Zusammenhalt in der Bevölkerung geschaffen werden.

«Diese Attentäter, die mit ihrem Hass Menschen umbringen und unser liberales Leben beeinträchtigen wollen, haben nichts mit der Religion Islam zu tun.»

Der Europarat setzt sich aber auch für Menschenrechte ein. Entsteht bei der Terrorbekämpfung nicht oft ein Dilemma zwischen dem Bedürfnis nach Sicherheit und dem Menschenrecht nach Freiheit, insbesondere der Freiheit von willkürlichen Eingriffen in die Privatsphäre? Genau dieses Dilemma steht der Europarat auch. Er fordert deshalb die Mitgliedsstaaten auf, bei ihren Bemühungen zur Verhütung und Bekämpfung von Terrorismus die Europäische Menschenrechtskonvention zu beachten. Eingriffe in die Privatsphäre sind in der Regel nur bei Verdacht zulässig. Man muss eine angemessene Mischung aus Sicherheit und Freiheit schaffen, denn eines ist sicher – wir müssen unsere Systeme an die heutigen Gegebenheiten anpassen. In der vergangenen Zeit ging die Tendenz eher Richtung Sicherheit. In den USA wurde nach 9/11 massiv an der Sicherheit gearbeitet und dadurch konnten potenzielle Angriffe verhindert werden, doch zu welchem Preis? Oftmals sind Eingriffe berechtigt und geschehen nicht aus reiner Willkür.

Der Terrorismus ist aber bei Weitem nicht der einzige Krisenherd in Europa. Die Flüchtlingskrise, das Bre-

xit-Votum oder der Putschversuch in der Türkei: Welche Rolle kommt dabei dem Europarat zu, inwiefern kann dieser Einfluss nehmen?

Der Europarat ist die älteste europäische Organisation auf unserem Kontinent mit 47 Mitgliedsstaaten. Der Europarat setzt sich für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ein und setzt auf eine friedliche Zusammenarbeit der verschiedenen Parteien, damit Probleme friedlich gelöst werden können. In Strassburg kommen Experten aus ganz Europa zusammen, um nach friedlichen Lösungen zu suchen. Jede Konfliktpartei findet hier Gehör und wird respektiert. Und sofern diese Konfliktpartei wirklich eine konstruktive Lösung eines Problems sucht, dann wird durch Kooperation dieser Punkt auch erreicht. Bezüglich der Türkei oder Grossbritannien ist der Europarat vor allem an einer lösungsorientierten Debatte interessiert und sucht nicht nach Schuldigen, sondern versucht, nach den europäischen Grundsätzen und Werten die Probleme so gut es geht zu bearbeiten. Nebst der Situation in der Türkei werden die Bekämpfung von Extremismus und Radikalisierung, welche zu Terrorismus führen, die Flüchtlingskrise sowie die gegenwärtigen Konfliktsituationen in Europa – Ostukraine und Krim, Abchasien und Südossetien sowie Bergkarabach – die Agenda des Ministerkomitees weiterhin dominieren.

Welche Bedeutung hat der Europarat – insbesondere auch für das Fürstentum Liechtenstein, das ja immerhin Beiträge zahlt?

Der Europarat ist nach wie vor von grosser Bedeutung für Liechtenstein, da er Liechtenstein als gleichberechtigtes Mitglied der europäischen Völkerfamilie anerkennt und unserem Land ermöglicht, voll an der Gestaltung der europäischen Zusammenarbeit und Einigung mitzuwirken. Nur durch unsere Teilnahme an allen Bemühungen des Europarats ist gewährleistet, dass Liechtenstein über alle wichtigen Entwicklungen in Europa rechtzeitig informiert wird. Zudem bietet der Europarat eine ideale Plattform für bilaterale Kontakte, unter anderem auch mit denjenigen Ländern, in denen wir nicht selbst vertreten sind.

Das Fürstentum ist eines von 47 Mitgliedern im Europarat. Inwiefern kann der Kleinstaat da überhaupt Einfluss nehmen?

Liechtenstein ist nicht der einzige Kleinstaat im Europarat. Viele der 47 Mitgliedsstaaten sind relativ kleine Länder, aber alle wirken sie gleichberechtigt an der Beschlussfassung mit. Gerade das Eintreten kleiner Staaten für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit hat oft mehr Gewicht als das der grösseren Länder, die oft im Verdacht stehen, ihre eigenen geopolitischen Ziele zu verfolgen. Hinzu kommt, dass Liechtensteins Vertreter oft sehr viele Jahre beim Europarat tätig ist, weil länger als die meisten der anderen Botschafter, und daher den Europarat und seine Arbeiten besser als andere kennen. Als dienstältester Botschafter werde ich zudem immer wieder nach meiner Meinung gefragt.

Anscheinend fällt Liechtenstein manchmal aber auch negativ auf, wie der Abgeordnete und Delegati-

Zur Person

Botschafter Daniel Ospelt

Nach dem Abschluss seines Jus-Studiums als Dr. iur. an der Universität Innsbruck 1981 studierte Daniel Ospelt zwei Jahre an der Diplomatischen Akademie in Wien. Danach nahm er eine Stelle als diplomatischer Mitarbeiter und stellvertretender Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten in Vaduz an. Weitere Stationen seiner Karriere führten ihn als Botschaftsrat zur Botschaft in Bern und Wien, ausserdem nahm der 60-jährige Einsitz im EFTA-Board of Auditors. Von 1990 bis 2003 vertrat Ospelt Liechtenstein im Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation (EPO) in München. Seit 2002 ist er Ständiger Vertreter beim Europarat in Strassburg und vertritt das Fürstentum in den Organen der Entwicklungsbank des Europarats (CEB) in Paris. Ospelt ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder.

onsleiter für die Parlamentarische Versammlung des Europarats, Rainer Gopp, kürzlich bemerkte. Denn die Delegation konnte 2015 nur bei knapp 50 Prozent der Vorlagen vollständig anwesend sein – was kein gutes Licht auf Liechtenstein werfe. Wird das in Strassburg tatsächlich so wahrgenommen?

Vorweg: Unsere Landtagsabgeordneten in der Parlamentarischen Versammlung leisten eine ausgezeichnete Arbeit, wofür ich ihnen herzlich danke. Staaten werden nicht an ihrer Anwesenheit gemessen, sondern an ihrem aktiven Beitrag. Als Kleinstaat können wir nicht überall sein und müssen Schwerpunkte setzen. Ich bin der Meinung, dass Liechtenstein das grundsätzlich sehr gut macht. Dadurch schaffen wir es, dass das Land überproportional und als verlässlicher, solidarischer und engagierter Partner wahrgenommen wird.

Da müssen Sie manchmal sicher auf die Besonderheiten des Kleinstates verweisen und die Herausforderungen, die das mit sich bringt. Mit welchen Klischees werden Sie in Strassburg besonders häufig konfrontiert und wie versuchen Sie, das Bild Liechtensteins zu verbessern? Das am häufigsten anzutreffende Vorurteil betraf den Finanzplatz. Oft muss ich darauf hinweisen, dass Liechtenstein ein hoch entwickelter Industriestandort ist und in vielen Dingen, auf die der Europarat Wert legt, Vorbildcharakter hat. Zudem leistet Liechtenstein freiwillige Beiträge, um Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und gute kommunale Selbstverwaltung in Ost- und Südosteuropa aufzubauen. Kurz gesagt, ich versuche, ein Bild von unserem Land zu vermitteln, das wirklichkeitsgetreu ist. Erfahrungsgemäss haben Menschen, die sich etwas mit Liechtenstein befassen haben, ein positives Bild von unserem Land.

«Erfahrungsgemäss haben Menschen, die sich etwas mit Liechtenstein befassen haben, ein positives Bild von unserem Land.»

rungsgemäss haben Menschen, die sich etwas mit Liechtenstein befassen haben, ein positives Bild von unserem Land.

Solche Klischees könnten aber auch ein gutes Einstiegsthema bei Empfängen und dergleichen sein. Über was sprechen Sie da sonst noch so? Selbstverständlich dienen auch alle Empfänge und sonstige diplomatische Veranstaltungen dazu, das Bild des eigenen Landes zurechtzurücken, aber auch, die Sichtweise Liechtensteins zu den aktuellen Problemen Europas darzulegen. Tagesaktuelle Themen werden immer wie-

der angesprochen. Insofern sind die Flüchtlingskrise, Terrorismus, Brexit, Russland, die Ukraine beziehungsweise die Krim, die Türkei und vieles mehr ständig präsent. Dass nebenbei auch über das Leben in Frankreich und allfällige Alltagsprobleme gesprochen wird, versteht sich von selbst.

Vielen Menschen ist Smalltalk ein Graus – ein paar Tipps vielleicht? Versuchen Sie, ein angenehmer Gesprächspartner zu sein. Ein Austausch über einen aktuellen Film oder eine Urlaubsreise sind ein guter Startpunkt. Gemeinsamkeiten schaffen Sympathie. Erzählen sie etwas Witziges, etwa eine vernünftige Anekdote. Andererseits muss Smalltalk nicht erzwungen werden. Wenn es nicht funktioniert, dann kann man sich vom Gegenüber höflich verabschieden. Vorher könnten sie sich noch über das Regenwetter oder den strahlenden Sonnenschein beschweren, je nachdem.

Empfänge sind aber bestimmt nur ein Teil ihrer Arbeit. Wie sieht denn so ein typischer Arbeitstag bei Ihnen aus?

Empfänge sowie Mittags- und Abendessen sind ein wichtiger Bestandteil des diplomatischen Lebens, um in das ganze soziale Netzwerk eingebunden zu sein. Ansonsten ist mein Arbeitstag durch die Sitzungen des Ministerkomitees – jeweils am Mittwoch – und den täglichen diversen anderen Sitzungen vorgegeben. Wenn ich in der Früh ins Büro der Ständigen Vertretung komme, dann widme ich mich als erstes den zahlreichen E-Mails und verschaffe mir einen Überblick über aktuelle Ereignisse über das Internet, bespreche mit meiner Sekretärin die zu erledigenden Punkte, bereite mich für die Sitzungen vor, verfasse Berichte und Stellungnahmen, telefoniere mit Kollegen. Als dienstältester Botschafter empfangen auch Kollegen zu Antritts- oder Abschiedsbesuchen oder sonstige Besucher. Der Tag und meist auch der Abend sind somit gut ausgefüllt.

Wenn Sie dann auch mal Feierabend haben, wie lassen Sie diesen ausklingen – bei einem leckeren Essen und einem FC-Vaduz-Spiel? Daheim mit meiner Frau und Kater Leopold mit einem Glas Wein, wenn keine Repräsentationspflichten wahrzunehmen sind, oder mit ein paar (kochenden) Kollegen im Bortsch-Club, in den ich kürzlich aufgenommen wurde. Bei einem FCV-Spiel hoffe ich natürlich immer auf die nächsten drei Punkte.

ÜBER DIE SERIE

Liechtensteins Botschafter im Gespräch

Sie vertreten Liechtensteins Interessen im Ausland – nun rückt das «Volksblatt» die acht Botschafter des Fürstentums über den Sommer in den Fokus:

- Strassburg: Daniel Ospelt
- New York: Christian Wenaweser
- Berlin: Claudia Fritzsche über ihre Arbeit in Washington, die Ende Juli endet.

Bereits erschienen:

- Bern: Doris Frick (23. Juli)
- Berlin: Prinz Stefan (30. Juli)
- Brüssel: Sabine Monauri (13. August)
- Wien: Prinzessin Maria-Pia Kothbauer (20. August)
- Washington: Kurt Jäger (27. August)
- Genf: Peter C. Matt (3. September)

Radikalisierung und Terror im Zentrum

Justizministertreffen Die deutschsprachigen Justizminister haben Verhinderung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus sowie von Terrorismus diskutiert

Bern In ihrer Bilanz nach einem zweitägigen Erfahrungsaustausch anerkannten sie die Wichtigkeit der Prävention und lobten das Schweizer Modell.

«Wir können uns bei diesen Themen nur vernetzen und voneinander lernen», sagte Gastgeberin und Bundesrätin Simonetta Sommaruga am Samstag im Anschluss an das zweitägige Treffen. Am Freitag hätten die Justizminister gesellschaftspolitische Fragen diskutiert, etwa den Umgang mit religiösem Fundamentalismus und Radikalisierung. Gemäss Medienmitteilung betonte Sommaruga am traditionellen Fünfländertreffen, dass religiöser Fundamentalismus nicht mit gewalttätigem Extremismus gleichzusetzen sei. Terroristen würden vielmehr eine fundamentalistische Auslegung der Religion für ihre Gewaltakte instrumentalisieren und damit missbrauchen.

Schweizer Modell überzeugt

Sommaruga stellte fest, dass sich die Gesellschaft im Umgang mit öffentlich sichtbaren Zeichen des islamischen Glaubens zunehmend polarisiere. In der Schweiz zeige sich dies an den Diskussionen um religiöse Symbole im Schulunterricht oder ein Burkaverbot. Der umfassende Umgang der Schweiz mit religiösem Fundamentalismus und Radikalisierung mit Massnahmen zur Prävention, Deradikalisierungsprogrammen im Strafvollzug und der Reintegration nach einem solchen wurde von den Amtskollegen aus Deutschland, Österreich, Luxemburg und Liechtenstein als vorbildlich bezeichnet.

«Das ist der richtige Weg, ein in sich geschlossenes Konzept, das überzeugt», sagte der deutsche Justizminister Heiko Maas am Samstag vor den Medien in Bern. Alles andere sei Stückwerk. Das Modell der Schweiz sei dies-



Die deutschsprachigen Justizminister trafen sich am Samstag in Bern.

Bild: Lukas Wittwer

bezüglich auch für Deutschland interessant. Auch Félix Braz, der luxemburgische Justizminister, betonte die Wichtigkeit der Prävention. «Wir müssen uns fragen, wieso junge Menschen an einem bestimmten Punkt ihrer Biografie so weit sind, einen Hass auf ihr eigenes Land zu entwickeln.» Er nehme nach dem Erfahrungsaustausch in Bern wichtige Erkenntnisse mit nach Luxemburg zurück. Braz lobte die «pragmatische Art und Weise, wie in der Schweiz mit dem Thema umgegangen wird». Trotz der Anerkennung für das Engagement in diese Richtung stellte Sommaruga in Frage, ob die Schweiz genügend rechtliche Instrumente habe. Sie erwähnte das Islamgesetz in Österreich und die Konvention in Luxemburg, die das Verhältnis zwischen den Muslimen im Land und dem Staat regelt.

«Diese Länder sind schon weiter als die Schweiz.» Es lohne sich, sich damit auseinanderzusetzen, sagte Sommaruga. Aller-

dings ist in der Schweiz das Verhältnis zu Religionsgemeinschaften eine kantonale Angelegenheit.

Wichtige internationale Zusammenarbeit

Der Samstag war rechtlichen Fragen im Umgang mit gewalttätigem Extremismus und Terrorismus gewidmet. Dabei standen Massnahmen und Instrumente im Fokus. Die Justizminister waren sich einig, dass die heute verfügbaren rechtlichen Instrumente konsequent anzuwenden sind.

«Anregend war der Austausch über künftige gesetzgeberische Massnahmen», erklärte der österreichische Justizminister Wolfgang Brandstetter vor den Medien in Bern. «Wir ziehen bei dieser schwierigen Problematik an einem Strick.»

«Terrorismus ist international und macht internationale Zusammenarbeit notwendig», sagte Maas. Dabei gehe es unter anderem um den Datenaustausch -

auch bei Grenzübertritten - und die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden. «Aber in unserer offenen Gesellschaft gibt es keine 100-prozentige Sicherheit.»

Liechtenstein überlegt sich als weitere Massnahme die Öffnung des Berufsgeheimnisses, wie Justizminister Thomas Zweifelhofer erklärte. Träger des Berufsgeheimnisses sollen sich bei Verdacht oder Unsicherheit an die Polizei wenden können.

Bedeutsame Plattform für Liechtenstein

«Dieses Treffen der fünf deutschsprachigen Justizminister bot erneut eine wichtige und für Liechtenstein bedeutsame Plattform zum Erfahrungs- und Informationsaustausch bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen in der Justizpolitik, wie sie die Bekämpfung des Terrorismus und Radikalisierung zweifellos darstellt», sagte Justizminister Thomas Zweifelhofer nach Abschluss des Treffens. (sda/ikr)



Gegen den Extremismus

Justizminister treffen sich in Bern

VADUZ Am 9. und 10. September 2016 trafen sich die Justizminister Heiko Maas (Deutschland), Wolfgang Brandstetter (Österreich), Simonetta Sommaruga (Schweiz), Thomas Zwiefelhofer (Liechtenstein) und, Félix Braz (Luxemburg) in Bern (Foto, von links). Im Zentrum der Arbeitsgespräche standen die Themen «Verhinderung der Radikalisierung und des gewalttätigen Extremismus» sowie die «Weiterentwicklung des rechtlichen Instrumentariums zur Terrorismusbekämpfung». «Dieses Treffen der fünf deutschsprachigen Justizminister bot erneut eine wichtige und für Liechtenstein bedeutsame Plattform zum Erfahrungs- und Informationsaustausch bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen in der Justizpolitik, wie sie die Bekämpfung des Terrorismus und der Radikalisierung zweifellos darstellt», sagte Justizminister Thomas Zwiefelhofer nach Abschluss des Treffens.

(Text/Foto: 1K)

Solidarisches Handeln ist nötig

Europarat Am 15. und 16. September nahm Landtagspräsident Albert Frick in Begleitung von Sekretär Josef Hilti und Botschafter Daniel Ospelt an der Konferenz der Parlamentspräsidenten in Strassburg teil.

An dieser alle zwei Jahre stattfindenden Konferenz waren die Parlamentspräsidenten aller 47 Mitgliedstaaten des Europarats, Präsidenten anderer internationaler Organisationen sowie zahlreicher Partner- und Beobachterstaaten vertreten.

Themen des Treffens waren die Migrations- und Flüchtlingskrise, die Rolle der nationalen Parlamente bei der Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sowie die Mobilisierung gegen Hass. Im Rahmen der Behandlung der drei Konferenzthemen wandte sich Albert Frick beim Thema «Nationale Parlamente und der Europarat: gemeinsam Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit fördern» an das Plenum. Er betonte in seiner Rede insbesondere die Wichtigkeit des Europarates als die führende europäische Institution im Zusammenhang mit dem Schutz der Menschenrechte und den Prinzipien der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Liechtenstein sei nunmehr seit 38 Jahren Mitglied des Europarates und fühle sich diesen Grundwerten uneinge-



Landtagspräsident Albert Frick rief vor dem Europarat zu Einigkeit im Kampf gegen Gewalt auf. Bild: pud

schränkt verpflichtet. Die in den letzten zwölf Monaten verübten Terroranschläge – auch in Mitgliedstaaten des Europarates – dienten vorab dem Ziel der politischen Destabilisierung der mo-

dern Zivilgesellschaften und der Zerstörung der von der Gemeinschaft anerkannten Grundwerte. Dieses Ziel gelte es mit aller Kraft zu bekämpfen. Einem solchen Vorhaben müsse die Staat-

engemeinschaft mit allem Nachdruck entgegengetreten. Jegliche Art von verübter Gewalt und Intoleranz, sei dies in der Form des Extremismus oder des Terrorismus, sei ein Angriff auf die Wert-

tegesellschaft, welcher aufs Schärfste zu verurteilen und abzulehnen sei. Die Mitgliedstaaten des Europarates seien gefordert, diesen Gefahren gemeinsam so wie unter Beachtung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit entschieden zu begegnen.

Weiter sprach er die Problematik der aktuellen Flüchtlingskrise an. Diese Herausforderung könne nur unter Einbezug der internationalen Staatengemeinschaft im Rahmen eines solidarisches Handelns langfristig gelöst werden. Bei der Bewältigung all dieser Herausforderungen würden die Parlamente eine entscheidende Rolle spielen. Vom Volk übertragene Macht müsse mit Verantwortungsbewusstsein einhergehen. Gerade in schwierigen, unsicheren Zeiten seien die Grundwerte des Europarates hochzuhalten. Europas grösste Errungenschaften, die Achtung der Menschenrechte sowie der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie seien von den Parlamenten mit allen Kräften zu stützen, resümierte der Landtagspräsident in seiner Rede abschliessend. (pud)

Frick: «Solidarisches Handeln ist nötig»

Appell Landtagspräsident Albert Frick nahm in Begleitung von Landtagssekretär Josef Hilti und Botschafter Daniel Ospelt an der Europäischen Konferenz der Parlamentspräsidenten in Strassburg teil.

An dieser alle zwei Jahre stattfindenden Konferenz waren die Parlamentspräsidenten aller 47 Mitgliedsstaaten des Europarats, Präsidenten anderer internationaler Organisationen sowie zahlreicher Partner- und Beobachterstaaten vertreten. Wie der Parlamentsdienst am Mittwoch weiter mitteilte, waren die Migrations- und Flüchtlingskrise, die Rolle der nationalen Parlamente bei der Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sowie die Mobilisierung gegen Hass die Themen des Treffens.

Gefahren gemeinsam begegnen

Im Rahmen der Behandlung der drei Konferenzthemen wandte sich Albert Frick beim Thema «Nationale Parlamente und der Europarat: gemeinsam Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit fördern» an das Plenum. Er betonte in seiner Rede den Angaben zufolge insbesondere die Wichtigkeit des Europarates als die führende europäische Institution im Zusammenhang mit dem Schutz der Menschenrechte und den Prinzipien der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Liechtenstein sei nunmehr seit 38 Jahren Mitglied des Europarates und fühle sich diesen Grundwerten uneingeschränkt verpflichtet. Die in den letzten zwölf Monaten verübten Terroranschläge – auch in Mitgliedsstaaten des Europarates – dienten vorab dem Ziel der politischen Destabilisierung der modernen Zivilgesellschaften und der Zerstörung der von der Gemeinschaft anerkannten Grundwerte. Dieses Ziel gelte es mit aller Kraft zu bekämpfen. Einem solchen Vorhaben müsse die Staatengemeinschaft mit allem Nachdruck entgegentreten. Jegliche Art von verübter Gewalt und Intoleranz, sei dies in der Form des Extremismus oder des Terrorismus, sei ein Angriff auf die Wertegesellschaft, welcher aufs Schärfste zu verurteilen und abzulehnen sei. Die Mitgliedsstaaten des Europarates seien gefordert, diesen Gefahren gemeinsam sowie unter Beachtung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit entschieden zu begegnen.

Weiter sprach Albert Frick die Problematik der aktuellen Flüchtlingskrise an. Diese Herausforderung könne nur unter Einbezug der internationalen Staatengemeinschaft im Rahmen eines solidarischen Handelns langfristig gelöst werden. Bei der Bewältigung all dieser Herausforderungen würden die Parlamente eine entscheidende Rolle spielen. Vom Volk übertragene Macht müsse mit Verantwortungsbewusstsein einhergehen. Gerade in schwierigen, unsicheren Zeiten seien die Grundwerte des Europarates hochzuhalten. Europas grösste Errungenschaften, die Achtung der Menschenrechte sowie der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, seien von den Parlamenten



Jegliche Art von verübter Gewalt und Intoleranz, sei dies in der Form des Extremismus oder des Terrorismus, sei ein Angriff auf die Wertegesellschaft, sagte Albert Frick in Strassburg. (Foto: Europarat)

mit allen Kräften zu stützen, resümierte der Landtagspräsident in seiner Rede abschliessend. (red/pd)

ANZEIGE

**2017 ERÖFFNEN WIR
UNSERE KLINIK.**

LERNEN SIE UNS SCHON
HEUTE KENNEN!

www.medicnova.com

MEDICNOVA
PRIVATKLINIK LIECHTENSTEIN

Überblick III

Fremd ist der Fremde nur in der Fremde

VADUZ Begriffe wie Rassismus, Asylanten, Fremdenfeindlichkeit, aber auch Integration tauchen immer häufiger in den Medien auf. Welche Vorstellungen sich hinter diesen Begriffen befinden, wird während der LG-Sonderwoche im Projekt «Dem Fremden begegnen» analysiert.

Ein Mädchen packt hektisch ein T-Shirt in den schon überfüllten Koffer, doch sie hat immer noch nicht genügend Kleider für ihre Flucht dabei:

Die Schülerinnen der zweiten und dritten Klasse setzten sich am Dienstagvormittag mit der Flucht allgemein auseinander. Sie besprachen, welche Länder betroffen sind und lasen Flüchtlingsberichte, um einen noch besseren Eindruck zu erhalten. Man versuchte, eine Situation nachzustellen, in der Schülerinnen innerhalb von zwei Minuten einen



Auch der Alltag der Flüchtlinge wurde den Schülerinnen während der Projektwoche nähergebracht. (Foto: Martin Marxer)

Koffer packen müssen und alles, was möglich ist, mitnehmen. Ähnliche Situationen spielen sie anschließend am Computer durch.

Am Dienstagnachmittag trafen sich die Schülerinnen im Flüchtlingsheim in Vaduz. Dort erhielten sie in einem Bistro, einem ehemaligen Essraum, der nun als Deutschkursraum für die Flüchtlinge benutzt wird, ei-

ne Einführung über das Leben im Flüchtlingsheim. Man hat den Alltag eines Liechtensteiner Kindes mit dem Alltag eines Flüchtlingskindes verglichen. Es wurde vermittelt, dass ein Flüchtling mit wenig auskommen muss. Die Jugendlichen vom LG buken auch Kuchen für die Flüchtlinge, um sich in einer offenen Atmosphäre mit den Asylbewerbern über ihr damaliges und jetziges Leben zu unterhalten und

auch mehr über ihre gegenwärtige Ängste und Probleme zu erfahren. Im weiteren Verlauf der Woche besuchten die Schülerinnen noch andere Orte, wie etwa die Protekta, eine Abteilung des Heilpädagogischen Zentrums für Menschen mit Behinderung in Mauren, wo sich vermeintlich Fremde und Fremdes befindet.

Martin Marxer, Mario Corradini

Szenegrössen des Rechtsrock

Unterwasser Rund 5000 Besucher sind am Samstagabend an ein Konzert rechtsgerichteter Bands in Unterwasser SG geströmt. Der Anlass war bewilligt und die Veranstalter hielten sich an alle Auflagen. Verstösse gegen die Rassismus-Strafnorm waren der Polizei nicht bekannt. (sda)11

Liechtensteiner Volksblatt, 17. Oktober 2016, S. 11

5000 Besucher an Rechtsrock-Konzert

Unterwasser In Unterwasser ist in der Nacht auf Samstag ein Konzert rechtsgerichteter Bands durchgeführt worden

Rund 5000 Besucher sind am Samstagabend an ein Konzert rechtsgerichteter Bands in Unterwasser SG geströmt. Der Anlass war bewilligt und die Veranstalter hielten sich an alle Auflagen. Verstösse gegen die Rassismus-Strafnorm waren der Polizei nicht bekannt.

Veranstalter hatten eine Bewilligung

Der Anlass namens «Rocktoberfest» habe in der Tennis- und Eventhalle von Unterwasser stattgefunden, bestätigte Polizeisprecher Markus Rutz gestern. Ausser einigen Verkehrsbehinderungen durch den grossen Besucherstrom habe es keine Vorkommnisse gegeben.

Die Veranstalter hätten über eine Bewilligung verfügt und der Anlass sei wie vereinbart am Sonntag um 2 Uhr früh beendet worden. Die Polizei sei vor Ort, aber nicht in der Halle gewesen, erklärte Rutz. Die Veranstaltung sei vorschriftsgemäss und aus polizeilicher Sicht problemlos und friedlich über die Bühne gegangen. Bis gestern Mittag sei seiner Behörde nichts über mögliche Verstösse gegen die Rassismus-Strafnorm zu Ohren gekommen.

Szenegrössen des Rechtsrock

Die Organisation Antifa berichtete von Auftritten der Rechtsrock-Bands «Stahlgewitter», «Frontkraft», «Confident of Victory», «Exzess» und «Makss Damage» aus Deutschland sowie «Amok» aus der Schweiz. Die Konzerte wurden den Angaben zufolge seit Längerem in den sozialen Medien angekündigt und hätten ursprünglich in Süddeutschland stattfinden sollen. Die Bands gelten als Szenegrössen.

Von «Stahlgewitter» gibt es Alben mit Titeln wie «Germania über alles» oder «Auftrag deutsches Reich». Letzteres ist in Deutschland indiziert. Die Schweizer Band «Amok» wandelte den Song «Tage wie diese» der Band «Die Toten Hosen» in eine Neonazi-Hymne um und spielt Titel wie «Linke Fotze».

«Blood & Honour» als Drahtzieher

Die Organisatoren des Anlasses stammen Antifa-Informationen zufolge aus dem Umfeld der internationalen Neonazi-Organisation «Blood & Honour». Anzu-

nehmen sei, dass der wegen Drohung, Rassendiskriminierung und Waffenbesitz vorbestrafte Sänger von «Amok» unter den Organisatoren sei. Der Anlass ist gemäss Antifa mit seinen bis zu 5000 Besucherinnen und Besuchern einer der grössten Neonazi-Events in der Schweizer Geschichte. Die Besucher seien aus ganz Europa angereist. Extreme Rechte nutzten Konzerte als Vernetzungsplattformen und zur Nachwuchsrekrutierung. Zudem werde durch den Billettverkauf und den Absatz von Tonträgern viel Geld generiert.

Antifa zeigte sich erstaunt, dass der Anlass mit Einwilligung der Behörden stattfinden konnte, obwohl bei früheren Konzerten nachweislich gegen die Rassismus-Strafnorm verstossen worden sei. Auch dass so viele extreme Rechte ungehindert und teils in Reisebussen einreisen konnten, erstaunt die Organisation. Bereits 2013 hatte es in der Nähe von Unterwasser, in Ebnat-Kappel, ein Neonazi-Konzert gegeben. Damals kamen allerdings nur etwa 330 Besucher. Zuvor hatten die Behörden von Gossau ZH den Veranstaltern eine Absage erteilt. (sda)

Nach grossem Rechtsrock-Konzert: Unterwasser «völlig überrumpelt»

Nachspiel Das Rechtsrockkonzert mit rund 5000 Besuchern in Unterwasser im Toggenburg könnte Folgen haben: Die Gemeinde will mit der Staatsanwaltschaft prüfen, ob etwa durch rechtsextreme Liedtexte Strafnormen verletzt wurden.

Dies sagte der Gemeindepräsident von Wildhaus-alt St. Johann, Rolf Züllig, am Montag der Nachrichtenagentur SDA. Mit Konsequenzen müssen laut Züllig auch die Veranstalter des Grossanlasses rechnen, weil sie bei der Gemeinde mit falschen Angaben eine Bewilligung erschlitten hätten. Anzeigen wegen des Rechtsrock-Konzerts gab es bisher keine, wie Züllig und ein Sprecher der St. Galler Kantonspolizei auf Anfrage sagten. Der Gemeindepräsident zeigte sich froh, dass es nicht zu Ausschreitun-

gen gekommen sei. Er habe seit Samstag einige kritische E-Mails von Dorfbewohnern erhalten. Unterwasser sei vom Anlass «völlig überrumpelt» worden, sagte Züllig. Er selber sei am Samstag an einem Fussballmatch in Werdenberg gewesen, als er vom Grossaufmarsch in Unterwasser erfahren habe. Die Gesuchssteller hätten ein Konzert mit Schweizer Nachwuchsbands und etwa 600 bis 800 Zuschauern angekündigt. Zu hören waren dann aber deutsche Bands wie «Stahlge- witter», «Frontalkraft», «Confident of Victory» oder «Exzess», die in

der Szene prominent sind. Auch die Schweizer Gruppe «Amok» trat in Unterwasser auf.

Gut organisierte Veranstaltung

Laut dem Sprecher der St. Galler Kantonspolizei, Gian Rezzoli, war der Polizei seit Längerem bekannt, dass «im süddeutschen Raum» ein solches Konzert stattfinden sollte. Vom Treffpunkt in Ulm seien die anreisenden Besucher kurzfristig ins Toggenburg weitergeleitet worden. Man habe von einer solchen Veranstaltung gewusst und habe die Kantonspolizeien entsprechend infor-

miert, hiess es beim Nachrichtendienst des Bundes auf Anfrage der Nachrichtenagentur SDA. Die St. Galler Polizei habe den eigentlichen Veranstaltungsort erst durch die Anreise der Konzertbesucher nach Unterwasser erfahren. Die Privatautos und Cars seien aus Deutschland, den Niederlanden und anderen Ländern gekommen. Die Polizei beobachtete den Anlass, stellte aber laut Rezzoli keine Probleme fest. Alles sei «mustergültig organisiert» gewesen, von der Einweisung der Fahrzeuge bis zum Einsammeln der Abfälle am Schluss. (sda)

Auf falschem Fuss erwischt

Rechtsrock Die Kantonspolizei St. Gallen wusste, dass ein Neonazi-Event stattfinden würde – aber sie wusste nicht wo.

Janique Weder, Christoph Zweifel

Angekündigt gewesen war ein familiärer Konzertabend in der Tennishalle von Unterwasser, mit Schweizer Nachwuchsbands und 600 bis 800 Besuchern. Gekommen sind gegen 6000 Neonazis für ein Rechtsrock-Konzert.

Rolf Züllig, Gemeindepräsident von Wildhaus-Alt St. Johann, beteuert, vom Inhalt der Veranstaltung nichts gewusst zu haben. Die Gemeinde sei überumpelt worden. Anders dürfte es bei der Kantonspolizei St. Gallen ausgesehen haben. Wie Recherchen ergeben haben, hatte die Polizei im Vorfeld Informationen vom Nachrichtendienst des Bundes (NDB) erhalten. «Der NDB und die Kantonspolizei St. Gallen wussten, dass ein Rechtsrock-Konzert im süddeutschen Raum geplant war», sagt Gian Andrea Rezzoli, Mediensprecher der Kantonspolizei. Ein Flyer, der für das Konzert warb, hatte «Süddeutschland» als Veranstaltungsort angegeben. Aus Erfahrung habe man auch gewusst, dass der effektive Austragungsort bei solchen rechtsradikalen Veranstaltungen oft von dem angegebenen abweiche, sagt Rezzoli. Dennoch: «Wir haben bei unseren Ermittlungen nicht herausfinden können, ob das Konzert in der Schweiz stattfindet oder nicht.» Erst am Samstagmittag, gegen 15 Uhr, hat die Polizei durch die Anreise der Konzertbesucher nach Unterwasser vom eigentlichen Veranstaltungsort erfahren. Daraufhin habe man mit Gemeindepräsident Züllig Kontakt aufgenommen und sich erkundigt, ob eine Bewilligung vorliege. Dies war der Fall.

Überschreiten der Grenze war nicht illegal

Offen ist, wie busweise Neonazi-Anhänger mir nichts, dir nichts die Staatsgrenze überqueren konnten, ohne dass irgendwo eine Alarmpolizei geschallt hat. Auf Anfrage wollen weder das Polizei-Präsidium Konstanz noch die Bundespolizeidirektion Stuttgart vom Neonazi-Treffen gewusst haben. «Das läuft alles über konspirative Kreise in den Sozialen Medien ab», sagt Fritz Bezikofer,



Gegen 6000 Neonazis kamen am Wochenende in Unterwasser zu einem Rechtsrock-Konzert.

Bild: AP (Jena, 18. August 2007)

Pressesprecher der Polizeidirektion Konstanz. «Solche Treffen gibt es jedes Jahr mehrere im südlichen Teil von Baden-Württemberg.» Auch Steffen Zaiser, Pressesprecher der Bundespolizei-Direktion Stuttgart, hat vom Toggenburger Treffen auf Anfrage «nichts gehört, geschweige schon vorher davon gewusst». Lügen Verstösse gegen deutsches Strafrecht vor, etwa das Singen von rechtsnationalen Parolen, «würden wir einschreiten». David Marquis, Mediensprecher der Eidgenössischen Zollverwaltung, präzisiert: «Illegal wird das Überschreiten der Grenze erst, wenn jemand bereits zur Fahndung ausgeschrieben ist», oder verbotene Gegenstände wie gewisse Flyer, Bücher, Ton- oder Filmaufnahmen mit sich führe – einmal abgesehen von Waffen, Sprays oder Schlagringen. «Nur auf die Vermutung hin, dass jemand an einem Konzert einen Hitlergruss machen könnte, können wir niemanden an der Grenze verhaften», sagt Marquis. Ins gleiche Horn stösst Mediensprecher Rez-

zoli: Die Grenzschranken seien informiert gewesen und hätten durchaus Kontrollen durchgeführt, sagt er. Ohne Gesetzesverstoss könne jedoch niemand an der Einreise in die Schweiz gehindert werden.

Gemeinde prüft rechtliche Schritte

Der Neonazi-Auflauf in Unterwasser soll der grösste derartige Anlass gewesen sein, der in der Schweiz je stattgefunden hat. Dementsprechend gefragt war Gemeindepräsident Rolf Züllig in den vergangenen zwei Tagen: «Mein Telefon läutet ununterbrochen», sagte er gestern auf Anfrage. Von überall her erreichten ihn Anfragen, auch deutsche Medienhäuser interessierten sich plötzlich für das beschauliche Toggenburg.

«Im Nachhinein kann man wohl sagen, dass wir etwas naiv gehandelt haben.» Züllig betont aber auch, dass in seiner Gemeinde stets viele Veranstaltungen stattfinden. «Ich gehe also nicht automatisch davon aus, dass bei

einem Event eine rechtsextreme Organisation dahinterstecken könnte.» Dass das Toggenburg nun mit Neonazis in Verbindung gebracht werde, sei äusserst unangenehm, sagt Züllig weiter. «Man tut der Region Unrecht, wenn man sie als Nährboden für Rechtsextremismus darstellt.» Wieso ausgerechnet Unterwasser als Veranstaltungsort ausgesucht worden sei, könne er nicht sagen. Pikant: Bereits vor drei Jahren hatten sich in der Region, damals in Ebnat-Kappel, Neonazis zu einem Gedenktag getroffen.

Derzeit prüft die Gemeinde Wildhaus-Alt St. Johann rechtliche Schritte gegen den Veranstalter. «Schliesslich haben wir die Bewilligung nur aufgrund falscher Angaben erteilt.» Als rechtliche Basis diene aber nur das Gastwirtschaftsgesetz, und zwar mit beschränkten Sanktionen. «Es gibt höchstens ein paar Hundert Franken Busse», sagt Züllig. Weiter sei die Gemeinde im Gespräch mit der St. Galler Staatsanwaltschaft. Gegenstand der Untersuchungen seien die Lie-

derinhalte der aufgetretenen Bands, die Namen tragen wie Stahlgewitter, Frontalkraft oder Amok. In Deutschland sind die Texte verboten. «Wie das in der Schweiz ist, weiss ich nicht», sagt Züllig. Die Rechtslage werde darum geprüft.

Wenn es sich eindeutig um einen Anlass von und mit Neonazis gehandelt hat, bleibt die Frage: Warum wurde die Veranstaltung nicht abgebrochen? «Es waren 6000 Besucher vor Ort. So einfach wäre das nicht gewesen», sagt Züllig. Das nötige Dispositiv hätte so schnell nicht erstellt werden können. Ausserdem, mutmasszt Züllig, hätte eine hohe Präsenz von Polizisten in der Tennishalle wohl negative Auswirkungen gehabt.

Auch bei der Kantonspolizei St. Gallen heisst es: «Ein Abbruch des Konzerts ist nie zur Diskussion gestanden.» Der Abend sei problemlos verlaufen, sagt Mediensprecher Rezzoli. Über die Gesinnung der Besucher will die Polizei nach wie vor keine konkreten Angaben machen.

ODIHR-Direktor Michael Georg Link in Liechtenstein

Besuch Michael Georg Link, Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), weilte am 19. Oktober auf Einladung von Regierungsrätin Aurelia Frick in Liechtenstein und informierte sich über die Menschenrechtssituation. Im Arbeitsgespräch mit Regierungsrätin Aurelia Frick wurden insbesondere das liechtensteinische Engagement im Menschenrechtsbereich und die Zusammenarbeit mit dem ODIHR thematisiert. Direktor Link wurde während seines Besuches zudem von Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein empfangen. Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts, und Peter Sele, Leiter der Regierun-



Michael Georg Link, Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), wurde durch Regierungsrätin Aurelia Frick begrüßt.

kanzlei, informierten Direktor Link über die demokratischen Institutionen Liechtensteins und den Ablauf der Landtagswahlen 2017.

Das ODIHR überprüft unter anderem Wahlen in den Mitgliedsstaaten der OSZE und unterstützt OSZE-Mitgliedsstaaten bei der Ausarbeitung neuer Gesetzgebungen. Liechtenstein unterstützt die Arbeit des ODIHR seit vielen Jahren auf politischer Ebene sowie mit finanziellen Beiträgen für Projekte. Derzeit unterstützt Liechtenstein zwei Projekte des ODIHR, eines im Bereich Menschenrechte und Terrorismus und eines zur Stärkung der demokratischen Gesetzgebung. (ikr)

Liechtensteiner Vaterland, 31. Oktober 2016, S. 2

Kolumne «Für immer die Alpen» *Über das Nachdenken*

Das Gute an Leserbriefen – oder das Schlechte, das sei den Betrachterinnen und Betrachtern überlassen – ist, dass die wirklich aussergewöhnlichen ihrer Gattung bis tief ins Ausland vordringen. So las ich vor wenigen Tagen in der Facebook-Gruppe «Stammtisch Liechtenstein» von zwei sehr erstaunlichen Schreiben, die innerhalb der letzten Woche in den Landeszeitungen erschienen waren. Unter den Titeln «Einfach zum Nachdenken» und «Nur noch einmal zum Nachdenken» vertrat der Autor der Briefe, der sich als Anhänger einer grossen Weltreligion zu erkennen gab, die Ansicht, dass Liechtenstein der Zerfall drohe, wenn Homosexuelle sich aktiv an der Politik beteiligten. «Lassen wir diese Personen leben», schrieb der Weltreligiöse, «aber fördern, das müsste nicht gerade sein». Was genau sein Problem mit Homosexualität ist, habe ich nicht ganz verstanden. Es schien etwas mit der Weltreligion, der er anhing, zu tun zu haben. Familien zerbrechen, wenn eine Frau eine Frau

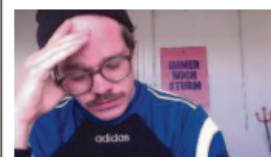
oder ein Mann einen Mann liebt, und wenn die Familien dann zerbrochen seien, kämen die Ausländer und übernahmen die Macht im Staat, weil Ausländer «sehr kinderfreundlich» seien. So irgendwie. Aber diese Zeilen, dachte ich dann, waren ja auch nicht zum Verstehen, sondern einfach zum Nachdenken gemacht, das sagten ja schon die Titel. Also brachte ich mich in Denksposition.

Ich stützte den Ellbogen an der Schreibtischplatte ab und legte den Kopf in meine flache Hand. Sofort spürte ich, wie die Gedanken in meinem Kopf zu zirkulieren begannen. «Homosexualität», dachte ich, «Ausländer», «Familie», «Weltreligion». Ich dachte so hart und angestrengt nach, wie Albert Einstein nachgedacht haben musste, bevor er auf die Relativitätstheorie stiess. Meine Schläfen pochten, wie diejenigen Mozarts gepocht haben mussten, als er die Zauberflöte komponierte, oder diejenigen eines Menschen, der ein sehr schweres Sudoku löst. Das Uni-

versum zog durch meinen Kopf, alle Zeit ging vergessen, ich geriet in eine heilige Trance. Und plötzlich war da ein Licht. Und ich hörte eine Stimme zu mir sprechen. Eine Stimme, die nicht männlich war und nicht weiblich, nicht tierisch, nicht menschlich und nicht mechanisch. Und da dämmerte mir, dass ich vor lauter Denken mit dem Göttlichen in Verbindung getreten war.

Das trifft sich ausgezeichnet, dachte ich, und ich fragte das Göttliche, ob es wahr sei, dass Homosexualität die Gemeinschaft gefährde, wie der Weltreligiöse es in seinem Leserbrief beschrieben hatte. «Was für ein unfassbarer Blödsinn!», rief die körperlose Stimme aggressiv in meine Richtung: «Vor zweitausend Jahren ist Jesus Christus für euch am Kreuz gestorben und ihr habt noch immer gar nichts kapiert! Lest doch einfach die heilige Schrift: Liebe deine Nächsten wie dich selbst, steht da zum Beispiel!» Ich schämte mich ab der dummen Frage, die ich gestellt hatte. Ich schämte mich so stark,

dass die Peinlichkeits-Hitze, die ich in meinen Kopf aufsteigen spürte, mich zurück in die Realität kehren liess, wo ich noch immer mit abgestütztem Kopf am Schreibtisch sass. Da erkannte ich den Irrtum, dem ich aufgesessen war. Die Frage, die ich hätte stellen sollen, lautete nicht, ob Homosexualität irgendwas oder irgendwen gefährdet, sondern viel mehr, wie mit Extremismus, Hass und Fanatismus, wie der Weltreligiöse ihn in seinen Schreiben zur Schau stellt, umzugehen ist. Wie tritt man im Jahr 2016 so viel blindwütigem Hass und Menschenverachtung gegenüber?, fragte ich mich, brachte mich zurück in die Denksposition und spürte, wie meine Schläfen erneut zu pochten begannen.



Beni Quaderer
benjamin.quaderer@gmail.com

Historisches Lexikon

Präsentation im Balzner Saal

BALZER Am kommenden Sonntag um 10 Uhr wird im Gemeindefa-
hler das Historische Lexikon prä-
sentiert. Damit findet ein Projekt
seinen Abschluss, an dem über 190
Autoren, zahlreiche Berater, ein wis-
senschaftlicher Beirat sowie eine en-
gagierte Redaktion mitgearbeitet ha-
ben. Alle Interessierten sind zur
Buchpräsentation eingeladen. Das
Historische Lexikon des Fürsten-
tums Liechtenstein in zwei Bänden
umfasst das geschichtliche Wissen
über das Land und seine Menschen
von den Anfängen bis zur Gegen-
wart. Rund 2600 Artikel sind eine
Fundgrube mit Informationen über
Familien und Einzelpersonen, Dyna-
astien und Persönlichkeiten der
Landesherrschaften, Gemeinden
und andere Ortslichkeiten. Zahlrei-
che Sachartikel befassen sich mit
Themen aus Gesellschaft, Wirt-
schaft, Kultur, Kirche und Staat.
Auch die geschichtlichen Beziehun-
gen des Landes über die Staatsgren-
zen hinweg sind berücksichtigt. 510



Regelmissig verteilt die EA in Liechtenstein Flugblätter, am 5. Januar veranstaltete sie einen Vortragsabend über Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess. (Foto: V8)

EA Liechtenstein: Rechtsextremer Vortrag über Hitler-Stellvertreter

Treffen Die «Europäische Aktion» (EA) ist weiterhin im Land aktiv, auch nachdem ihr Landesleiter seinen Rücktritt angekündigt hatte. Am ersten Januarsamstag besuchten rund fünfzig Personen einen Vortrag über Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess.

VON HANS STUTZ

...ung in Europa errichten zu kön- ... den Beweis für den Mord er- ... verteilten die Rechtsextremen wie- ... der Flugblätter, 15 000 Stück sollen

Die rechtsextreme
«Europäische Aktion»
hat vor einigen Jah-
ren in Liechtenstein
für Aufsehen gesorgt.
Mittlerweile sei die
Gruppierung hier-
zulande kaum noch
wahrnehmbar, erklärt
Kripo-Chef Andreas
Schädler. (Foto: V8)

Rechtsextremismus: «Null-Toleranz-Ansatz zeigt Wirkung»

Untergrund Nach dem
Rechtsrock-Konzert in Un-
terwasser (SG) gingen in der
Schweiz medial die Wogen
hoch. 6000 Naziskins hat-
ten sich dort Mitte Oktober
getroffen. Ob auch Liechten-
steiner vor Ort waren, darü-
ber kann Kripo-Chef Andreas
Schädler keine Angaben
machen.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Die rechtsradikale Szene in Deutschland wächst, wie eine im Juni veröffentlichte Studie zeigt. Wie schätzt die Polizei die Szene in Liechtenstein ein?

Andreas Schädler: Seit mehr als fünf Jahren sind in Liechtenstein weder grössere Gewaltverfälle noch strafrechtlich relevante Ereignisse mit rechtsextremem Hintergrund zu verzeichnen. Die Gründe hierfür liegen einerseits in einem verstärkten Selbstverständnis als politische Gruppierung und andererseits in dem Null-Toleranz-Ansatz, den Justiz und Polizei in Bezug auf ideologisch motivierte Vorfälle verfolgen. In Liechtenstein gibt es nach wie vor eine Gruppe von Personen, die der rechten Szene zuzu-

ordnen sind, insbesondere im Zusammenhang mit der «Europäischen Aktion». Es gibt keinerlei Anzeichen einer wachsenden rechten Szene.

Wie steht es mit der Europäischen Aktion Liechtenstein? Ist diese Gruppierung noch aktiv?

Die «Europäische Aktion» in Liechtenstein ist praktisch kaum mehr wahrnehmbar, zumal sich die Aktivitäten dieser Gruppierung ins Ausland verlagert haben. Die «Europäische Aktion» wird als rechtsextreme Organisation eingeordnet, die stark ideologisiert und international vernetzt ist. Daher bedarf diese Gruppierung weiterhin einer verstärkten Aufmerksamkeit seitens der Landespolizei.

Wäre es denkbar, dass ein solches Konzert auch in Liechtenstein stattfinden könnte? Wie ist hier die Gesetzeslage?

Öffentliche Veranstaltungen (u. a. Konzerte) bedürfen zur Durchführung einer Bewilligung der Regierungskanzlei. Die Einwilligung der zuständigen Gemeinde ist Voraussetzung und muss dem Antrag an die Regierungskanzlei beiliegen. Da Gewaltverfälle meist im Kontext von öffentlichen Veranstaltungen auftreten, initiierte die Gewaltschutzkommission ein Projekt zur Vermeidung von Gewaltverfällen. Denn das aktive Vereins- und Gemeinschaftsle-



«Es gibt in Liechtenstein keinerlei Anzeichen einer wachsenden rechten Szene.»

ANDREAS SCHÄDLER
KRIPU-CHEF LANDESPOLIZEI

ben in den Gemeinden soll nicht durch Negativschlagzeilen im Zusammenhang mit Veranstaltungen gefährdet werden. Das Ergebnis war ein Handbuch, das inzwischen für alle Veranstalter in Liechtenstein als Grundlage für die Organisation von öffentlichen Anlässen dient und für die Antragsstellung an die Gemeinden zur Nutzung öffentlicher Räume und Plätze verbindlich ist. Die Landespolizei wird im Vorfeld über solche Veranstaltungen informiert und diese kann im Bedarfsfall entsprechende Massnahmen einleiten.

Der Landespolizei ist nicht bekannt, dass Konzerte oder Veranstaltungen im öffentlichen wie im privaten Bereich mit rechtsradikalem Hintergrund in Liechtenstein stattgefunden haben.

Ist es hierzulande verboten, Rechtsrock zu hören?

Strafbar nach § 283 StGB ist, wer Tonaufnahmen zum Zwecke der Weiterverbreitung herstellt, einführt, lagert oder in Verkehr bringt sowie solche Tonaufnahmen öffentlich anpreist, ausstellt, anbietet oder zeigt. Lediglich das Hören solcher Musik im «privaten» Bereich ist nicht strafbar.

Wie sollen Eltern oder Freunde reagieren, wenn man feststellt, dass jemand in diese Szene abzudriften droht?

Da jeder Fall einzeln zu beurteilen ist, gibt es nicht einfach die richtige Antwort. Wichtig ist es aber immer, dass die Beziehung zu der betroffenen Person weiterhin aktiv gepflegt wird und keine Vorverurteilung geschieht. Betroffene Personen sollten sich im Zweifelsfall beraten lassen und können sich im Bereich der Schule an die Schulsozialarbeit, andere an die Fachgruppe Extremismus wenden.

Kontakt zu Fachstellen: www.gewaltschutz.li

Wertvoller Gedankenaustausch mit Bundesrat Parmelin

Bern Im Rahmen seines Besuchs in Bern traf Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer zu einem Arbeitsgespräch mit Bundesrat Guy Parmelin, Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, zusammen.

Das Arbeitsgespräch mit Bundesrat Parmelin umfasste insbesondere die generell gut funktionierende Zusammenarbeit der beiden Länder im Bereich des Bevölkerungsschutzes und die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen. Zentrale Gesprächsthemen bildeten die Gefahren durch den Terrorismus, die Bedro-

hungslage in der Schweiz sowie die Gefahren durch Cyberattacken. Ein Gedankenaustausch fand auch zum Thema der Flüchtlingskrise statt. Bundesrat Parmelin informierte über die Herausforderungen der Flüchtlingskrise für die Schweiz.

Auswirkungen der MEI diskutiert

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer konnte seinerseits Bundesrat Guy Parmelin die liechtensteinische Sicht auf die möglichen Auswirkungen der Umsetzung der Schweizer Masseneinwanderungsinitiative nä-

herbringen und auf die unterschiedliche Situation der Region Rheintal z.B. gegenüber dem Tessin oder der Region Genf hinweisen. «Bundesrat Guy Parmelin war sehr interessiert an der Situation der Rheintalregion in Bezug auf die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, und ich hatte die Gelegenheit, ihm die liechtensteinischen Überlegungen näher vorzustellen. Ich habe den wertvollen Gedankenaustausch zu verschiedenen aktuellen Themen mit Bundesrat Parmelin sehr geschätzt», sagte Zwiefelhofer abschliessend. *(ikr)*

Wir sind Rechtspopulisten!

Eine menschenverachtende Fleissarbeit besicherten uns nun der Abgeordnete Lageder und der Möchtegernregierungsrat Doktor Ecki Hermann zum Thema Rechtspopulismus. In einer ellenlangen Liste zählen sie im Teil eins – Teil zwei fehlt noch – penibel auf, wer und was alles rechtsradikal und populistisch ist. Ist einer laut – ist er Rechtspopulist. Beschimpft einer den andern – ist er natürlich Rechtspopulist. Ist einer von Emotionen getrieben – sowieso Rechtspopulist. Beleidigt einer den andern – auch Rechtspopulist. Übertreibt einer – ist er ein Rechtspopulist. Malt einer die Welt schwarz – ein Rechtspopulist. Bedient sich jemand einer scharfen Rhetorik – ein stereotyper Rechtspopulist. Kritisiert einer internationale Organisationen – ist er ein gefährlicher Rechtspopulist. Zieht einer den Gegner in den Dreck – ist er dreckiger Rechtspopulist.

Und so weiter und so fort. In einer endlosen Aufzählung, für deren perfid minutiöse Erstellung Lageder und Hermann keine Mühe scheuten. Nach der Ansicht von Doktor Hermann und Nichtdoktor Lageder ist somit praktisch jeder mit solchen Eigenschaften ein Rechtspopulist. Zumindest jeder, für welchen sie einen Stern parat haben, den sie ihm an den Ärmel nähen könnten, falls er durch

ihre Ordnungsdoktrin fällt. Da kann man sich leicht ausmalen, was uns passiert, wenn solch linke Populisten an der Macht im Landtags- oder gar Regierungsgebäude ein und aus marschieren. Im Schutze des linksradikalen Saubermannengewandes werden sie jede Gelegenheit nutzen, Andersdenkende an ihren Pranger zu stellen. Flächendeckend und prophylaktisch unterstellen sie unisono allen Menschen, Rechtes Gedankengut in sich zu haben, und warten genüsslich darauf, bis einer in die Falle tappt, wo diese linken Denunzianten schon gierig warten. Braucht einer nur etwas laut etwas über Ausländer zu sagen, ist er bereits überführt. Kennt Europa dieses Spiel nicht sehr gut aus der jüngeren unrühmlichen Geschichte?

Was sich Lageder und Hermann im Namen der linken und sozialen Gerechtigkeit herausnehmen, ist allerhand. Wohl nach dem Motto «Verdachtsmomente sind genug da, es landet für alli».

Jo Schädler
Eschnerstrasse 64, Barenden

Aurelia Frick am Ministertreffen

Austausch Das 23. Ministertreffen der 57 Teilnehmerstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) fand auf Einladung des deutschen Aussenministers Frank-Walter Steinmeier in Hamburg statt.

Über 50 Aussenminister folgten der Einladung nach Hamburg und sendeten damit ein wichtiges Zeichen der Unterstützung für die OSZE, die sich wachsenden geopolitischen Spannungen und schwierigen sicherheitspolitischen Herausforderungen durch Konflikte und die Gefahr terroristischer Anschläge gegenüber sieht.

Aussenministerin Frick betonte in ihrer Rede, dass alle zur Verfügung stehenden Instrumente der OSZE genutzt werden müssen, um Stabilität zu schaffen und zu einem echten Dialog zu Sicherheitsfragen zurückzufinden. Sie stellte sich klar gegen die Aushöhlung der Menschenrechte und des Rechtsstaats durch unverhältnismässige Sicherheitsmassnahmen, die eine Gefahr für den sozialen Frieden darstellen. Zudem warnte sie vor einer Verrohung des politischen Diskurses durch Hassreden und das Schüren von Intoleranz und Vorurteilen. «Ge-

rade wir Politiker haben die Verantwortung, uns gegen solche Entwicklung zu stellen und zu einem sachlichen und integrierenden Diskurs in Zeiten grosser Herausforderung beizutragen», so die Aussenministerin.

Gefahr durch Terrorismus im Zentrum der Debatte

Im Rahmen des Ministerrats kam es zu bilateralen Treffen mit den Aussenministern aus Deutschland, Italien, Norwegen, Belgien, Portugal, Moldawien, Bulgarien, Irland und Finnland. Dabei wurden bilaterale Agenden, aktuelle Entwicklungen in Europa, Finanzplatzthemen sowie die Unterstützung für den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) diskutiert.

Im Zentrum der Debatte in Hamburg standen die Gefahr durch Terrorismus, der andauernde Konflikt in der Ukraine sowie die Initiative von Aussenminister Steinmeier, die OSZE-Bemühungen zur Abrüstung zu stärken. Viele Fragen in der OSZE-Agenda finden derzeit keinen



Aussenministerin Aurelia Frick und ihr deutscher Amtskollege Frank-Walter Steinmeier.

Bild: ikr

mühungen zur Abrüstung zu stärken. Viele Fragen in der OSZE-Agenda finden derzeit keinen

Konsens. Dennoch geht von Hamburg ein wichtiges Signal aus, dass sich die OSZE-Staaten

der aktuellen Gefahren für die europäische Sicherheit bewusst sind. (ikr)

Werteverschiebung

Beim Wort Respekt schwingen alte Tugenden mit. Ein Begriff, der in unserer Zeit ein müdes Lächeln erntet. «Respektspersonen» waren in meiner Kindheit die Eltern, Pfarrer, Lehrer und Ärzte. Respekt ist ein bisschen mehr als Anerkennung, denn dabei schwingt mit, dass ich bestätige, dass der andere etwas besonders gut kann oder seine Meinung mutig vertritt. Wertschätzung könnte man als Steigerung betrachten. Wir bringen dem Gegenüber Anerkennung und Respekt entgegen, würdigen seine Leistung. Wir verleihen dieser Person Würde und Ehre.

In der heutigen Zeit verlieren sich diese Begriffe immer mehr oder finden sich allenfalls im «Berufsprestige» wieder. Da findet man den Arztberuf im Ranking an erster Stelle. Unser Land scheint demzufolge seit Jahren im Ausnahmezustand? Respektlosigkeit ist wie ein schleichendes Gift. Sie hat sich in unserer Gesellschaft festgesetzt. Sie nagt an Autoritäten, die für ein funktionierendes Miteinander stehen. Sie beginnt im Kleinen und kann in Gewalt enden und beginnt schon bei Kindern. Erschreckend, wie die Zahl der verbalen und körperlichen Attacken gestiegen ist. Die sozialen Netzwerke sind voller Rassismus und Gewaltvideos. Da dies längst «Alltag» ist, verändert es auch die Gesellschaft und ihr Wertesystem.

In unserem Land ist eine «Neid-, Du- und Kumpaneigesellschaft» gewachsen, die offenbar für Würde, Anstand und

Ehre immer weniger Platz vorzieht. Eine materiell eingefärbte Öffentlichkeit, die durch Banken, Treuhand, Bodenpreise und das Finanzsystem schnell reich wurde. Vom Sein zum Haben erzeugt Konkurrenz, Aggressivität, Kälte, Respektlosigkeit und Neid. Der Arztberuf bedingt das längste, jahrzehntelange Studium, emotionale Intelligenz, Allgemeinbildung und höchste Fachkompetenz sowie Verantwortung. Das höchste Gut des Menschen, das Leben, kann buchstäblich in seiner Hand liegen. Das Bewusstsein dafür bekommt jeder spätestens dann, wenn es ihn selbst betrifft. So gesehen gebührt diesem Berufsstand auch heute Würde und Ehre. Es sind dies weder leere Worthülsen noch antiquierte Begriffe. Sie sind im Gegenteil immer bedeutender, wenn teilweise die Politik und einige Einwohner diese Begriffe meinen, aus ihrem Wortschatz und Wertesystem streichen zu müssen. Es ist bedenklich und ein Armutszeichen für das Land, wenn diese ursprüngliche Wertschätzung für den Berufsstand «Arzt» öffentlich «eingefordert» werden muss.

**Ruth Schöb,
Auring 57, Vaduz**

Aus der Region

Rechtsrockkonzert: Keine Untersuchung

UNTERWASSER In der Nacht vom 15./16. Oktober 2016 wurde in der Tennishalle in Unterwasser ein Konzert für Rechtsradikale durchgeführt. Die Stiftung GRA gegen Rassismus und Antisemitismus erstattete daher am 18. Oktober 2016 Anzeige wegen des Verdachts der Rassen diskriminierung gegen Unbekannt. In der Anzeige und den eingereichten Akten sowie in den von der Kantonspolizei St. Gallen eingereichten Wahrnehmungsberichten fänden sich laut Staatsanwaltschaft St. Gallen jedoch keine Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten der unbekannten Täterschaft. Auch aus dem in den Medien kursierenden Bildmaterial ergebe sich kein hinreichender Tatverdacht, dass die Rassismus-Strafnorm verletzt wurde. «Der teilweise auf diesen Bildern zu sehende «Hitlergruss» beziehungsweise die zu hörenden «Sieg Heil»-Rufe fallen nicht unter die Strafnorm», so die Staatsanwaltschaft. Nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung fehle bei der Verwendung des Grusses unter Gesinnungsgenossen das tatbestandsmässige Erfordernis der werbenden Beeinflussung und damit des «Verbreitens». Die Staatsanwaltschaft des Kantons St. Gallen eröffne deshalb keine Strafuntersuchung in Zusammenhang mit dem Rechtsrockkonzert in Unterwasser und die Strafanzeige der Stiftung GRA gegen Rassismus und Antisemitismus wird folglich nicht anhand genommen. Die Verfügung ist noch nicht rechtskräftig. (red/pd)

Respekt und Wertverschiebung

Beim Wort Respekt schwingen alte Tugenden mit. (Ein Begriff, der in unserer Zeit ein müdes Lächeln erntet). «Respektspersonen» waren in meiner Kindheit die Eltern, Pfarrer, Lehrer und Ärzte. Respekt ist ein bisschen mehr als Anerkennung, denn dabei schwingt mit, dass ich bestätige, dass der andere etwas besonders gut kann oder seine Meinung mutig vertritt. Wertschätzung könnte man als Steigerung betrachten. Wir bringen dem Gegenüber Anerkennung und Respekt entgegen, würdigen seine Leistung. Wir verleihen dieser Person Würde und Ehre. In der heutigen Zeit verlieren sich diese Begriffe immer mehr oder finden sich allenfalls im «Berufsprestige» wieder. Da findet man den Arztberuf im Ranking an erster Stelle. Unser Land scheint demzufolge seit Jahren im Ausnahmezustand? Respektlosigkeit ist wie ein schleichendes Gift. Sie hat sich in unserer Gesellschaft festgesetzt. Sie nagt an Autoritäten, die für ein funktionierendes Miteinander stehen. Sie beginnt im Kleinen und kann in Gewalt enden und beginnt schon bei Kindern. Erschreckend, wie die Zahl der verbalen und körperlichen Attacken gestiegen ist. Die sozialen Netzwerke sind voller Rassismus und Gewaltvideos. Da dies längst «Alltag» ist, verändert es auch die Gesellschaft und ihr Wertesystem. In unserem Land ist eine «Neid-, Du- und Kumpaneigesellschaft» gewachsen, die offenbar für Würde, Anstand und Ehre immer weniger Platz vorsieht. Eine materiell eingefärbte Öffentlichkeit, die durch Banken, Treuhand, Bodenpreise und das Finanzsystem schnell reich wurde. Vom Sein zum Haben erzeugt Konkurrenz, Aggressivität, Kälte, Respektlosigkeit und Neid. Der Arztberuf bedingt das längste, jahrzehntelange Studium, emotionale Intelligenz, Allgemeinbildung und höchste Fachkompetenz sowie Verantwor-

tung. Das höchste Gut des Menschen, das Leben, kann buchstäblich in seiner Hand liegen. Das Bewusstsein dafür bekommt jeder spätestens dann, wenn es ihn selbst betrifft. So gesehen gebührt diesem Berufsstand auch heute Würde und Ehre. Es sind dies weder leere Worthülsen noch antiquierte Begriffe. Sie sind im Gegenteil immer bedeutender, wenn teilweise die Politik und einige Einwohner diese Begriffe meinen, aus ihrem Wortschatz und Wertesystem streichen zu müssen. Es ist bedenklich und ein Armutszeichen für das Land, wenn diese ursprüngliche Wertschätzung für den Berufsstand «Arzt» öffentlich «eingefordert» werden muss.

Ruth Schöb,
Auring 57, Vaduz



Jules Hoch
Polizeichef

«Ich wünsche mir, dass sich die politisch Verantwortlichen in Europa zusammenraufen und sich auf eine gemeinsame Strategie gegen die Sicherheitsprobleme Migration und Terrorismus verständigen.»

Terrorgefahr: Polizisten mit Geheimauftrag

Staatsschutz Der Nachrichtendienst im Kanton St. Gallen wurde wegen der Terrorgefahr verstärkt. Ob er auch Rechtsextreme überwacht, ist allerdings offen.

Die rechtsextremen Veranstaltungen vom vergangenen Oktober in Unterwasser (Konzertabend deutscher Neonazis) und in Kaltbrunn (Pnos-Gründungen) haben neben vielen kritischen Fragen zum Vorgehen der Kantonspolizei wieder einmal die Frage nach dem Staatsschutz im Kanton St. Gallen aufgeworfen. Immerhin war es der Nachrichtendienst des Bundes (NDB), der die Kantone im Vorfeld gewarnt hatte, dass das für den süddeutschen Raum angekündigte Konzert am 15. Oktober auch in der Schweiz stattfinden könne. Auf den Antrag einer Einreisesperre für die Neonazi-Bands verzichtete der NDB allerdings, weil die «aktuellen Gewaltbezüge fehlten», wie er verlauten liess. Rechtliche Hürden, die etwa der St. Galler CVP-Nationalrat Jakob Büchler als «zu hoch» befand und deshalb eine Interpellation zum Thema ankündigte.

Um den Nachrichtendienst auf Bundes- und Kantonsebene geht es teilweise auch bei den häufigen Interpellationen zweier Fraktionen im St. Galler Kantonsparlament: Die CVP-GLP will von

der Regierung unter anderem wissen, ob «links- und rechtsradikale Kreise auch im Kanton St. Gallen unter Beobachtung stehen» und deren Aktivitäten den Behörden bekannt seien. Und SP-Grüne fragen nach dem Ausmass der Aktivitäten «von Organisationen oder Einzelpersonen, welche die Rassismustrafnorm mit sogenannten privaten Anlässen zu umgehen suchen».

Nachrichtendienst hält seine Tätigkeit geheim

Hätten die Polizisten des Nachrichtendienstes in Bern oder in St. Gallen mehr tun sollen und beispielsweise Einreisesperren für die rechtsextremen Bands verordnen sollen? Die Frage bleibt strittig, zumal der Nachrichtendienst seit den beiden Fichen-skandalen von 1989 und 2010 und der diskreditierten früheren «politischen Polizei» ausdrücklich nur «gewalttätigen Extremismus» überwachen darf. So heisst es im massgeblichen Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit (BWIS), dass die Sicherheitsorga-

ne des Bundes und der Kantone Informationen über politische Betätigung lediglich dann bearbeiten dürften, «wenn der begründete Verdacht besteht, dass eine Organisation oder ihr angehörige Personen die Ausübung der politischen Rechte oder der Grundrechte als Vorwand nehmen, um terroristische, gewalttätig-extremistische oder verbotene nachrichtendienstliche Tätigkeiten vorzubereiten oder durchzuführen». Sinn gemäss ist diese Eingrenzung auch im kürzlich angenommenen neuen Nachrichtendienstgesetz enthalten.

Dass die Behörden das Neonazi-Konzert im Toggengut mit über 5000 vorwiegend deutschen Besuchern nicht verhindern, löste in der Öffentlichkeit Empörung aus. Was hätte aus Sicht des Nachrichtendienstes polizeilich anders laufen müssen? NDB-Sprecherin Carolina Bohren nimmt dazu keine Stellung: «Es ist nicht Sache des NDB, sich politisch zu äussern.» Ebenso knapp ist ihre Standardantwort auf die Fragen, ob der Nachrichtendienst Rechtsextreme über-

wache und ob der Staatsschutz hierfür sogenannte Spotter (Szene-Kenner) einsetze, wie es die Sicherheitspolizei im Umfeld gewalttätiger Sportfans tut: «Der NDB kann sich nicht zu seinen operativen Tätigkeiten äussern.»

Bekannt ist hingegen, dass der Nachrichtendienst seine Stellen in den Kantonen verstärkt hat: Aufgrund der Terrorbekämpfung beschloss der Bundesrat 2015 – neben zusätzlichen Stellen in Bern – zweimal zwei weitere Millionen Franken für die Kantone. Diese zusätzlichen Stellen im NDB und auf kantonaler Stufe sind auf drei Jahre bis Ende 2018 befristet, dürfen angesichts der Weltlage jedoch verlängert werden. Die 12,4 Millionen Franken für die kantonalen Nachrichtendienste entsprechen – gemäss der festgelegten Entschädigung von 100 000 Franken durch den Bund – 124 Vollzeitstellen. Laut der NDB-Medienstelle ist es «Sache der Kantone, zu entscheiden, auf wie viele Personen sie diese Stellenprozentage aufteilen wollen». Mehr Mittel erhalten vor allem die Kantone Zürich (plus

650 000 Franken) und Genf (500 000 Franken), die nun auf 1,9 Millionen respektive 1,7 Millionen Franken kommen.

St. Galler Staatsschutz auf knapp fünf Stellen ausgebaut

Dem Nachrichtendienst in St. Gallen stehen 480 000 Franken oder 4,8 Vollzeitstellen zur Verfügung, das sind 200 000 Franken mehr als 2014. Damit liegt der Kanton gesamtschweizerisch auf der 9. Position, hinter Freiburg und vor dem Wallis. Offensichtlich bestand in der Ostschweiz nur bei St. Gallen Nachholbedarf: Die Kantone Thurgau (160 000 Franken), Appenzell Aussers Rhodes (90 000 Franken) und Appenzell Inner Rhodes (90 000 Franken) erhalten unverändert gleich viele Mittel wie noch vor zwei Jahren. In Inner Rhodes wird die Gefahrenlage für sehr minim eingeschätzt: Ein Zehntel einer Polizistenstelle muss unter dem Sämtis reichen.

Wo und wie die St. Galler Staatsschützer arbeiten, darüber gibt der NDB keine Auskunft. Grundsätzlich gelte das BWIS so, wie die Verordnung über den

Nachrichtendienst des Bundes, heisst es. Die Aufträge würden im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen schriftlich erteilt. Entsprechend erstatten die kantonalen Nachrichtendienst-Polizisten auch dem NDB Bericht. Auf spezifische Gefahrenlagen im Grenz-kanton St. Gallen will die Nachrichtendienst-Sprecherin in Bern ebenso wenig eingehen wie auf die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei, wie gesagt: «Der NDB kann sich nicht zu seinen operativen Tätigkeiten äussern.» Tatsächlich arbeiten die vom Bund bezahlten Staatsschützer in St. Gallen bei der Kantonspolizei, wenn auch organisatorisch, räumlich und technisch getrennt, wie Fredy Fässler, Vorsteher des St. Galler Justiz- und Sicherheitsdepartements, erklärt. «Unsere Mitarbeitenden im Nachrichtendienst – bei uns Dienststelle Innere Sicherheit genannt – sind vom Kanton angestellt und administrativ der Kapo zugeordnet», sagt Fässler. «Sie arbeiten aber im Auftrag des NDB. Die Aufträge kommen also aus Bern und dort hin wird auch berichtet. (th)

ANHANG 2: ONLINE-DOKUMENTE

Anhang zu
Extremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2016

Dokumente von Online-Diensten

Berichte
Meldungen
Foren



Politik

«Kleine, aber wirksame Massnahmen»

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer blickt im «Vaterland»-Interview auf ein bewegendes Jahr 2015 zurück. Ein Jahr, das geprägt war von Terrorismus und Flüchtlingskrise, aber auch vom Franken-Kurs und Fortschritten in der Justizreform.

VADUZ. Thomas Zwiefelhofer stellt sich den Fragen von Vaterland-Redaktor Joel Grandchamp:

Herr Regierungschef-Stellvertreter, 2015 war ein sehr bewegendes Jahr. Was war die grösste Herausforderung des nun vergangenen Jahres?

Thomas Zwiefelhofer: Einen klaren Favoriten zu benennen, fällt mir schwer. Lassen Sie mich die folgenden drei Stichworte anführen, die das Jahr für mich prägten: Frankenstärke, Flüchtlingskrise und Postsanierung.

Wird Sie das Thema Post auch im Jahr 2016 weiterhin beschäftigen?

Thomas Zwiefelhofer: Wie bereits erwähnt, war die Sanierung und der entsprechende Nachtragskredit für die Post eine besonders grosse Herausforderung im abgelaufenen Jahr, die wir aber gut gemeistert haben, sodass die Post wieder positiv in die Zukunft blicken kann. Noch nicht abgeschlossen ist die Aufarbeitung der Vergangenheit, hier gilt es, die weiteren Abklärungen abzuwarten. Wir wollen Verantwortlichkeiten klären und aus den gemachten Fehlern lernen. Insofern ist das Thema Post sicher noch nicht ganz vom Tisch.

Welche Themen bewegten das Ministerium für Inneres, Justiz und Wirtschaft im Jahr 2015 im Geschäftsbereich Wirtschaft am meisten?

Thomas Zwiefelhofer: Generell stellte uns die Frankenstärke ab Mitte Januar 2015 vor grosse Herausforderungen. Erneut stellte sich die umstrittene Frage: Was soll und kann der Staat tun, wenn die Wirtschaft leidet? Wir haben uns für ein Bündel von kleineren, aber wirksamen Massnahmen entschieden, um die Wirtschaft zu entlasten. Generell lege ich Wert darauf, dass alle neuen und bestehenden Vorschriften laufend daraufhin überprüft werden, ob sie unnötige Bürokratie generieren. Auch die Standortstrategie hat sich dem Ziel verschrieben, die guten Rahmenbedingungen so weit möglich zu erhalten oder auszubauen.



Vermischtes

«Frust und Hass sind bedenklich»

Die Übergriffe von Köln in der Silvesternacht auf Frauen beherrschen die Schlagzeilen. Liechtensteins Polizeichef, Jules Hoch, spricht von einer «neuen Dimension» organisierter Übergriffe. Doch mit strafrechtlichen Mitteln allein könne einer Radikalisierung nicht begegnet werden.

VADUZ. Es waren Szenen wie aus einem schlechten Film. Und bis heute weiss offenbar niemand genau, wie viel Wahrheitsgehalt darin steckt und was da in Köln in der Silvesternacht genau passiert ist. Obwohl die Ermittlungen auf Hochtouren laufen, scheint die Wahrheit nur langsam bzw. nicht gerne ans Licht gebracht zu werden. Kein Wunder: Dutzende angetrunkene junge Männer haben mehrere Frauen angepöbelt und sie sexuell belästigt. Bis gestern sind über 100 Anzeigen bei der Polizei eingegangen. Dass jetzt nun von «Männern mit ausländischem Hintergrund» gesprochen wird, giesst zusätzlich Öl ins ohnehin schon scheinbar nicht mehr unter Kontrolle zu bringende Feuer.

Wird die Angst bewirtschaftet?

Polizeichef Jules Hoch spricht nicht nur von einer neuen Dimension, was diese systematischen und organisierten Übergriffe betreffe. Die aktuelle Flüchtlingssituation in Europa beunruhige viele Menschen und mache auch Angst. «Diese Angst kann man bewirtschaften, indem man solche Vorfälle missbraucht, für ideologische Zwecke instrumentalisiert und so Gewalt schürt», weiss er. Und dieses Verhalten sei von staatlicher Seite ebenso wenig zu tolerieren wie die sexuellen Übergriffe in Köln.

Allein mit polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln werde man der Gefahr einer Polarisierung bzw. Radikalisierung der Gesellschaft aber nicht begegnen können. «Hier sind verantwortungsvolle Politiker, die die Ängste der Menschen ernst nehmen und rechtsstaatliche Lösungen erarbeiten, ebenso gefragt wie eine Zivilgesellschaft, die für die Werte einer offenen und liberalen Gesellschaft einsteht», macht er deutlich. (dv)



Vermischtes

FEDPOL bei der Landespolizei

Polizeichef Jules Hoch begrüßte am Freitag eine Delegation des schweizerischen Bundesamtes für Polizei FEDPOL unter der Leitung von Direktorin Nicoletta della Valle zu einem Arbeitstreffen bei der Landespolizei.

VADUZ. Gegenstand der Arbeitsgespräche waren die aktuelle Bedrohungslage im Bereich Radikalisierung und Terrorismus sowie allgemeine Fragen der traditionell engen grenzüberschreitenden Polizeikooperation zwischen Liechtenstein und der Schweiz. Am Mittag wurden die Fedpol-Direktorin und der Polizeichef zudem von Innenminister Dr. Thomas Zwiefelhofer zu einem gemeinsamen Arbeitessen empfangen. Dabei war der erweiterte trilaterale Polizeikooperationsvertrag A-CH-FL zentrales Gesprächsthema. Der Vertrag, der im Schweizer und Liechtensteiner Parlament bereits behandelt worden ist, soll auch in Österreich noch in diesem Jahr ratifiziert werden. Mit dem neuen trilateralen Polizeikooperationsvertrag wird die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern europaweit einen neuen Standard setzen. (pd)



Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer im Gespräch mit der österreichischen Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos. (pd)

Politik

Zwiefelhofer am informellen Rat der EU-Innenminister

Auf Einladung der niederländischen EU-Ratspräsidentschaft nahm Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer am Montag am informellen Rat der EU-Innenminister und der assoziierten Schengenstaaten (Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz) in Amsterdam teil.

VADUZ. Angesichts der aktuellen Entwicklungen standen dabei erneut die Themen Terrorismusbekämpfung und Migration im Zentrum der Diskussionen. Zur wirksamen Bekämpfung terroristischer Bedrohungen ist ein schneller und unbürokratischer Informationsaustausch zwischen den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden und den Nachrichtendiensten unerlässlich. Hierfür bestehen jedoch nach wie vor in zahlreichen Mitgliedstaaten rechtliche wie auch technische Hindernisse. Dabei steht jedoch nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der ausgetauschten Daten im Fokus. Um bestehende Lücken beim Informationsaustausch zu schliessen und die Schnittstellen zwischen den verschiedenen Datenbanken und damit das Abwehrrdispositiv zu verbessern, sollen einheitliche Standards für die Übermittlung der Daten definiert werden. In Anwesenheit von Europol wurde am Rande des Ratsstreffens zudem das Europäische Zentrum für Terrorismusbekämpfung offiziell eröffnet.

Prävention zur Verhinderung von Radikalisierung

Im Weiteren stand ein Erfahrungsaustausch über Präventions- und Deradikalisierungsprogramme als Teil nationaler Terrorismusstrategien in einzelnen Mitgliedstaaten im Vordergrund. In Liechtenstein ist die Gewaltschutzkommission der Regierung beauftragt, sich mit der Thematik Radikalisierung und Extremismus auseinanderzusetzen und sowohl präventive als auch repressive Massnahmen zu koordinieren. Dazu gehören insbesondere der Dialog mit der muslimischen Gemeinschaft zur frühzeitigen Erkennung von Radikalisierungsprozessen sowie der Aufbau von Beratungsangeboten für betroffene Personen.

Umstrittenes Massnahmenpaket für besseren Grenzschutz

Kontrovers diskutiert wurden die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Einrichtung eines europäischen Grenz- und Küstenschutzes als Nachfolger von Frontex. Im Vergleich zu Frontex sollen die Befugnisse der neuen Agentur erheblich erweitert werden, um die Handlungsfähigkeit der Agentur im Bedarfsfall sicherzustellen. So soll die neue Agentur unter anderem über eine rasch mobilisierbare Reserve von Grenzschutzbeamten und technischer Ausrüstung verfügen. Der Vorschlag der Kommission sieht im Grundsatz vor, dass die Mitgliedstaaten und die europäischen Institutionen gemeinsam für die Sicherung der Aussengrenzen verantwortlich sind. Kommt jedoch ein Mitgliedstaat seiner Verpflichtung zur effizienten Sicherung der Aussengrenzen nicht in ausreichendem Masse nach, soll die Agentur Sofortmassnahmen ergreifen können. Das von der Kommission vorgeschlagene Interventionsrecht bei fortbestehenden Mängeln im Grenzschutz ist unter den Mitgliedstaaten unter dem Aspekt nationalstaatlicher Souveränität besonders umstritten. Während zahlreiche Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland und Österreich, den Vorschlag der Kommission ausdrücklich begrüßten und als notwendigen Schritt erachteten, meldeten andere Mitgliedstaaten aufgrund der Tatsache, dass europäische Grenzschutzeinheiten auch ohne Unterstützungersuchen eines Mitgliedstaates zur Sicherung der europäischen Aussengrenzen sollen entsendet werden können, erhebliche souveränitätspolitische Bedenken an.

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer beurteilte die Vorschläge der Kommission anlässlich des Ministerrats grundsätzlich positiv: "Wenn der gemeinsame Schengenraum ohne Binnengrenzen längerfristig bestehen bleiben soll, sehen wir keine andere Möglichkeit als die Verlagerung gewisser Kompetenzen für die Gewährleistung des Schutzes der Aussengrenzen weg von den Mitgliedstaaten hin zu europäischen Institutionen." Inwiefern eine solche Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands von Liechtenstein zwingend zu übernehmen wäre, wird gegebenenfalls noch zu prüfen sein. Der niederländische Ratsvorsitz strebt eine Einigung innerhalb des Ministerrats bis Juni 2016 an, was angesichts der unterschiedlichen Positionen der Mitgliedstaaten eher optimistisch sein dürfte. (ikr)



Horian Marxer, Jan Philipp Reemtsma, Regierungsrätin Aurelia Frick, Arik Rav-On und Klemens Jansen (v.l.) nahmen an der Holocaust-Gedenkstunde im Kunstmuseum Liechtenstein teil. (Daniel Ospelt)

Vermischtes

Auch heute braucht es Zivilcourage

Anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau findet jedes Jahr am 27. Januar ein Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus statt. Auch Liechtenstein beteiligte sich gestern erneut daran und lud ins Kunstmuseum zur Holocaust-Gedenkstunde.

VADUZ. «Wir möchten nicht, dass unsere Vergangenheit die Zukunft unserer Kinder wird.» Mit diesem Zitat eröffnete Regierungsrätin Aurelia Frick gestern Abend die Holocaust-Gedenkstunde im Kunstmuseum Liechtenstein. Diese Aussage habe sie erstmals vor einem Jahr beim Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau gehört. Begleitet wurde sie damals von zwei Jugendlichen, welche sich nach dem Besuch des Konzentrationslagers tief

beeindruckt und fassungslos gezeigt hätten. «Die beiden Schüler, die mich auf meiner Reise begleitet haben, werden hoffentlich zu Multiplikatoren für eine Botschaft: nie wieder», sagte Frick.

Gerade in der heutigen Zeit des Terrors, der Flüchtlingskatastrophen, Angst, Schrecken und Gewalt sei es umso wichtiger, dass nicht nur die Politik, sondern auch jeder individuelle Bürger seinen Beitrag zur Normalisierung dieses Ausnahmezustands leiste. «Wir brauchen damals wie heute Menschen mit Zivilcourage», sagte Frick und ermunterte die Anwesenden dazu, unreflektierte Pauschalaussagen zu hinterfragen, unbequeme Fragen zu stellen und auch unbequem zu handeln, selbst wenn dies von bestimmten Menschen als unpopulär angesehen werde.

Besuch von Yad Vashem

«Wenn Sie diese Welt, in der Sie leben, verstehen wollen, wenn Sie die Menschheit, der einzige Verein, aus dem sie nicht austreten können, verstehen wollen, dann sollten Sie Yad Vashem besuchen», riet Jan Philipp Reemtsma, politischer Publizist und Essayist. Yad Vashem sei der Ort, der am besten aufzeigen könne, welche verschiedenen Facetten der Holocaust gehabt habe. «Das ungeheure Leid der Millionen, die Gesichter Einzelner, die Fotoalben, die sich erhalten haben, die Erlasse, Anweisungen, Fahrpläne, Bestellbögen für Giftgas, die Protokolle von unaussprechlichen Schindereien – dies und viel mehr finden Sie in Yad Vashem», sagte Reemtsma. Für dieses Verständnis sei es auch wichtig, den Ort des Geschehens, also eines der Konzentrationslager, zu besuchen. Dort merke man, dass ein Teil des Herzens zuvor nicht geglaubt habe, dass diese Geschehnisse tatsächlich passiert seien. (jgr)



Landrichter Anton Eberle, Polizeichef Jules Hoch, Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer, Moderatorin Petra Matt, UFLStudiengangsleiter Gregor Heissl und Staatgerichtshof-Richter Peter Bussjäger (v. l.) diskutierten am Podium über das Thema Terrorismus. (Tatjana Schnalzger)

Politik

Eines der sichersten Länder in Europa

Die Anschläge von Paris haben gezeigt, wie real die Gefahr des Terrorismus in Europa ist. Die Sicherheitsbehörden sind in Alarmbereitschaft. Vorkkehrungen und Kontrollen wurden verschärft, Gesetze werden laufend angepasst. Auch in Liechtenstein wird die Situation genau beobachtet.

TRIESEN. Zahlreiche präventive Massnahmen wurden bereits getroffen, wie Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer und Polizeichef Jules Hoch gestern im Rahmen einer Podiumsdiskussion zum Thema «Terror in Europa - wie sicher ist Liechtenstein?» erklärten. «Durch die Nachrichtenlage entwickeln sich bei vielen Menschen diffuse Ängste. Man muss aber die Verhältnismässigkeit sehen. Wir leben hier in einer kleinen, ländlichen Region und sind daher natürlich weniger gefährdet. Liechtenstein befindet sich nach wie vor in einer guten sicherheitspolitischen Lage», sagte Zwiefelhofer. Die rasante Entwicklung der Kommunikationsmittel sei aber sowohl in rechtlicher als auch in technischer und personeller Hinsicht eine grosse Herausforderung und bringe einen gewissen Unsicherheitsfaktor mit sich, betonte der Regierungschef-Stellvertreter.

Polizeichef Hoch erklärte, wie gut die grenzüberschreitende Zusammenarbeit funktioniere. «Wir sind international gut vernetzt und in bester Lage, um Unterstützung zu erhalten.» Für ihn ist Liechtenstein «wahrscheinlich eines der sichersten Länder Europas.». (mef)



Vermischtes

Kriminalität deutlich gesunken

2015 war geprägt von Terroranschlägen auf der ganzen Welt und der Migrationskrise, die noch immer anhält und die EU an die Grenzen ihrer Möglichkeiten bringt. Trotz dieser Entwicklungen zeigt der Jahresbericht der Landespolizei für das Jahr 2015 erfreuliche Zahlen auf.

VADUZ. Trotz der Flüchtlingskrise und weltweiten Terroranschlägen kann man sich in Liechtenstein immer noch sicher fühlen. Dies zeigte die gestern veröffentlichte Jahresstatistik der Liechtensteinischen Landespolizei. «Für die Landespolizei war das Jahr 2015 ein arbeitsintensives Jahr», sagte Jules Hoch, Polizeichef der Landespolizei.

So hatten die Themen Terrorismus und Migration, welche in ganz Europa verschiedene Sicherheitsbehörden massiv beschäftigt haben und immer noch beschäftigen, nicht die gleiche Brisanz wie in anderen Staaten. Besonders erfreulich sei, dass nach einem Hoch der Straftatbestände im Jahr 2014 wieder ein deutlicher Rückgang von neun Prozent festzustellen war. «Speziell erfreulich ist dabei, dass ein merklicher Rückgang bei den Vermögensdelikten, und dort speziell bei den Einbruchdiebstählen, zu vermerken ist», sagte Hoch. Diese seien um 24 Prozent zurückgegangen. Auch bei Eigentumsdelikten war ein Rückgang zu verzeichnen. «Gerade diese Deliktgruppe ist massgeblich für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung verantwortlich», sagte Hoch. Verantwortlich für einen Grossteil der Einbruchdelikte seien reisende Täter gewesen. Einer, welcher zweifelhaften Ruhm als «dreiste Einbruchstourist der Schweiz» erlangt hat und auch in Liechtenstein für 10 Einbrüche verantwortlich gemacht wird, sei vergangenes Jahr in Italien verhaftet worden.

Mehraufwand wegen FC Vaduz

Im Jahr 2015 gingen mehr als 5600 Notrufe bei der Landespolizei ein. «Das ergibt ungefähr 13 Einsätze pro Tag», sagte Mario Büchel, Chef Sicherheits- und Verkehrspolizei. Dies möge so klingen, als wäre es nicht viel Arbeit, ein Einsatz könne jedoch zwischen einer halben Stunde und sechs Stunden dauern. «Unser Ziel ist es, möglichst schnell vor Ort zu sein», betonte Büchel.

Im Ordnungsdienst habe es aufgrund der Einsätze für den FC Vaduz eine Verdoppelung der Einsätze gegeben, was insgesamt 779 Polizisten benötigt habe. «Dafür mussten wir im Ausland etwas weniger Einsätze leisten», sagte Büchel. Dennoch sei man immer noch am WEF mit Personenschutz- und Ordnungsdienst-Einsätzen stark eingebunden und habe auch andere Einsätze im Ausland geleistet. (jgr)



Die Innenminister aus der Schweiz, Liechtenstein, Deutschland, Luxemburg und Österreich: Simonetta Sommaruga, Thomas Zwielfhofer, Thomas de Maizière, Etienne Schneider und Johanna Mikl-Leitner (pd)

Politik

Innenministertreffen in Wien

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwielfhofer nahm am 5. April auf Einladung der österreichischen Bundesinnenministerin Johanna Mikl-Leitner am traditionellen Treffen der Innenminister der deutschsprachigen Länder in Wien teil.

VADUZ. Im Zentrum des diesjährigen Austauschs zwischen Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, der Schweiz und Österreich standen angesichts der jüngsten Terroranschläge in Brüssel und der anhaltenden Flüchtlingskrise die Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus sowie die Eindämmung der irregulären Migration nach Europa. Der Schwerpunkt der Diskussionen lag zum einen auf dem Umgang mit ausländischen terroristischen Kämpfern (sog. Foreign Terrorist Fighters) und den in diesem Bereich von der EU getroffenen Massnahmen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten. Neben einem Austausch über die sicherheitspolitische Lage in den jeweiligen Staaten ging es vor allem um präventive Massnahmen zur Früherkennung und Verhinderung von Radikalisierungsprozessen sowie um die verstärkte Nutzung europäischer und internationaler Datenbanken für den Informationsaustausch untereinander.

Zum anderen wurde im Rahmen des Ministertreffens die Umsetzung des Abkommens zwischen der EU und der Türkei und dessen Auswirkungen auf die bekannten Migrationsrouten bzw. auf mögliche Ausweichrouten erörtert. Ebenso stand ein Erfahrungsaustausch über mögliche Formen der Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitstaaten im Vordergrund.

Angeichts der zahlreichen Problemstellungen, mit denen sich die EU im Bereich Sicherheit und Migration derzeit konfrontiert sieht, wurde auch über die Zukunft des Schengenraums im Allgemeinen debattiert. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwielfhofer betonte dabei erneut die Wichtigkeit eines gesamteuropäischen Lösungsansatzes zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen: «Europa und die Mitgliedstaaten brauchen einen gegen aussen starken und im Inneren stabilen Schengenraum, nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus sicherheitspolitischen Gründen. Wenn eine Stärkung und Stabilisierung von Schengen nicht gelingt, werden letztlich alle Schengen-Staaten den Preis verminderter Sicherheit und erhöhter Transaktionskosten bezahlen müssen.» (pd)



Am Rande der 126. Ministersession des Europarats unterzeichnete Regierungsrätin Aurelia Frick das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus im Beisein der stellvertretenden Generalsekretärin des Europarats Gabriella Battaini-Dragoni. (ikr)

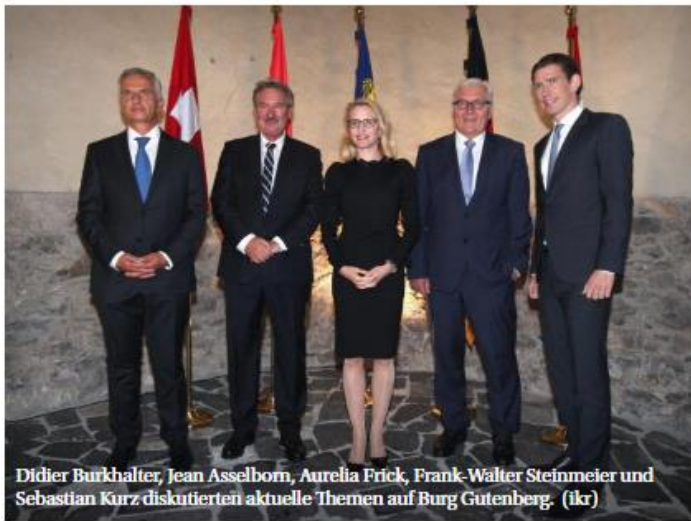
Politik

Einsatz für mehr Sicherheit in Europa

Regierungsrätin Aurelia Frick nahm am 18. Mai an der 126. Ministersession des Europarats teil und konnte das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus unterzeichnen. Die Bekämpfung von Extremismus und Radikalisierung sowie die Flüchtlingskrise standen neben den aktuellen Konfliktsituationen im Zentrum des Ministertreffens.

VADUZ. Regierungsrätin Frick tauschte sich am Rande der Ministersession unter anderem mit dem Vorsitzenden des Ministerkomitees, Bulgariens Aussenminister Daniel Mitov, dem Generalsekretär des Europarats, Thorbjörn Jagland, dem ungarischen Aussenminister Peter Szijjártó, und dem spanischen Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Ignacio Ybáñez Rubio aus. Zudem lud die Regierungsrätin die designierte Vorsitzende des Ministerkomitees, die estnische Aussenministerin Marina Kaljurand, sowie die stellvertretende Generalsekretärin des Europarats Gabriella Battaini-Dragoni zu einem Austausch ein. An diesem Treffen stand das Engagement für Frauenrechte in Europa in Zentrum.

Regierungsrätin Frick hielt in ihrer Rede fest, dass es eine gemeinsame Priorität der europäischen Staaten sein müsse, Sicherheit garantieren und stärken zu können. Hierzu sei der Einsatz für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zentral. «Es kann nicht hingenommen werden, dass es auf der europäischen Landkarte schwarze Flecken gibt, in denen die Kontrolle der Kernwerte des Europarats verweigert wird», so Regierungsrätin Frick. Besondere Bedeutung mass sie auch dem solidarischen Engagement in der Flüchtlingskrise bei: «Jeder Staat sollte Verantwortung übernehmen und Solidarität zeigen.» (ikr)



Didier Burkhalter, Jean Asselborn, Aurelia Frick, Frank-Walter Steinmeier und Sebastian Kurz diskutierten aktuelle Themen auf Burg Gutenberg. (ikr)

Politik

Deutschsprachige Aussenminister zu Besuch

Migration, Sicherheitspolitik in Europa sowie die Entwicklung der Europäischen Union nach dem Brexit sind die Themenschwerpunkte des diesjährigen Treffens der deutschsprachigen Aussenminister am 5. und 6. August 2016 in Liechtenstein.

BALZERS. Die Dringlichkeit, in grenzüberschreitenden europäischen Themen eng zusammenzuarbeiten, bleibt gross. Das zeigte das diesjährige Treffen der Aussenminister der deutschsprachigen Länder, das auf Einladung der liechtensteinischen Aussenministerin Aurelia Frick auf Burg Gutenberg in Balzers abgehalten wurde. Nur wenige Wochen nach dem Entscheid Grossbritanniens, die Europäische Union zu verlassen, und nach Terroranschlägen in Frankreich und Deutschland diskutierte die Ministerin mit ihren Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier aus

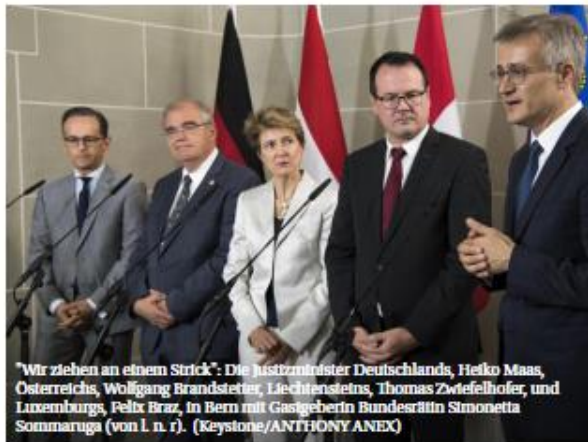
Deutschland, Jean Asselborn aus Luxemburg, Sebastian Kurz aus Österreich und Didier Burkhalter aus der Schweiz gemeinsame Herausforderungen.

«Neben dem Themenblock Migration, Integration und Radikalisierung war die europäische Sicherheitspolitik ein zentrales Thema unserer Gespräche», erklärte Aurelia Frick. Bei ihren einleitenden Worten zeigte sie sich überzeugt davon, dass gelungene Integration das beste Mittel zur Prävention von Radikalisierung und Terrorismus ist. Mit dem Sprachvermittlungsprogramm Liechtenstein Languages leistet Liechtenstein einen Beitrag zum Gelingen der Integration. Die anwesenden Aussenminister konnten sich bei einer Demonstration einen ersten Eindruck von Liechtenstein Languages machen.

Auch der Entscheid Grossbritanniens über den Austritt aus der EU wurde thematisiert. «Tritt Grossbritannien tatsächlich aus der EU aus, wovon wir zum jetzigen Zeitpunkt ausgehen, wird dies für alle deutschsprachigen Länder - mit ihren unterschiedlichen Formen der europäischen Integration - erhebliche Implikationen haben», sagte die liechtensteinische Aussenministerin.

Die fünf Aussenminister befassten sich weiter mit den politischen Entwicklungen im Nahen Osten. Aurelia Frick berichtete zudem über die Vorbereitungsarbeiten zur UNO-Generalversammlung, wobei sie sich bei ihren Kollegen für die Unterstützung liechtensteinischer Initiativen bedankte, wie dem Verhaltenskodex für den UNO-Sicherheitsrats sowie die Kampala-Vertragszusätze zum Römer Statut.

Im Vorfeld des Aussenministertreffens hatten sich Aurelia Frick und Sebastian Kurz zu einem bilateralen Gespräch über spezifisch liechtensteinisch-österreichische Themen getroffen. Neben einer Würdigung der bilateralen Beziehungen thematisierten sie insbesondere die Herausforderungen durch Migration sowie den OSZE-Vorsitz, den Österreich 2017 innehat. (ikr)



Schweiz

Deutschsprachige Justizminister in Bern

In Bern haben sich die deutschsprachigen Justizminister Deutschlands, Österreichs, Luxemburgs, Liechtensteins und der Schweiz getroffen. Themen waren Verhinderung von Radikalisierung und Terrorismus. Der Erfahrungsaustausch wurde einhellig als sehr wertvoll gelobt.

BERN. "Wir können uns bei diesen Themen nur vernetzen und von einander lernen", sagte Gastgeberin und Bundesrätin Simonetta Sommaruga am Samstag im Anschluss an das zweitägige Treffen. Am Freitag hätten die Justizminister gesellschaftspolitische Fragen diskutiert, etwa den Umgang mit religiösem Fundamentalismus und Radikalisierung.

Gemäss Medienmitteilung betonte Sommaruga am traditionellen Pünfländertreffen, dass religiöser Fundamentalismus nicht mit gewalttätigem Extremismus gleichzusetzen sei. Terroristen würden vielmehr eine fundamentalistische Auslegung der Religion für ihre Gewaltakte instrumentalisieren und damit missbrauchen.

Schweizer Modell überzeugt

Sommaruga stellte fest, dass sich die Gesellschaft im Umgang mit öffentlich sichtbaren Zeichen des islamischen Glaubens zunehmend polarisiere. In der Schweiz zeigt sich dies an den Diskussionen um religiöse Symbole im Schulunterricht oder ein Burkaverbot.

Der umfassende Umgang der Schweiz mit religiösem Fundamentalismus und Radikalisierung mit Massnahmen zur Prävention, Deradikalisierungsprogrammen im Strafvolzug und der Reintegration nach einem solchen wurde von den Amtskollegen aus Deutschland, Österreich, Luxemburg und Liechtenstein als vorbildlich bezeichnet.

"Das ist der richtige Weg, ein in sich geschlossenes Konzept, das überzeugt", sagte der deutsche Justizminister Heiko Maas am Samstag vor den Medien in Bern. Alles andere sei Stückwerk.

Trotz der Anerkennung für das Engagement in diese Richtung stellte Sommaruga in Frage, ob die Schweiz genügend rechtliche Instrumente hat. Sie erwähnte das Islamgesetz in Österreich und die Konvention in Luxemburg, die das Verhältnis zwischen den Muslimen im Land und dem Staat regelt.

Es lohne sich, sich damit auseinanderzusetzen, sagte Sommaruga. Allerdings ist in der Schweiz das Verhältnis zu Religionsgemeinschaften eine kantonale Angelegenheit.

Wichtige internationale Zusammenarbeit

Der Samstag war rechtlichen Fragen im Umgang mit gewalttätigem Extremismus und Terrorismus gewidmet. Dabei standen Massnahmen und Instrumente im Fokus. Die Justizminister waren sich einig, dass die heute verfügbaren rechtlichen Instrumente konsequent anzuwenden sind.

"Terrorismus ist international und macht internationale Zusammenarbeit notwendig", sagte der deutsche Justizminister Heiko Maas vor den Medien. Dabei gehe es unter anderem um den Datenaustausch - auch bei Grenzübertritten und die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden. "Aber in unserer offenen Gesellschaft gibt es keine 100-prozentige Sicherheit." (sda)



Politik

Radikalisierung beschäftigt Justizminister

An ihrem jährlichen Treffen haben die deutschsprachigen Justizminister die Verhinderung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus sowie von Terrorismus diskutiert. In ihrer Bilanz nach einem zweitägigen Erfahrungsaustausch anerkannten sie die Wichtigkeit der Prävention und lobten das Schweizer Modell.

BERN/VADUZ. «Wir können uns bei diesen Themen nur vernetzen und von einander lernen», sagte Gastgeberin und Bundesrätin Simonetta Sommaruga am Samstag im Anschluss an das zweitägige Treffen. Am Freitag hätten die Justizminister gesellschaftspolitische Fragen diskutiert, etwa den Umgang mit religiösem Fundamentalismus und Radikalisierung. Gemäss Medienmitteilung betonte Sommaruga am traditionellen Fünfländertreffen, dass religiöser Fundamentalismus nicht mit gewalttätigem Extremismus gleichzusetzen sei. Terroristen würden vielmehr eine fundamentalistische Auslegung der Religion für ihre Gewaltakte instrumentalisieren und damit missbrauchen.

Schweizer Modell überzeugt

Sommaruga stellte fest, dass sich die Gesellschaft im Umgang mit öffentlich sichtbaren Zeichen des islamischen Glaubens zunehmend polarisiere. In der Schweiz zeige sich dies an den Diskussionen um religiöse Symbole im Schulunterricht oder ein Burkaverbot. Der umfassende Umgang der Schweiz mit religiösem Fundamentalismus und Radikalisierung mit Massnahmen zur Prävention, Deradikalisierungsprogrammen im Strafvollzug und der Reintegration nach einem solchen, wurde von den Amtskollegen aus Deutschland, Österreich, Luxemburg und Liechtenstein als vorbildlich bezeichnet. «Das ist der richtige Weg, ein in sich geschlossenes Konzept, das überzeugt», sagte der deutsche Justizminister Heiko Maas am Samstag vor den Medien in Bern. Alles andere sei Stückwerk. Das Modell der Schweiz sei diesbezüglich interessant auch für Deutschland. Auch Félix Braz, der luxemburgische Justizminister, betonte die Wichtigkeit der Prävention. «Wir müssen uns fragen, wieso junge Menschen an einem bestimmten Punkt ihrer Biografie soweit sind, einen Hass auf ihr eigenes Land zu entwickeln.» Er nehme nach dem Erfahrungsaustausch in Bern wichtige Erkenntnisse mit nach Luxemburg zurück. Braz lobte die «pragmatische Art und Weise, wie in der Schweiz mit dem Thema umgegangen wird». Trotz der Anerkennung für das Engagement in diese Richtung stellte Sommaruga in Frage, ob die Schweiz genügend rechtliche Instrumente hat. Sie erwähnte das Islamgesetz in Österreich und die Konvention in Luxemburg, die das Verhältnis zwischen den Muslimen im Land und dem Staat regelt. «Diese Länder sind schon weiter als die Schweiz.» Es lohne sich, sich damit auseinanderzusetzen, sagte Sommaruga. Allerdings ist in der Schweiz das Verhältnis zu Religionsgemeinschaften eine kantonale Angelegenheit. (sda)

LIECHTENSTEIN UND DIE «SATANISCHE SCHWULENLOBBY»-BEKÄMPFER

🕒 23. SEPTEMBER 2016 💬 KEIN KOMMENTAR ≡ BLOG

Was würden Sie sagen, wenn Ihr Party-Raum gemietet wird, um am Untergang Europas zu arbeiten? Wenn sich dort Leute mit mehr Macht als Sie und wir je haben werden treffen, um ihren Kreuzzug gegen hart erkämpfte Werte wie Gleichheit und Freiheit zu planen. Wenn diese Leute die «satanische Schwulenlobby» bekämpfen wollen und ideologisch einen machtgierigen Typen unterstützen, der mit eiserner Hand jegliche Opposition unterdrückt und gegen Homosexuelle hetzt. Wenn dieser Typ Putin heisst und die Meinungs- und Pressefreiheit mit Füßen tritt, um Minuten später die Einheit seines russischen Volkes heraufzubeschwören. Sie wären wohl ebenso wenig erfreut wie wir. Genau so hat es sich vor gut einer Woche im Stadtpalais Liechtenstein in Wien zugetragen. Die Leute waren russische Antisemiten, bulgarische Rechtsextreme und Europas Rechtspopulisten um Strache und Le Pen. Aufgedeckt hat das geheime Treffen der Tages-Anzeiger. Aufgegriffen wurde es von diversen Medien u.a. in der Schweiz, Österreich, Deutschland. Der Name Liechtenstein musste also von abertausenden von Leuten in Zusammenhang mit solchen Gestalten gelesen werden – ein Imageschaden, den kein Sechseläuten-Auftritt je glätten kann. Wenn nun eine der Zeitungen nachfragen würde, wie Sie zu dieser fragwürdigen Veranstaltung in Ihrem Party-Raum stehen, was wäre Ihre Antwort? Würden Sie sich für «Da kann ich doch nichts dafür» entscheiden? Oder für «Mit diesen Leuten möchte ich nichts zu tun haben»? Liechtensteins Botschafterin in Wien und die verwaltende Palais Liechtenstein GmbH entschieden sich bislang für Variante 1. Das Fürstenhaus schweigt. Wir haben direkt beim Fürstenhaus nachgefragt, was sie von der ganzen Sache halten. Eine Antwort steht noch aus. Wir hoffen auf Variante 2.

Junge Freie Liste

ANHANG 3: KAMPAGNE, BEHÖRDEN, STATEMENTS

Anhang zu
Extremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2016

Kampagnen, Behörden, Statements

Kampagnendokumentation
Behördenmeldungen
Interessenvertretungen

Übereinkommen gegen Menschenhandel und Computerkriminalität [5. Februar 2016]

[<http://www.regierung.li/ministerien/ministerium-fuer-aeusseres-bildung-und-kultur/diplomatische-vertretungen/deutsch/strassburg-f/aktuelles/>]

5. Februar 2016 - Übereinkommen gegen Menschenhandel und Computerkriminalität ratifiziert

Liechtenstein hat am 27. Januar das Übereinkommen des Europarats gegen Menschenhandel sowie das Übereinkommen über Computerkriminalität (Cybercrime) ratifiziert. Beide Abkommen treten für Liechtenstein am 1. Mai 2016 in Kraft.

Nachdem der Landtag die Ratifikation der beiden Abkommen im vergangenen Jahr beschlossen hatte, hat Botschafter Daniel Ospelt, Ständiger Vertreter Liechtensteins im Europarat, am 27. Januar die Ratifikationsurkunden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt. Damit hat sich Liechtenstein völkerrechtlich dazu verpflichtet, die Bestimmungen dieser Übereinkommen zu erfüllen.

Ziel des Übereinkommens gegen Computerkriminalität, das auch als Budapester Konvention bekannt ist, ist die Schaffung eines europaweit einheitlichen strafrechtlichen Rahmens zum Schutz vor Computerstraftaten. Dies betrifft Verletzungen des Urheberrechts genauso wie Computerbetrug, Kinderpornografie und Verstösse gegen die Sicherheit von elektronischen Netzen. Auch die internationale Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Terrorismusbekämpfung wird durch das Abkommen verbessert. Im Hinblick auf die Ratifikation hat Liechtenstein in den vergangenen Jahren zahlreiche rechtliche Anpassungen vorgenommen.

Das Übereinkommen zur Bekämpfung des Menschenhandels wiederum zielt auf die Prävention und Bestrafung aller Formen dieses Verbrechens ab. Auch wenn Liechtenstein nach aktuellen Erkenntnissen kein Transit- oder Zielland für Menschenhandel ist, gilt es, durch die Ratifikation dieses Abkommens insbesondere in Zeiten wachsender Migrationsströme ein klares Zeichen zur Stärkung der Menschenrechte und zur Bekämpfung des Menschenhandels zu setzen. Wie die Expertengruppe gegen Menschenhandel des Europarats immer wieder betont, kann diesem Phänomen nur durch einen europaweit einheitlichen Rechtsrahmen, wirksame grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Prävention begegnet werden - Aspekte, die durch die Ratifikation des Abkommens gestärkt werden.

Einsatz für mehr Sicherheit in Europa [18. Mai 2016]

[<http://www.regierung.li/ministerien/ministerium-fuer-aeusseres-bildung-und-kultur/diplomatische-vertretungen/deutsch/strassburg-f/aktuelles/>]



18. Mai 2016 - Einsatz für mehr Sicherheit in Europa

Regierungsrätin Aurelia Frick nahm am 18. Mai an der 126. Ministersession des Europarats teil und konnte das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus unterzeichnen. Die Bekämpfung von Extremismus und Radikalisierung sowie die Flüchtlingskrise standen neben den aktuellen Konfliktsituationen im Zentrum des Ministertreffens.

Regierungsrätin Frick tauschte sich am Rande der Ministersession unter anderem mit dem Vorsitzenden des Ministerkomitees, Bulgariens Aussenminister Daniel Mitov, dem Generalsekretär des Europarats, Thorbjörn Jagland, dem ungarischen Aussenminister Peter Szijjártó, und dem spanischen Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Ignacio Ybáñez Rubio aus. Zudem lud die Regierungsrätin die designierte Vorsitzende des Ministerkomitees, die estnische Aussenministerin Marina Kaljurand, sowie die stellvertretende Generalsekretärin des Europarats Gabriella Battaini-Draroni zu einem Austausch ein. An diesem Treffen stand das Engagement für Frauenrechte in Europa in Zentrum.

Regierungsrätin Frick hielt in ihrer Rede fest, dass es eine gemeinsame Priorität der europäischen Staaten sein müsse, Sicherheit garantieren und stärken zu können. Hierzu sei der Einsatz für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zentral. „Es kann nicht hingenommen werden, dass es auf der europäischen Landkarte schwarze Flecken gibt, in denen die Kontrolle der Kernwerte des Europarats verweigert wird“, so Regierungsrätin Frick. Besondere Bedeutung mass sie auch dem solidarischen Engagement in der Flüchtlingskrise bei: „Jeder Staat sollte Verantwortung übernehmen und Solidarität zeigen.“

BERICHT UND ANTRAG DER REGIERUNG AN DEN LANDTAG DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

BETREFFEND DAS ÜBEREINKOMMEN DES EUROPARATS ZUR VERHÜTUNG DES TERRORISMUS (SEV NR. 196) VOM 16. MAI 2005

ZUSAMMENFASSUNG

Der Europarat engagiert sich bereits seit Jahren im Bereich der Terrorismusbekämpfung. Dabei liegt sein Fokus auf der Weiterentwicklung und Stärkung der Rechtsinstrumente zur Bekämpfung des Terrorismus, aktuell insbesondere des islamistisch motivierten Terrorismus (Dschihadismus).

Bereits 1977 hat der Europarat das Europäische Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus (SEV Nr. 90) verabschiedet und dieses 2003 (SEV Nr. 190) aktualisiert. In Liechtenstein ist es 1979 bzw. 2005 in Kraft getreten. Zwei weitere Übereinkommen verabschiedete der Europarat 2005, um die Wirksamkeit bestehender internationaler Instrumente im Bereich der Terrorismusbekämpfung zu erhöhen. Erstens das Übereinkommen über Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten (SEV Nr. 198), das von Liechtenstein noch nicht ratifiziert wurde. Zweitens das vorliegende Übereinkommen zur Verhütung des Terrorismus (SEV Nr. 196). 2015 folgte das Zusatzprotokoll zum Übereinkommen zur Terrorismusverhütung (SEV Nr. 217), bei dem die Bekämpfung des Dschihadismus im Mittelpunkt steht.

Das Übereinkommen zur Verhütung des Terrorismus (SEV Nr. 196) ist von 34 Staaten ratifiziert sowie von 10 Staaten und der Europäischen Union unterzeichnet worden. Die Hauptziele des Übereinkommens sind die Schaffung neuer Straftatbestände für terroristische Aktivitäten und die Stärkung präventiver Antiterrormassnahmen auf nationaler und internationaler Ebene. Eine wesentliche Neuerung des Übereinkommens ist die Kriminalisierungsverpflichtung für diverse strafbare Handlungen im Vorfeld terroristischer Kriminalität. Mit der Kriminalisierung dieser Vorbereitungs- oder Organisationshandlungen soll der Radikalisierung entgegen gewirkt werden. Kernpunkt des Übereinkommens ist die Strafbarkeit der öffentlichen Anstiftung zu terroristischen Taten, der Anwerbung und der Ausbildung von Personen für terroristische Zwecke. Dass die terroristische Handlung tatsächlich begangen wird, ist nicht erheblich (Art. 8). Gemäss dem Übereinkommen sind auch Mittäter und Gehilfen sowie Personen, die eine terroristische Straftat organisieren oder andere dazu anweisen, sie zu begehen, zu bestrafen. Ausserdem enthält das Übereinkommen in Art. 13 eine Bestimmung zum Schutz und zur Entschädigung von Terrorismusopfern.

Das Übereinkommen steht im Spannungsfeld zwischen staatlichen Sicherheitsinteressen und dem Menschenrechtsschutz, insbesondere dem Schutz gewisser Freiheitsrechte. Die Vertragsstaaten werden deshalb ausdrücklich verpflichtet, bei der Schaffung, Umsetzung und Anwendung der vom Übereinkommen vorgesehenen Strafbestimmungen die Menschenrechte zu wahren. Ausserdem wird auf den Grundsatz der Verhältnismässigkeit, auf das Willkürverbot sowie auf das Verbot diskriminierender oder rassistischer Behandlung verwiesen.

Die Bestimmungen des Übereinkommens werden mit der bestehenden liechtensteinischen Gesetzeslage erfüllt. Mit dem Erlass neuer Terrorismusstrafatbestände (LGBI. 2016 Nr. 14) ist eine genügende innerstaatliche Rechtsgrundlage für eine Ratifikation des Übereinkommens geschaffen worden. Das Zusatzprotokoll zum Übereinkommen wird dem Landtag in einer separaten Vorlage vorgelegt, da noch gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, der nach Vorliegen der österreichischen Rezeptionsvorlage bereinigt werden soll.

Liechtenstein unterstützt mit der Ratifikation des Übereinkommens die Bestrebungen des Europarats, die rechtlichen Instrumente zur Terrorismusbekämpfung angesichts der internationalen Bedrohungslage kontinuierlich weiterzuentwickeln und zu stärken.



Neues Abkommen mit der Schweiz tritt per 1. Januar 2017 in Kraft. (Daniel Ospelt)

Politik

Übereinkommen zur Verhütung des Terrorismus verabschiedet

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 26. April den Bericht und Antrag an den Landtag betreffend das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus verabschiedet.

VADUZ. Der Europarat engagiert sich seit vielen Jahren im Bereich der Terrorismusverhütung. Das Übereinkommen zur Verhütung des Terrorismus reiht sich in eine Liste von Übereinkommen des Europarats ein, die in direktem oder indirektem Zusammenhang mit der Bekämpfung des Terrorismus stehen. Das gegenständliche Übereinkommen schafft neue Straftatbestände für terroristische Aktivitäten und stärkt präventive Antiterrormassnahmen, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Eine entscheidende Neuerung im Übereinkommen stellt die Kriminalisierung strafbarer Handlungen im Vorfeld von terroristischen Aktivitäten dar. Es verpflichtet die Vertragsstaaten, die öffentliche Anstiftung zu terroristischen Taten, die Anwerbung und die Ausbildung von Personen für terroristische Zwecke unter Strafe zu stellen. Ausserdem machen sich gemäss Übereinkommen auch Mittäter und Gehilfen sowie Personen, welche eine terroristische Straftat organisieren oder anstiften, strafbar.

Mit der Ratifikation des Übereinkommens unterstützt Liechtenstein den Europarat in der Weiterentwicklung und Stärkung der rechtlichen Instrumente zur Bekämpfung des Terrorismus. Die Bestimmungen des Übereinkommens werden mit der bestehenden liechtensteinischen Gesetzeslage erfüllt. (ikr)

31. August 2016

1701

Übereinkommen des Europarats
zur Verhütung des Terrorismus

ÜBEREINKOMMEN DES EUROPARATS ZUR VERHÜTUNG DES TERRORISMUS (SEV NR. 196) VOM 16. MAI 2005 (NR. 50/2016)

Landtagspräsident Albert Frick

Wir kommen zu Traktandum 22: Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus (SEV Nr. 196) vom 16. Mai 2005.

Der Bericht und Antrag trägt die Nr. 50/2016 und steht zur Diskussion.

Es folgt eine Debatte im Landtag, an welcher sich die Abgeordneten beziehungsweise Stellvertretenden Abgeordneten Peter Wachter, Thomas Lageder, Rainer Gopp, Judith Oehri sowie Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer beteiligen.

Landtagspräsident Albert Frick

Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen?

Das ist nicht der Fall. Somit können wir uns dem Antrag der Regierung zuwenden. Er lautet: «Der Hohe Landtag wolle dem Übereinkommen des Europarates zur Verhütung des Terrorismus vom 16. Mai 2005 (SEV Nr. 196) seine Zustimmung erteilen.» Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, möge bitte die Stimme abgeben.

Abstimmung: Zustimmung mit 23 Stimmen

Landtagspräsident Albert Frick

Der Landtag hat mit 23 Stimmen die Zustimmung erteilt und wir haben Traktandum 22 abgeschlossen.

-ooOoo-

Quelle: Landtagsprotokoll 2016, S. 1701-1704 (31. August 2016).

Regierung Fürstentum Liechtenstein [3. Mai 2016]

<http://bua.gmg.biz/BuA/default.aspx?nr=57&year=2016&content=1021681507&filter1=Rassismus>

BERICHT UND ANTRAG DER REGIERUNG AN DEN LANDTAG DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

BETREFFEND DIE SCHAFFUNG EINER UNABHÄNGIGEN MENSCHENRECHTSINSTITUTION SOWIE DIE VERLAGERUNG VON AUFGABEN DER STABSSTELLE FÜR CHANCENGLEICHHEIT UND DES AUSLÄNDER- UND PASSAMTES IN DAS AMT FÜR SOZIALE DIENSTE

ZUSAMMENFASSUNG

Mit dem vorliegenden Bericht und Antrag soll die Grundlage für eine unabhängige Menschenrechtsinstitution in Liechtenstein geschaffen werden. Die Regierung bekennet sich damit aktiv zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte. Mit der Schaffung einer liechtensteinischen Menschenrechtsinstitution kann zudem die Forderung der Zivilgesellschaft nach einer unabhängigen Anlauf- und Beratungsstelle erfüllt werden. Ausserdem wird dadurch eine langjährige internationale Empfehlung umgesetzt und somit die Glaubwürdigkeit der liechtensteinischen Aussenpolitik im Bereich der Menschenrechte gestärkt. Die Regierung schlägt für diese Institution einen gemeinnützigen Verein vor, der politisch unabhängig und aus eigener Initiative handelt. Die Rechtsstellung und Aufgaben des Vereins sollen nach Vorgabe der Pariser Prinzipien der Vereinten Nationen gesetzlich verankert werden.

Gleichzeitig soll die seit Jahren anhängige Verwaltungsreform im Bereich Integration und Chancengleichheit umgesetzt werden. Ziel ist es, Kompetenzen und Ressourcen in diesem Bereich auf staatlicher Seite zu bündeln sowie unabhängige Beratungs- und Unterstützungsaufgaben (Ombudfunktionen) in der neuen Menschenrechtsinstitution zusammenzuführen. Konkret sollen die behördlichen Aufgaben der Stabsstelle für Chancengleichheit sowie die Integrationsprojekte des Ausländer- und Passamtes in das Amt für Soziale Dienste überführt werden. Das Amt für Soziale Dienste wird somit neu auch als Fachstelle der Regierung für Fragen der Integration und Chancengleichheit fungieren. Die unabhängigen Aufgaben der Stabsstelle für Chancengleichheit werden der neuen Menschenrechtsinstitution übertragen; ebenso die Aufgaben der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann sowie der Kommission für Integrationsfragen. Im Sinne einer besseren Nutzung von Synergien sollen auch die Aufgaben der Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche bei der neuen Menschenrechtsinstitution angesiedelt werden.

Durch die Verlagerung und Bündelung von Aufgaben können die Stabsstelle für Chancengleichheit, die Kommission für Chancengleichheit, die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann sowie die Kommission für Integrationsfragen in der bestehenden Form aufgelöst werden.

Die vorliegende Reorganisation, einschliesslich der Schaffung einer unabhängigen Menschenrechtsinstitution, steht unter der Prämisse, dass der Einsatz an personellen Ressourcen optimiert und keine zusätzlichen finanziellen Mittel aus dem Staatshaushalt aufgewendet werden.

Regierung Fürstentum Liechtenstein [27. September 2016]

[<http://bua.gmg.biz/BuA/default.aspx?nr=128&year=2016&content=405701772&filter1=islamistisch>]

BERICHT UND ANTRAG DER REGIERUNG AN DEN LANDTAG DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

BETREFFEND DIE ABÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE LANDESPOLIZEI (EINFÜHRUNG EINES BEDROHUNGSMANAGEMENTS)

ZUSAMMENFASSUNG

Mit der gegenständlichen Vorlage soll die gesetzliche Grundlage zur Einführung eines Bedrohungsmanagements in Liechtenstein nach Vorbild des Kantons Solothurn geschaffen werden. Ziel des Bedrohungsmanagements ist es, Personen, die das Potenzial einer gewalttätigen Eskalation in sich bergen, frühzeitig zu erkennen, einzuschätzen und die Situation durch geeignete Massnahmen zu entschärfen. Vorfälle mit querschnittsartigem und bedrohlichem Verhalten einzelner Personen betreffen sowohl Behörden und verschiedene Berufsgruppen als auch exponierte Privatpersonen. Der Prävention kommt in diesem Zusammenhang eine immer grössere Bedeutung zu und fordert Politik wie Gesellschaft gleichermassen.

Die erforderlichen Rahmenbedingungen zur Betreibung eines fach- und institutionsübergreifenden Bedrohungsmanagements sind in Liechtenstein bereits zu einem grossen Teil gegeben. Allerdings erfolgt heute keine systematische Gefahreinschätzung und koordinierte Fallbearbeitung. Während die notwendigen fachlichen Kompetenzen in den einzelnen Behörden zwar vorhanden sind, mangelt es derzeit an einer zentralen Stelle, bei welcher alle Informationen zusammenlaufen und welche den Ausgangspunkt für ein Netzwerk zur Praktizierung der nötigen institutionsübergreifenden Zusammenarbeit bildet. Aus diesem Grund stellt die Schaffung einer entsprechenden Fachstelle einen der Kernpunkte der Vorlage dar. Ein weiterer zentraler Bestandteil ist die Einführung eines Melderechts für Behörden und Gerichte sowie bestimmte Berufsgruppen.

Auch wenn schwere Gewaltdelikte nie gänzlich ausgeschlossen oder verhindert werden können, kann ein präventiver Ansatz den betroffenen Personen und Stellen helfen, besser mit konkreten Bedrohungssituationen umzugehen und das Sicherheitsgefühl zu verstärken. Oberstes Ziel des gegenständlichen Projekts bildet somit eine Ausweitung der Gefahrenvorsorge zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit. Die der Landespolizei in diesem Bereich zur Verfügung stehenden Mittel sollen jedoch massvoll und einzelfallbezogen eingesetzt werden.



Kleine Anfrage

Rechtsextremismus

Frage vom 02. November 2016

Vor einigen Wochen, Mitte Oktober, fand im kleinen Tourismusdorf Unterwasser eine Veranstaltung mit rund 5000 Anhängern rechtsextremer Bands aus halb Europa statt. Sie versammelten sich zum «Rocktoberfest» - eingeladen von der «Reichsmusikkammer». Angekündigt war ein Konzert mit Schweizer Nachwuchsbands und 600 bis 800 erwarteten Besuchern. Der Präsident der Standortgemeinde Wildhaus, Alt St. Johann, Rolf Züllig, erklärte gegenüber Medien, dass man von der Art und dem Ausmass des Anlasses «völlig überrumpelt» worden sei. In einzelnen Artikel in der Schweizer Presse wurde darauf hin angedeutet, dass es in der Schweiz weniger Verbote gebe und die Rechtslage in der Schweiz eine Rolle für die Organisation von solchen Anlässen spielen könne. Ein Rechtsextremismus-Experte, Bernd Wagner, sagte auch in der Presse, dass beispielsweise Deutschland die Aktivitäten von Rechtsextremen Deutschen im Ausland nicht auf dem Radar habe. Dazu meine Fragen:

1. Werden in Liechtenstein die Aktivitäten von rechtsextremen Liechtensteinern im Ausland verfolgt?
2. Wäre in Liechtenstein die Durchführung eines ähnlichen Konzertes wie in Unterwasser möglich? Dort wurden falsche Tatsachen vorgetäuscht.
3. Falls die Frage 2 mit Ja beantwortet wird: Wie kann die Durchführung eines solchen Konzertes hier verhindert werden?
4. Wie ist die Rechtslage in Liechtenstein in Bezug auf rechtsextreme Anlässe? Gibt es bei uns auch weniger Verbote? Es ist mir bewusst, dass die allgemeine Formulierung dieser Frage eine präzise Beantwortung schwierig machen wird.

Antwort vom 04. November 2016

Zu Frage 1:

Die Landespolizei pflegt mit ausländischen Diensten zum Thema Rechtsextremismus einen permanenten Informationsaustausch. Wenn in Liechtenstein wohnhafte Personen im Ausland in einem rechtsextremen Umfeld (Veranstaltungen wie Konzerte, Versammlungen etc.) festgestellt werden, werden der Landespolizei die entsprechenden Erkenntnisse übermittelt. Diese prüft dann, ob seitens der Landespolizei Massnahmen in Liechtenstein angezeigt sind (z.B. Gefährderansprache zur Deanonymisierung; Anzeige etc.).

Zu Frage 2:

Rechtsextreme Kreise versuchen laufend Lokalitäten für einschlägige Versammlungen oder Konzerte anzumieten. Dabei werden oft Strohmänner vorgeschoben. Solche Anmietversuche von Lokalitäten sind auch schon in Liechtenstein vorgekommen. Bis auf einen Fall, wo es Rechtsextremen gelang, ein Objekt im Berggebiet von einer Gemeinde anzumieten, konnten in den letzten Jahren sämtliche Versuche von Raumanmietungen dank der guten Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Landespolizei verhindert werden. Die Veranstaltung im Alpengebiet wurde nach Bekanntwerden von der Landespolizei beendet.

Dennoch kann natürlich nicht völlig ausgeschlossen werden, dass es auch in Liechtenstein zu einem Anlass - wenngleich nicht in der Grössenordnung wie in Unterwasser - kommen könnte.

Zu Frage 3:

Die Landespolizei hat zusammen mit der Gewaltschutzkommission der Regierung in den letzten Jahren die Gemeinden wiederholt für diese Anmietversuche rechtsextremer Kreise sensibilisiert. Auffällige und verdächtige Raumanfragen können daher von den Gemeinden im Rahmen der Amtshilfe zur Beurteilung der Landespolizei übermittelt werden. Diese nimmt dann entsprechende Abklärungen vor und gibt eine Empfehlung an die Gemeinden ab. Aufgrund dieses Kooperationsprozesses zwischen Gemeindeverwaltungen und der Landespolizei konnten bisher einschlägige Veranstaltungen weitgehend verhindert werden.

Zu Frage 4:

Öffentliche Veranstaltungen, die behördliche Massnahmen oder Kontrollen technischer, gesundheits-, bau- oder fremdenpolizeilicher Art verlangen, bedürfen zur Durchführung einer Bewilligung der Regierungskanzlei. In der Praxis wird hierfür die Einwilligung der zuständigen Gemeinde als Beilage zum Antrag an die Regierungskanzlei vorausgesetzt. Die Ersuchen werden auch der Landespolizei zur Kenntnis gebracht und dort geprüft. Aufgrund dieses Bewilligungsprozesses ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass ein rechtsextremer Anlass frühzeitig erkannt wird.

Für die rechtliche Beurteilung solcher Anlässe ist § 283 StGB (Diskriminierung) massgeblich. Wird an Veranstaltungen öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Sprache, Nationalität, Ethnie, Religion oder Weltanschauung, ihres Geschlechts, ihrer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Ausrichtung zu Hass oder Diskriminierung aufgereizt oder werden Ideologien verbreitet, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumdung von Personen wegen ihrer Rasse, Sprache, Nationalität, Ethnie, Religion oder Weltanschauung, ihres Geschlechts, ihrer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Ausrichtung gerichtet sind, ist dies strafbar.

Öffentlich wird eine Handlung dann begangen, wenn sie unmittelbar von einem grösseren Personenkreis wahrgenommen werden kann. Von der Rechtsprechung wird ein grösserer Personenkreis ab etwa zehn Personen angenommen. Veranstaltungen ab zehn Personen, an denen im oben beschriebenen Rahmen diskriminierende Ideologien verbreitet werden – z.B. auch in Liedertexten – sind daher verboten.

ANHANG 4: DOKUMENTE AUS DER SZENE

Anhang zu
Extremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2016

Dokumente aus der Szene 2016

Öffentliche Aktionen
Internetplattformen



Europäische Aktion Liechtenstein

18. Juli 2016 · 🌐

Erinnert ihr euch noch an die mediale Hetze gegen unseren Aktivisten aus dem letzten Jahr?

Auch in Liechtenstein ist die sogenannte "Meinungsfreiheit" nichts weiter als eine leere Worthölse.

Darum fordern wir sinngemäss die Umsetzung unseres Ziel 1

"Wiederherstellung der freien Rede", denn Maulkorparagraphen wie der §283 bilden die Stützpfiler dieser Meinungsdictatur.

The screenshot shows the homepage of the Liechtenstein news portal Volksblatt.li. The header includes the logo 'Volksblatt.li' and navigation links for 'NACHRICHTEN', 'MEDIACENTER', and 'TIF'. Below the header, there are links for 'MEINE GEMEINDE', 'LIECHTENSTEIN', 'REGION', 'POLITIK', and 'WIRTSCHAFT'. The main headline is 'Ermittlungen gegen Holocaust-Leugner' (Investigations against Holocaust Deniers), dated Friday, March 27, 2015, at 07:25. The article text states: 'SCHAAN - Wie das «Volksblatt» exklusiv berichtete, hat ein junger Liechtensteiner EA-Aktivist vor Kurzem in der Ostschweiz den Holocaust als «grösste Jahrhundertlüge» bezeichnet. Nun laufen Vorerhebungen der Behörden in Liechtenstein und St. Gallen.' Below the article text is a banner for 'EUROPÄISCHE AKTION' (European Action) with the tagline 'Die Bewegung für ein freies Europa' and a list of topics: 'Aktuelle', 'Dokumentation', 'Ereignisse', 'Die EA', 'Berichte', 'Kommunikation', 'Suche', 'Schlüsselwort', and 'Los!'. Below the banner, the text reads: '«Jedermann hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung innerhalb der Schranken des Gesetzes und der Sittlichkeit seine Meinung frei zu äussern und seine Gedanken mitzuteilen» - Artikel 40 der Verfassung des Fürstentums Liechtenstein -'.



Europäische Aktion Liechtenstein

17. August 2016 · 🌐

Mit seiner Aussage, ein Europa mit Nationalstaaten und Grenzen sei etwas Dummes, bringt der Fürst einmal mehr zum Ausdruck, wes Geistes Kind er eigentlich ist...

Für glühende Liberal kapitalisten, wie Hans Adam einer ist, stellen Ländergrenzen nichts Erhaltenswertes, sondern lediglich Barrieren für den "freien Markt" dar.

Unter dem Motto der "grösstmöglichen Freiheit für den Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen" werden volkswirtschaftliche Schutzmechanismen stetig abgebaut und dem Globalisierungsraubzug Tür und Tor geöffnet.

Längst dient die Wirtschaft nicht mehr dem Wohle der Menschen, sondern lediglich den geldmachtpolitischen Interessen der globalen Finanzmafia.
Eine Plutokratie par excellence!





Europäische Aktion Liechtenstein

19. September 2016 · 🌐

Auch wir sind gegen ein Burkaverbot - Warum?

Weil ein Verbot der Ganzkörperverschleierung nicht im Geringsten etwas daran ändert, dass Europa mit art- und kulturfremden Invasoren überflutet wird.

Wir wollen keine Assimilation, sondern gemäss unserem Ziel 3 die Rückführung der fremdkulturellen Einwanderer in ihre Heimat.

Nicht der Islam ist das Problem, sondern dessen gezielt herbeigeführter Massenimport ins Herz Europas, wo er schlichtweg nicht hingehört. Statt die Völker und Kulturen zu vermischen und aufzulösen, sollen sie in ihrer angestammten Heimat verbleiben und freundschaftliche Beziehungen zueinander pflegen.

<http://www.20min.ch/.../Junge-sind-gegen-ein-Burkaverbot-2344...>



Junge sind gegen ein Burkaverbot

Immer weniger Stimmberechtigte unterstützen ein schweizweites Verhüllungsverbot. Eine Befragung zeigt Meinungsverschiedenheiten zwischen den Generationen.

20MIN.CH | VON WWW.20MINUTEN.CH, 20 MINUTEN, 20 MIN, WWW.20MIN.CH



Europäische Aktion Liechtenstein

30. September 2016 · 🌐

Zeit für neue Wege...

Liebe Freunde,

Mit diesem Schreiben möchten wir euch darüber in Kenntnis setzen, dass die EA Liechtenstein ihre Arbeit auf Facebook einstellen wird.

Eine Kapitulation? Ein Rückzug? Mitnichten!

Weder basiert dieser Entscheid auf einem Kurzschlussgedanken, noch ist er das Produkt von Resignation oder Selbstaufgabe.

Unsere Arbeit findet ihre Fortsetzung, nur eben in abgeänderter Form. So wird unsere bis dato existierende FB-Präsenz in der neu geschaffenen Seite "Europäische Aktion deutschsprachiger Raum" aufgehen.

Dies mit dem erklärten Ziel

- a. den Wahrnehmungsradius unserer Publikationen zu vergrössern und
- b. die länderübergreifende Zusammenarbeit im Ringen um den ethnisch-kulturellen Fortbestand der Europäer zu konkretisieren.

Selbstverständlich wird unsere FL-Redaktion aktiv bei der inhaltlichen Bestückung der Seite mitwirken.

Neu werdet ihr also Nachrichten, Kommentare und Stellungnahmen aus allen deutschsprachigen Ländern auf einer Seite komprimiert vorfinden.

Die Völker unseres Kontinents befinden sich allesamt in einer Stunde der höchsten Gefahr. Auch wenn wir in Liechtenstein augenblicklich noch immer in einer der grössten Komfortzonen dieser Welt leben, wäre es geradezu töricht, dem Irrglauben zu verfallen, von den einbrechenden Gewalten aus anderen Erdteilen verschont zu bleiben. Die Quelle zur Wahrung unserer Identität liegt einzig und allein in der Einigung. Wir haben die Wahl, gemeinsam mit unseren Nachbarvölkern um unsere Existenz zu ringen oder getrennt und zerstritten der Vernichtung anheim zu fallen.

Auf sich allein gestellt ist der Grösste eine Null....

Abschliessend richten wir unseren Dank an alle Unterstützer, Freunde und Interessenten dieser Seite. Zeitgleich möchten wir euch, liebe Leser, dazu ermuntern, uns auch künftig auf dem Weg in ein neues Europa zu begleiten.

Ihr werdet wieder von uns hören und lesen.

Europäische Aktion Liechtenstein